

Jahresbericht 2014

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.



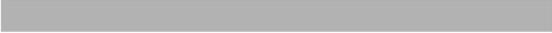
Inhaltsverzeichnis

- 5 **Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten**
- 20 **Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten**
- 30 **El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten**
- 46 **Honduras: Länderbericht und Aktivitäten**
- 58 **Aktivitäten zu Zentralamerika**
- 62 **Agrarpolitische Rundreise nach Kuba und Nicaragua**
- 68 **Arbeitskreis Bergbau**
- 77 **Arbeitskreis Kolumbien**
- 81 **Weitere Aktivitäten**
- 84 **Öffentlichkeitsarbeit**
- 86 **Kooperation und Vernetzung in München, Deutschland und Europa**



*Baustelle
internationale
Solidarität - Ein
neues Türschild
für's Öku-Büro am
bewährten alten Ort
im Münchner
Stadtteil
Haidhausen.*

Editorial



2014 war für die Arbeit des Ökumenischen Büros ein Jahr, in dem wir mit so vielen Veranstaltungen wie nie zuvor unseren Themen in München und bundesweit Gehör verschaffen konnten. Zwei Veranstaltungen zu Kolumbien und die Ausrichtung eines bundesweiten Seminars zum Thema „Extraktivismus in Lateinamerika“ durch den neu gegründeten Arbeitskreis Bergbau zeigen, dass es uns dabei auch gelungen ist, über unsere traditionellen Interessengebiete Mittelamerika und Mexiko hinaus zu schauen.

Im Einzelnen ging es bei unserer Länderarbeit um die folgenden Themen: Das Jahr 2014 hat Honduras zwar einen neuen Präsidenten gebracht, Juan Orlando Hernández, doch damit hat sich nichts zum Besseren gewendet. Das Land verzeichnet weiterhin die weltweit höchste Mordrate. Die politischen Morde an Menschenrechtsverteidiger_innen¹, Journalist_innen, der indigenen Bevölkerung und Kleinbauern sowie Kleinbäuerinnen, die wirtschaftlichen Interessen im Wege stehen, gehen weiter. Unter diesen Umständen stand im vergangenen Jahr für das Öku-Büro wieder Menschenrechtsarbeit an erster Stelle. Konkrete Aktivitäten waren unter anderem die Vorbereitung des Projektes „Menschenrechtsbeobachtung“ und die Unterstützung für die 2015 anstehenden Reisen von Vertreter_innen sozialer Bewegungen nach Genf. Diese möchten dort im Vorfeld der Überprüfung der honduranischen Menschenrechtslage durch den UN-Menschenrechtsrat (*Universal Periodic Review*) auf Menschenrechtsverletzungen in Honduras aufmerksam machen.

Ein zentrales Thema hat 2014 die Politik in Nicaragua beherrscht: der Bau des interozeanischen Kanals. Vor allem die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere den Nicaraguasee, und die ungewissen sozialen Auswirkungen führten zu großen Kontroversen. Mindestens 20.000 Menschen sollen dem teuersten Bauprojekt aller Zeiten weichen. Die betroffene ländliche Bevölkerung leistete massiven Widerstand. Obwohl im Dezember der Baubeginn offiziell gefeiert wurde, sind zu dem Projekt weiterhin kaum Details bekannt, so dass immer noch viele Menschen zweifeln, ob der Kanal jemals gebaut werden wird. Zum Thema „Kanal“ boten wir in mehreren Veranstaltungen Informationen an.

Wie in anderen Ländern Lateinamerikas hat sich in El Salvador der Wechsel zur Linken gefestigt. Die FMLN-Regierung mit dem neuen Präsidenten Sánchez

¹ *Menschenrechtsverteidiger_innen: Die in diesem Jahresbericht verwendete so genannte „Gender Gap“ ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.*

Cerén an der Spitze sieht sich jedoch mit den ererbten Problemen einer jahrzehntelangen neoliberalen und ultrakonservativen Politik konfrontiert. Hinzu kommt die juristische und soziale Aufarbeitung der Vergangenheit, genauer der Wunden, die der Bürgerkrieg hinterlassen hat. Mit diesem Thema beschäftigte sich das Öku-Büro gemeinsam mit salvadorianischen Referent_innen im Rahmen des El-Salvador-Bundestreffens und der anschließenden Rundreise.

In Mexiko hatte ein Ereignis im vergangenen Jahr überragendes Gewicht: die Entführung und mutmaßliche Ermordung der 43 Studenten aus Ayotzinapa, Guerrero. Das Zusammenwirken von Politik, Polizei und Drogenkartellen bei diesem brutalen Verbrechen löste weltweites Entsetzen aus. Das offensichtliche Versagen von Justiz und Politik auf allen Ebenen hat die mexikanische Gesellschaft aufgerüttelt: Durch eine Gesellschaft, die den Anschein erweckt hatte, angesichts der ständigen grausamen Menschenrechtsverletzungen zu resignieren, ging einmütige Empörung. Das Echo davon reichte bis in die Veranstaltungen des Öku-Büros in München und lässt auf politische Konsequenzen hoffen.

Allen Hauptamtlichen danken wir ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen sowie nicht zuletzt auch unsere treuen Spender_innen und Kund_innen des Flug- und Zugdienstes. Und schließlich möchten wir auch den Organisationen, die uns im Jahr 2014 finanziell unterstützt haben herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global (BMZ), Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Netzwerk München, Rosa Luxemburg-Stiftung und Sub, München.

All jenen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2015.



Mexiko

Länderbericht

Am 1. Januar 2014 feierten die Zapatist_innen weltweit zwanzig Jahre des Aufstandes der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN). Anfang 1994 hatten Indigene aus Chiapas zum ersten Mal das berühmte „Ya Basta!“ ertönen lassen. Dies war nicht nur ein Ruf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Indigenen in Mexiko, sondern auch gegen den Neoliberalismus weltweit. Seither haben die Zapatist_innen stark unter der Verfolgung durch das mexikanische Militär gelitten. Eines haben sie uns in diesen zwanzig Jahren aber gezeigt: *Autonomie ist machbar.*

Ein feiner Unterschied zwischen „retten“ und „verkaufen“.

Internationale Anerkennung für Peña Nietos neoliberalen Kurs

Für die mexikanische Regierung begann das Jahr 2014 mit Rückenwind. Der umfangreiche neoliberale Reformprozess von Präsident Peña Nieto schien unaufhaltsam. Er und sein Finanzminister erhielten internationale Anerkennung. Das Time Magazin widmete dem mexikanischen Präsident mit der Eloge „Saving Mexico“¹ das Titelblatt seiner Februarausgabe, später dekorierte ihn die *Appeal of Conscience Foundation* mit dem *World Statesman Award*². Finanzminister Luis Videgaray wurde von der Zeitschrift *Euromoney*³ zum „Finanzminister des Jahres“ gekürt. Spätere Ereignisse ließen diese Lorbeeren eher als ein Mittel aggressiver Diplomatie erscheinen, die erfolgreich ein Produkt in der internationalen Öffentlichkeit platziert hatte.

Zu Jahresbeginn war das Glück Peña Nieto, und mit ihm auch den Befürworter_innen der Militarisierung der mexikanischen Sicherheit, noch hoch. Am 22. Februar gelang der mexikanischen Marine mit Unterstützung der USA die Festnahme von Joaquín Guzmán Loera, aka *El Chapo*⁴. Der meistgesuchte Drogenhändler der Welt war dreizehn Jahre lang auf der Flucht gewesen und laut *Forbes* Magazin einer der mächtigsten Kriminellen weltweit.⁵ Bei der Bevölkerung keimte mit der Festnahme *El Chapos* die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt. Denn laut offiziellem Diskurs entsteht die Gewalt durch die nicht enden wollenden Kämpfe zwischen den Drogenkartellen, wobei *El Chapo* den Ruf hatte, der brutalste aller Capos zu sein.



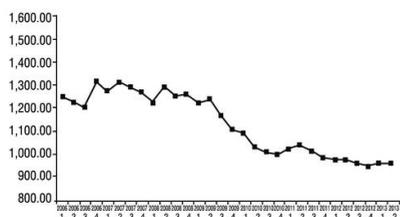
Und die Realität von Gewalt und ausbleibenden Investitionen

Die Statistiken spiegeln allerdings eine andere Realität wider. In den ersten zwanzig Monaten der Amtszeit Peña Nietos stieg die Mordrate deutlich an: Mit 57.899 Fällen wurden 14.205 mehr Untersuchungen wegen gewaltsamer Tötungen eingeleitet als im selben Zeitraum der Amtsperiode seines Vorgängers Felipe Calderón.⁶ Analyst_innen zufolge ist dies keineswegs als Erhöhung der Aufklärungsquote zu werten. Nach offiziellen Statistiken stieg die Straflosigkeit in Mexiko von 92,1% im Jahr 2012 auf 93,8% in 2013⁷. Es ist absehbar, dass dieser Trend sich 2014 weiter fortsetzte

Auch die neoliberalen Reformen der Regierung des „Retters Mexikos“ haben allen internationalen Auszeichnungen zum Trotz letztlich nicht die Früchte getragen, die ihnen zugeschrieben werden. Dies bedeutet nicht, dass die mahnenden Worte von Kritiker_innen, dass Privatisierung und Deregulierung keine Lösung sind, 2014 Gehör fanden. Die Öffentlichkeit musste jedoch immerhin zur Kenntnis nehmen, dass sich die Begründung der Regierung für diese Schritte, nämlich die Attraktivität des Landes für ausländische Investitionen zu erhöhen, nicht bewahrheitete.

*Immer mehr arbeiten
für immer weniger
Einkommen.*

Ingreso por trabajo per cápita, México, 2005-2012
(pesos primer trimestre 2005 deflactado con precios de la canasta alimentaria)



Offenbar ist sogar das Gegenteil eingetreten, denn die ausländischen Direktinvestitionen fielen im ersten Halbjahr 2014 um 66%, von 28,7 Milliarden US Dollar auf nur 9,7 Milliarden⁸. Da der Erdölpreis zum Jahresende 2014 so stark gesunken war, sind zudem keine großen Investitionen im Energiesektor zu erwarten. Folglich können Anwohner_innen und die Umweltbewegung zumindest darauf hoffen, dass nicht so bald mit der unter dem Namen „Fracking“ bekannten Ausbeutung von Schiefergas in Nordmexiko begonnen wird.

Armutsbekämpfung als „Mission Impossible“

Die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit gestaltete sich 2014 als „Mission Impossible“. Die Feststellung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass Mexiko in puncto Arbeitslosigkeit auf derselben Höhe steht, wie die Bundesrepublik Deutschland⁹, zeugt von der Leichtfertigkeit, mit der solche Daten erfasst werden. So reicht es für das mexikanische Geographie- und Statistikamt INEGI aus, dass jemand sechs Stunden pro Erhebungswoche gearbeitet hat, um als beschäftigt zu gelten. Zudem wird verschwiegen, dass 78% der so hochgelobten Beschäftigung im informellen Sektor angesiedelt ist.¹⁰

Auch zwei wichtige Armutskennzeichen haben sich verschlechtert: Der Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zur Sozialversicherung nahm von 60,7% auf 61,2% zu. Die Anzahl der Mexikaner_innen mit einem Einkommen unterhalb

des minimalen Warenkorbstiegs von 59,6 auf 60,6 Millionen Menschen.¹¹

Im Jahr 2014 haben die Mexikaner_innen, die im Ausland leben, wie bereits in den Jahren zuvor, die mexikanische Wirtschaft maßgeblich getragen. Die so genannten *remesas* – Geldüberweisungen vor allem aus den USA – wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 7,8% auf 23,6 Milliarden US-Dollar an. Wegen des Wechselkurses war der Betrag in mexikanischen Pesos sogar um 12,3% höher als 2013¹². Folglich sind jene, denen Mexiko alle Möglichkeiten versperrt hatte, ein menschenwürdiges Leben mit Zukunftsperspektiven zu führen und die sich deshalb für den Weg in den Norden entschieden haben, gleichzeitig diejenigen, die dem Land heute am meisten helfen.

Die *remesas* sind sogar bedeutender als die Einnahmen durch Erdölexport und Tourismus. Angesichts der Kriminalisierung und Verfolgung von Migrant_innen in den USA ist diese Leistung umso bemerkenswerter.



*Streetart von Yescka:
"Ayotzinapa - Wir
vergessen nicht
und wir vergeben nicht!"*

Ausgrenzung der indigenen Bevölkerung

Die indigene Bevölkerung blieb weiterhin der am stärksten marginalisierte Sektor der mexikanischen Gesellschaft. Laut einer Studie aus dem Jahr 2014, die Daten von 2012 auswertete, sind 72% der Indigenen in Mexiko arm. Sie stehen zudem an letzter Stelle, wenn es um den Zugang zu Nahrung, Wohnung, Bildung und zur Justiz geht und werden am häufigsten diskriminiert.¹³ In ihrem Fall wird besonders deutlich, dass Armut (und rassistische Ausgrenzung) zur Folge haben, dass auch andere Rechte verletzt werden. So werden nicht allein die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Indigenen mit Füßen getreten, sondern auch ihre bürgerlichen und politischen Rechte missachtet. In wenigen Worten zusammengefasst könnte man sagen: Je ärmer, desto mehr Menschenrechtsverletzungen.

Staatsverbrechen: Außergerichtliche Hinrichtungen und Folter

Vieles hat sich 2014 in der mexikanischen Gesellschaft verändert. Zwei Ereignisse haben exemplarisch deutlich gemacht, wozu der Staat fähig ist und vor allem, wozu die Machthaber_innen in Mexiko bereit sind, um sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Am 30. Juni 2014 erschossen Soldaten in der Gemeinde Tlatlaya im Bundesstaat Estado de México 22 Zivilist_innen.¹⁴ In einer knappen Presseerklärung berichtete das Verteidigungsministerium daraufhin von einer Schießerei zwischen

einer Entführerbande und Armeeingehörigen, womit die Sache erledigt schien. Monate später nahm der Fall aufgrund der nicht nachlassenden Anstrengungen der Angehörigen der Ermordeten, die Wahrheit ans Licht zu bringen, eine überraschende Wendung. Es stellte sich heraus, dass in Tlatlaya statt der angeblichen „Auseinandersetzung zwischen Soldaten und Verbrechern“ eine außergerichtliche Hinrichtung von 22 jungen Menschen stattgefunden hatte. Die Aufklärung dieses Falles war äußerst schwierig, weil der Tatort nach dem Verbrechen mehrere Stunden lang von Militärs „geschützt“ worden war. Die angebliche Schießerei soll im Rahmen einer Geiselbefreiung stattgefunden haben, die vermeintlichen Geiseln sind allerdings bis heute nirgends aufgetaucht. Die Untersuchung der Bilder, die zum Nachweis der offiziellen Version der Vorfälle dienen sollten, ergab, dass die Szene gestellt wurde. Man nimmt an, dass die Opfer in Wirklichkeit an einer Wand aufgereiht und hingerichtet wurden.

Nach der Reform der Militärgerichtsbarkeit in Mexiko dürfen Militärgerichte nicht mehr wie früher Menschenrechtsverletzungen von Armeeingehörigen an Zivilist_innen behandeln. Dies ist zweifelsohne ein großer Fortschritt und ein Verdienst der mexikanischen Zivilgesellschaft, bedeutet aber nicht das Ende der Strafflosigkeit von Militärs. Solange die Militarisierung die höchste Trumpfkarte des Staates gegen die Bevölkerung bleibt, wird sich diesbezüglich kaum was ändern. Ende 2014 waren im Fall Tlatlaya zwar sieben Soldaten inhaftiert worden, es fehlte jedoch immer noch Klarheit über den genauen Ablauf der außergerichtlichen Hinrichtungen. Insbesondere ist nicht geklärt, wer am 30. Juni 2014 die Befehle erteilt hat. Stattdessen nahmen weitere Zivilist_innen wegen dem Massaker von Tlatlaya Schaden: Drei Frauen erklärten vor der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH), sie seien von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft des Estado de México gefoltert worden, damit sie Armeeingehörige entlasten.¹⁵

Ayotzinapa: Mehr als Zweifel an der „offiziellen Geschichte“

Es kann hier nicht darum gehen, ein Ranking von Staatsverbrechen zu erstellen, denn jede Menschenrechtsverletzung ist an sich schwer genug, um sich dagegen zu wehren. Was aber am 26. und 27. September 2014 im Iguala, Guerrero geschah, stellte einen Wendepunkt in der Beziehung zwischen der mexikanischen Zivilgesellschaft und ihrem Staat dar.

Studenten der ländlichen Lehramtsschule von Ayotzinapa besetzen am 26. September Reisebusse im Busbahnhof von Iguala. Gegen 21:30 Uhr wurden sie von Polizei und – so jedenfalls die letzten Enthüllungen¹⁶ – auch von Militärs angegriffen. Auf die unbewaffneten Studenten wurde mit Maschinengewehren geschossen. Zwei Studenten und drei weitere Zivilisten wurden getötet. Julio Cesar Mondargón wurde am nächsten Morgen mit gehäutetem Gesicht tot aufgefunden. Aldo Gutiérrez Solano, der einen Kopfschuss erhalten hatte, liegt seither im Koma. Während dieser Übergriffe und in einer späteren Attacke

wurden insgesamt 43 Studenten verschleppt. Sie wurden Opfer eines Falls von Verschwindenlassen durch staatliche Sicherheitskräfte. Generalstaatsanwaltschaft und Regierung kümmerten sich erst zehn Tage später um den Fall. Sowohl Präsident Peña Nieto als auch Generalstaatsanwalt Murillo Karam versuchten nach Ansicht von Analyst_innen von Anfang an die politischen Kosten des Falls zu reduzieren, anstatt eine umfangreiche Aufklärung dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu ermöglichen. Der Eindruck entsteht, dass die offiziellen Ermittlungen nach einem Drehbuch ablaufen, das schon lange vorher geschrieben wurde. Der Staat beharrt auf der Version, dass die Studenten von der lokalen Polizei an die Killer eines Drogenkartells übergeben worden seien. Diese hätten sie ermordet und auf einer Müllhalde der benachbarten Stadt Cocula verbrannt. Obwohl es mehrere Indizien gibt, die diese Version unglaublich erscheinen lassen, wird sie von der Staatsanwaltschaft bereits als „historische Wahrheit“ vorgestellt.



Die Straflosigkeit führt zur Wiederholung der Geschichte.

Das Epizentrum des sozialen Zorns in Mexiko

Hier konnte nur sehr kurz auf die Geschehnisse vom 26./27. September und ihre Folgen eingegangen werden. Andere Ereignisse machen jedoch klar, dass Ayotzinapa nur das Epizentrum der Empörung, nur die Spitze eines weit verbreiteten und lang angestauten sozialen Zorns in Mexiko ist. Sehr viele Menschen sind in den letzten Jahren Opfer von Verschwindenlassen geworden. So viele, dass der Staat selbst keinerlei Klarheit über ihre Zahl hat. Ariel Dulitzky, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe über Verschwindenlassen der UNO hat es auf den Punkt gebracht: „Mexiko weiß besser darüber Bescheid, wie viele Erdölgallonen es pro Tag exportiert, als wie viele verschwunden gelassene Personen es in seinem Land gibt.“¹⁷

Die Entschlossenheit der Angehörigen der 43 verschwunden gelassenen Studenten hat viele aus einer Art Starre der Verzweiflung geweckt. Wieder erhebt sich von einem der ärmsten und diskriminiertesten Orte des Landes ein „Ya basta!“ - Es reicht! Nie zuvor hat Mexiko so große Proteste erlebt. Am 20. November 2014 konnte unser Mexiko-Referent aus der Hauptstadt von der bisher größten Demonstration seines Lebens berichten. Im Zentrum von Mexiko-Stadt sowie an hunderten weiteren Orte im Land und weltweit wurde eine Forderung laut: Gerechtigkeit!

Im Vergleich zur Schwere der Anschuldigungen gegen den Staat bezüglich des Verschwindenlassens Tausender von Menschen, die zu schützen eigentlich seine Pflicht wäre, erscheinen weitere Kratzer im Image der Regierung, die das Jahr 2014 so glanzvoll angetreten war, schon fast als Petitesse: Erwähnt sei hier nur der Kauf von Luxushäusern durch das Präsidentenpaar und den Finanzminister. Sie kauften die Häuser ausgerechnet von einem Bauunternehmen, das an einem Konsortium beteiligt war, das wichtige Aufträge von der mexikanischen Regierung und von der Regierung des Bundesstaates México erhalten hatte, als Peña Nieto Gouverneur war.¹⁸

Schwere Legitimitätskrise der Regierung Peña Nieto

Die mexikanische Regierung erlebte in den letzten Monaten des Jahres 2014 ihre schwerste Legitimitätskrise und war so schwach wie noch nie zuvor, so die Einschätzung des bekannten mexikanischen Schriftstellers Paco Ignacio Taibo II¹⁹. Umso befremdlicher wirkte in diesem Kontext die Haltung der deutschen Regierung und der EU-Kommission zur Krise in Mexiko. Statt konsequent und nachdrücklich eine umfassende und gründliche Aufklärung der hier erwähnten schweren Menschenrechtsverbrechen zu fordern, gaben sowohl die Bundesregierung als auch verschiedene Stellen der EU dem mexikanischen Präsidenten Rückendeckung und stellten seiner Regierung quasi einen Blankoscheck für ihr weiteres Vorgehen aus. Das Öku-Büro äußerte in einer Presseerklärung und einem offenen Brief seine Empörung über diese Haltung.²⁰

Auch und gerade weil inzwischen die Aufmerksamkeit für das Thema merklich zurückgegangen ist, wird es 2015 wichtiger sein denn je, die Angehörigen der verschwundenen Studenten und aller weiteren Opfer von Verschwindenlassen aus Mexiko und Zentralamerika solidarisch zu unterstützen.

„Was während der dreijährigen Arbeit des Tribunals dokumentiert wurde, verdichtete sich in Iguala in wenigen Stunden der Barbarei“

Von Oktober 2011 bis November 2014 tagte das Ständige Tribunal der Völker - Kapitel Mexiko (siehe auch Seite 15 ff.). Das Vorwort zum Urteil des Gewissenstribunals fasst eine langjährige Entwicklung in Mexiko zusammen, die im Massaker von Ayotzinapa 2014 ihren vorläufigen Kulminations- aber noch längst keinen Endpunkt gefunden hat.

„Die Schlussanhörung des Ständigen Tribunals der Völker (STV) - Kapitel Mexiko fiel in eine der sozial dramatischsten und institutionell kritischsten Phase für die mexikanische Gesellschaft. Mit der Anwesenheit und dem Zeugnis dreier Vertreter der Studenten und der Angehörigen der in Iguala verschleppten jungen Menschen wurden die öffentlichen Sitzungen der Schlussanhörung des STV-Mexiko geschlossen. Die Vorfälle von Ayotzinapa sind bei all dem Leid, das sie verursacht haben, und der nachweislichen Mitwirkung von Staats-



bediensteten sowie der stillschweigenden Unterstützung der Behörden nichts weiter als ein weiteres Kapitel in der langen Serie der von den Völkern Mexikos erlittenen Verletzungen ihrer Rechte auf Würde und auf Leben. Sie verdeutlichen auf dramatische, greifbare und symbolische Weise, was derzeit vor sich geht und welche Bedeutung den Empfehlungen des STV zukommt.

Diese Stellungnahme soll ein fester Bestandteil des Einsatzes und Kampfes sein, der sich im ganzen Land bemerkbar macht. Das hier vertretene Urteil zu den Ursachen und den Verantwortlichen gilt von nun an auch als Verurteilung der Täter von Ayotzinapa und als Forderung nach Leben und Gerechtigkeit für diejenigen, die derzeit immer noch vermisst werden. All das, was so mühsam während der dreijährigen Arbeit des Tribunals dokumentiert wurde, verdichtete sich in Iguala in wenigen Stunden der Barbarei.

In diesem Reich der Straffreiheit, das Mexiko heute ist, gibt es Morde ohne Mörder, Folter ohne Folterer, sexuelle Gewalt ohne Vergewaltiger – eine Situation der permanenten Umgehung der Verantwortung, in der es scheint, als seien die zu Abertausenden verübten Massaker, Morde und systematischen Verletzungen der Völkerrechte stets Einzelfälle oder Randerscheinungen und keine echten Verbrechen, für die der Staat mitverantwortlich ist.⁴²¹

*Ständiges Tribunal der Völker:
Die Bevölkerung wird zur Richterin*

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Mexiko

20 JAHRE AUFSTAND DER ZAPATISTAS IN MEXIKO

Mittwoch 19.12.2013 New York im Bethanien **Veranstaltungsreihe**
 Zapatistische Autonomie: Alternativen weg von der parlamentarischen Demokratie hin zu einer direkt-demokratischen Gesellschaft.
 Mit kleiner Einführung in den Aufstand & einem Bericht von Teilnehmer_innen über die *Escuelita* (Kleine zapatistische Schule) sowie Berichte von Kooperativen

Freitag 20.12.2013 New York im Bethanien
 Diskussionsveranstaltung ohne Podium: Offener (selbstkritischer) Blick auf die Solidaritätsbewegung zum Kampf der Zapatistas. Wie sah sie aus, wie könnte sie aussehen?

Freitag 20.12.2013 New York im Bethanien
 Umweltzerstörung, Marginalisierung und indigener Widerstand.
 Buchvorstellung & Diskussion mit dem Autor Luz Kerkeling

Sonntag 22.12.2013 New York im Bethanien
 Soli-Konzert & Party für zapatistische Autonomieprojekte mit Daddy Longleg (Punk/Minor) & Paul Götgerzahler & Mandoline Rotfeld. Anschl. DJ Herr Mini (Brombeere) & Diane la vasa Joca. Alles rauchfrei.

Montag 23.12.2013 New York im Bethanien/AG-Platz
 Vuku, auch Dokumentarfilm "Wenn das Land zur Ware wird"
 Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung in Südamerika

Freitag 27.12.2013 Lucha Amada Hellersdorf
 "20 Jahre Aufstand der Würde", einführende Veranstaltung zur zapatistischen Bewegung in Chiapas mit dem Film "Der Aufstand der Würde" und aktuellen Infos

Freitag 03.01.2014 TheaterSpielRaum Bethanien/Südflügel
 Lesung mit Verpflegung (in dt. und span Sprache) *El Mundo es de nadie y por eso es de todos*. „Geschichten vom Alten Antonio“ aufgeschrieben von Subcomandante Marcos

Sonntag 04.01.2014 Clash 2013 Fiesta Zapatista. Live: Daisy Chain (Arma Di Sicilia) & Miss Zebra (Athens) rap militante internationale. Lucha Amada & special guests. A "Toda Música es política" Musik und Zapatismus. Vortrag und Diskussion mit Gabriela Gorjon

veranstaltet von: Ya Basta Berlin, Öko-Riz München, Lucha Amada, CAREA e.V.

Anf. 1994 begannen die Rebellen der Zapatistas in Chiapas (Südamerika) mit dem bewaffneten Aufstand der EZLN. Seit nunmehr 20 Jahren kämpfen die Zapatistas gegen Neoliberalismus, Ausbeutung und Marginalisierung der indigenen Bevölkerung und für Frauenrechte. Gleichzeitig haben sie autonomen Strukturen in den Bereichen Dörfer, Bildung, Verwaltung, Recht und Ökonomie auf. Die Zapatistas sehen ihren Aufstand als Teil eines weltweiten Widerstandszusammenhangs. Sie waren und sind inspiratorisch für die globale emanzipatorische Linke weltweit.
 Wir können viel viel lernen bei ihnen.



Kampf um Würde, Autonomie, Emanzipation.
 Rebellion von links unten
 "Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern,
 es reicht sie neu zu schaffen. Heute. Durch uns!"
 Subcomandante Marcos, 1996

Zusammen mit den Kollektiven *Lucha Amada*, CAREA e.V. und *Ya Basta* Berlin organisierten wir zur Jahreswende 2013/2014 eine

Veranstaltungsreihe zum zwanzigjährigen Jubiläum des Aufstandes der Zapatist_innen

18.12.13 New York im Bethanien. „Zapatistische Autonomie: Alternativen weg von der parlamentarischen Demokratie hin zu einer direkt-demokratischen Gesellschaft.“ Mit kleiner Einführung in den Aufstand und einem Bericht von Teilnehmer_innen über die *Escuelita* (Kleine Zapatistische Schule) sowie Berichten von Kooperativen als Beispiel internationalistischer Solidarität. Ko-Veranstalter_innen: Gruppe B.A.S.T.A. und Kaffeekollektiv *Aroma Zapatista*

19.12.13 New York im Bethanien. Diskussionsveranstaltung: Offener (selbstkritischer) Blick auf die Solidaritätsbewegung zum Kampf der *Zapatistas*. Wie sah sie aus, wie könnte sie aussehen?“

20.12.13 New York im Bethanien: !resistencia! Südamerika: Umweltzerstörung, Marginalisierung und indigener Widerstand. Veranstaltung mit dem Autor Luz Kerkeling.

03.01.14 TheaterSpielRaum im Bethanien. Lesung mit Verpflegung: *El Mundo es de nadie y por eso es de todos*. „Geschichten vom Alten Antonio“ aufgeschrieben von *Subcomandante Marcos*.

04.01.14 Clash: Fiesta Zapatista. Verspätete Feier zum 20. Jahrestag des Beginns des Aufstandes. Davor fand der Vortrag: „*Toda música es política* – Musik und Zapatismus“, mit Gabriela Gorjon viel Anklang.

Gabriela Gorjon war vom 3. bis zum 17. Januar auf Einladung des Öku-Büros auf Vortragsrundreise über den Einfluss des Zapatismus in der Musik. Sie hielt Vorträge in sieben Städten in Deutschland.

Am 1. Januar 2014 ist es genau 20 Jahre her, dass sich im Südosten Mexikos die zapatistische Befreiungsarmee EZLN erhob. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA erinnerte die EZLN die Menschen in Chiapas, Mexiko und auf der ganzen Welt daran, dass für die indigene Bevölkerung Mexikos selbst die grundlegendsten Rechte noch immer nicht erfüllt sind: Arbeit, Land, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden, so ihre Forderungen, die so einfach wirken und doch so schwer umzusetzen sind.

Unerhört – eine Guerilla, die dem 20. Jahrhundert am Schluss noch ihren Stempel aufdrückt und dazu aus einem Winkel der Erde kommt, wo die Zeit still zu stehen scheint. Aber so geschah es. Und in der Folge mischten die Zapatist_innen mit ihrer innovativen Medienpolitik und popkulturellen Ideen die linke und Kulturszene gleichermaßen auf, und zwar weltweit.

In ihrer Präsentation mit Musik- und Bildbeispielen untersuchte die Medienwissenschaftlerin und Linguistin Gabriela Gorjon aus Guadalajara (Mexiko), wie der Zapatismus in den letzten 20 Jahren die Texte von Musikschaffenden unterschiedlichster Länder beeinflusst hat und welche Auswirkungen er auf Lebens- und Arbeitsformen von (Musik-)Kollektiven weltweit hatte. Und sie ging darauf ein, welche Rückwirkungen die von den Zapatist_innen beeinflusste Musik wiederum auf die indigenen Aufständischen in Chiapas hat.

Theatertournee von *Telón de Arena:* *Justicia Negada* – Verweigerter Gerechtigkeit

Die mexikanische Theaterkompanie *Telón de Arena* besuchte im Rahmen ihrer Tournee 2014 zum fünften Mal die BRD. Außer in München traten unsere Gäste in Berlin, Potsdam, Leipzig, Hamburg, Bremen, Innsbruck und Köln auf. Über 950 Personen sahen die Vorstellungen. Am 29. April stellte die Truppe aus Ciudad Juárez in der Black Box am Gasteig ihr Theaterstück „*Justicia Negada* - drei mexikanische Frauen auf der Suche nach Gerechtigkeit“ vor. Zusätzlich hielt sie einen gemeinsamen Workshop mit der Münchner Kompanie Stückwerk ab.

Justicia Negada ist ein Bühnenstück der aus Ciudad Juárez stammenden mexikanischen Schauspielerin und Regisseurin Perla de la Rosa mit den Schauspieler_innen Guadalupe de la Mora, Guadalupe Balderrama, Claudia Rivera, Perla de la Rosa und Emiliano Molina, ebenfalls aus Ciudad Juárez. Es greift die Thematik der Frauenmorde (Feminizide) auf, die seit den 1990er Jahren in der Grenzregion im Norden Mexikos eine traurige Realität darstellen. Ausgehend von dem Fall „Campo Algodonero gegen Mexiko“, der 2009 vor

Telón de Arena
zeigt

Justicia Negada

Drei mexikanische
Frauen auf der Suche
nach Gerechtigkeit

25. April 2014, 20h
Hamburger Sprachwerk
Klaus-Groth-Straße 23
Hamburg, Borgfelde

Autorin und Regisseurin
Perta de la Rosa



Aufführung in
spanischer Sprache mit Übertitelung

Publikumsgespräch und Diskussion
mit dem Ensemble über die Arbeit in der
Grenzregion im Anschluss der Veranstaltung

Eintritt: VVK 17,20 (erm. 10,40) Euro
AK 18 (erm. 11) Euro

In Kooperation mit pbi,
Universität HH, WiSo-Fakultät

GA CONACULTA EA FONCA Das Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Union realisiert. Der Inhalt des Projekts ist ausschließliche
Verantwortlichkeit von Telón de Arena und bringt in keiner Weise die Position der Europäischen Union zum Ausdruck.
Telón de Arena is an Trans-European, international and cross-border project. Artistic Professionals, Mexico de Escena,
quinta edición, Fondo Nacional para la Cultura y las Artes del CONACULTA.

dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt wurde, kommen in dem Stück vor allem die Mütter der Opfer zu Wort.

Es handelt sich dabei um den ersten Fall von Feminiziden in der Geschichte, der vor dem Interamerikanischen Gerichtshof behandelt und verurteilt wurde. „Campo Algodonero gegen Mexiko“ stellt einen wichtigen Präzedenzfall dar, denn seit dem 16. November 2009, dem Tag des Urteilspruchs, können alle Fälle von Frauenmorden aus allen Ländern dieses Kontinents unter Berufung auf dieses Urteil von der interamerikanischen Gerichtsbarkeit aufgenommen werden.

Die Mütter Josefina González, Irma Monreal und Benita Monárrez aus Ciudad Juárez erreichten gemeinsam mit ihren Anwält_innen, dass der mexikanische Staat verurteilt wurde, unter anderem weil er das Leben, die Unversehrtheit und die Freiheit der Opfer nicht schützte, und den Fall – wie viele andere – nicht angemessen strafrechtlich verfolgte. Bislang hat der mexikanische Staat die Mehrheit der aus diesem Urteil resultierenden Verpflichtungen nicht erfüllt. *Justicia Negada* versucht eine mit diesen Frauen solidarische Stimme zu erheben, indem ihr Kampf und ihre Suche nach Gerechtigkeit künstlerisch verarbeitet und dargestellt werden.

Workshop mit der Münchner Kompanie Stückwerk

An einem Tag trafen sich unsere Gäste von *Telón de Arena* mit den Mitgliedern der Kompanie Stückwerk. Die Münchner Truppe führte ein eigenes Stück vor und danach tauschten sich die Workshopteilnehmer_innen über verschiedene Formen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus. Beide Gruppen sind sich einig, dass sie ein gemeinsames Stück entwerfen wollen. Für das Ökü-Büro ist es eine große Freude, dieses Projekt durchgeführt zu haben. Nicht nur wegen der guten Publikumsresonanz, sondern auch weil wir dazu beitragen konnten, etwas zu konkretisieren, was sich die Mitglieder von *Telón de Arena* seit Beginn der Zusammenarbeit mit uns erhofft haben: die Möglichkeit einer soliden Zusammenarbeit mit einer hiesigen Theatergruppe.

Abendveranstaltung in München: „Für die Befreiung der Gesellschaft“

Die 1969 gegründeten *Fuerzas de Liberación Nacional* – FLN setzten sich mit vielfältigen Aktionen für die Emanzipation der Arbeiter_innenklasse, der

Frauen und der indigenen Bevölkerungsgruppen in Mexiko ein und sind die „Mutterorganisation“ der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN. Sie sind Teil des Widerstands gegen die repressive Politik des mexikanischen Staats und arbeiten vor allem zur Situation der Verschwundenen und der politischen Gefangenen. Bei der Infoveranstaltung in München im Mai stellten ein Vertreter der FLN und ein Vertreter der *Casa de Tod@s* ihre historischen und aktuellen Ideen und Vorschläge für eine gerechte, demokratische und unabhängige Gesellschaft vor und diskutierten sie.

Rundreise zur Situation der Tagelöhner_innen in Nordmexiko: „Vergessene Migration“

Paulino Rodríguez Reyes berichtete im Oktober bei sieben Abendveranstaltungen in Berlin, Hamburg, Bremen, Basel, Bern, Salzburg und München sowie in Gesprächen und Presseinterviews über die fast unbekannt Situation der landwirtschaftlichen Tagelöhner_innen aus Guerrero. Rodríguez ist Na Saavi-Indigener und hat die Migration und Saisonarbeit auf den Feldern in Nordmexiko am eigenen Leib erlebt. Heute ist er in der Migrationsabteilung des Menschenrechtszentrums Tlachinollan tätig, das seit 1993 die Menschenrechtsverletzungen gegen die Tagelöhner_innen dokumentiert.

Tausende Frauen, Männer und Kinder verlassen jedes Jahr ihre Gemeinde in Guerrero, um in der Landwirtschaft im Norden Mexikos zu arbeiten. Jahrzehntlang sind die Gemeinden der *Montaña de Guerrero* (Bergland von Guerrero) - außer während des Wahlkampfes - von der Regierung und den Behörden ignoriert worden. Eine der Folgen des Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada (NAFTA) ist der Zusammenbruch der traditionellen Landwirtschaft, denn das Abkommen ermöglichte die Ansiedlung von Konzernen des Agrobusiness. Dadurch konnten indigene Bäuerinnen und Bauern nicht mehr von der Subsistenzwirtschaft leben. Sie wurden zu Niedriglohnarbeiter_innen des landwirtschaftlichen Proletariats.

Aus aktuellem Anlass sprach der Referent zudem über die Verbrechen an den Studenten der pädagogischen Fachschule Ayotzinapa in Guerrero. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan begleitet die Angehörigen der 43 verschwundenen Studenten sowie weitere Opfer dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Somit war das Öku-Büro die erste Organisation in Deutschland, die diese Informationen aus erster Hand an die Öffentlichkeit brachte.

Rundreise zum Ständigen Tribunal der Völker Kapitel Mexiko (TPP)

Zwischen dem 29.05. und dem 30.06. begleiteten wir eine Rundreise mit Adriana Martínez, Octavio Rosas Landa und Andrés Barreda Marin zur Arbeit des Ständigen Völkertribunals - Kapitel Mexiko (TPP). Wir wollten damit die Öffentlichkeit in Deutschland über die Arbeit des TPP in Mexiko informieren,

insbesondere über die Folgen der Tätigkeit deutscher Unternehmen in Mexiko für die Menschenrechte der Betroffenen.

Die Reise fand in drei Etappen statt. Erstens die Teilnahme am Bundeskongress Internationalismus (BUKO 36) in Leipzig und Aktivitäten in Berlin (Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, Treffen mit Mitarbeiter_innen von Brot für die Welt, Treffen mit Student_innen und Unterstützer_innen) und Aachen (Treffen mit Mitarbeiter_innen von Misereor). Als zweite Etappe folgte eine Vortragsreise durch folgende Städte: Rostock, Mainz, Bielefeld, Tübingen, Stuttgart-Hohenheim, Freiburg und Bern. Die dritte Etappe war die Teilnahme an einer Aktionswoche in Genf gemeinsam mit der Kampagne „Stop Corporate Impunity“.

Mühsamer Einsatz für menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen



*Viele gut organisierte
Kleine werden
den Riesen fest halten*

Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, einen bindenden UN-Pakt zur Verantwortung von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen. Ein Etappensieg wurde am 26.6. in Genf erreicht, als der Menschenrechtsrat der UNO einem entsprechenden Antrag Ecuadors und Südafrikas zur Bildung einer Arbeitsgruppe zustimmte, die den Vertrag erarbeiten soll.

Die Verhandlungen in Genf gestalteten sich mühsam, die Vertretungen der EU, der USA, Kanadas und Japans hatten eine umfangreiche Lobbyaktion gestartet, um den Antrag Südafrikas und Ecuadors zu stoppen. Sie machten geltend, dass die aktuellen

freiwilligen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte erst 2011 verabschiedet worden sind und noch nicht ausreichend Zeit gehabt hätten, um Wirkung zu zeigen. In der Realität drängt sich eher der Eindruck auf, dass die Einhaltung der Leitprinzipien von den Konzernen groß auf ihre Fahnen geschrieben wird, sie aber nur gelten, um das Image der Unternehmen aufzuhübschen. Wie wir selbst in den Hauptversammlungen von Siemens 2014 (und 2015) erleben konnten (siehe Seite 53 f.), wird die umfassende menschenrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens von Vorstand und Aufsichtsrat gleichermaßen lässig behandelt. Mit einem „Wir haben nachgefragt und es liegen keine Informationen über Menschenrechtsverletzungen vor“ wimmelt die Konzernführung alle kritischen Fragen und detaillierte Hinweise auf konkrete Fälle ab.

Delegationsreise aus Deutschland zum TPP nach Mexiko

Eine wichtige Folge der Rundreise unserer mexikanischen Gäste war eine Delegationsreise zur Schlussanhörung des TPP nach Mexiko. In zahlreichen Veranstaltungen berichteten die Gäste über die Arbeit des TPP und als praktische Konsequenz der Diskussionen kristallisierte sich die Idee heraus, eine Delegation zur Abschlussanhörung im November zu veranstalten. Darüber hinaus wollten wir die Gelegenheit nutzen und uns einen ersten eigenen Ein-



druck über die Folgen der Tätigkeit deutscher Unternehmen für die Bevölkerung Mexikos machen. Zahlreiche Menschen zeigten Begeisterung für diese Ideen, 17 Personen nahmen schließlich an der Delegation teil, unter anderen die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel und eine Gruppe von Studierenden aus Bielefeld.

*Kein Recht auf Leben:
Das Ständige Tribunal der
Völker gedachte der Opfer
mexikanischer Politik.*

Mit den gewonnenen Informationen aus den Anhörungen und den Interviews möchten wir auch in Zukunft die deutsche Bevölkerung über den Zusammenhang zwischen Freihandel und Menschenrechtsverletzungen informieren. Des Weiteren möchten wir die interessierten Personen ermutigen, sich darüber hinaus mit den Folgen der Aktivitäten deutscher Unternehmen in Mexiko auseinanderzusetzen. Die Teilnehmer_innen der Delegation wurden zu Multiplikator_innen, um das mexikanische Kapitel im TTP bekannter zu machen. Die gewonnenen Erfahrungen über Freihandel werden auch in den aktuellen Diskussionen über die angestrebten Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kanada und den USA als wertvoller Input geschätzt.

Solidaritätsbesuch in Ayotzinapa

Angesichts der Situation in Mexiko um das Verschwindenlassen der 43 Studenten aus Ayotzinapa stattete ein Teil der Delegation Studierenden und einer Kommission von Eltern in der Lehramtsschule am 18. November einen

Solidaritätsbesuch ab. Nach einem ausführlichen zweistündigen Gespräch betonten wir, unseren weiteren Einsatz dafür, dass die deutsche Regierung nicht einfach zum Alltagsgeschäft mit ihrem mexikanischen Pendant übergeht.

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass die Eltern der verschwundengelassenen Studenten uns von einem möglichen Einsatz von G36-Gewehren von Heckler & Koch erzählten. Auch in der deutschen Presse war schließlich über den Besitz dieser Gewehre durch der Polizei von Iguala zu lesen.²²

Dienstreise des Mexiko-Referenten nach Mexiko

Außer der Teilnahme an der Delegation zur TPP- Anhörung hat unser Mexiko-Referent das Land auch im Rahmen einer Dienstreise besucht. Im September 2014 reiste er nach Ciudad Juárez, Oaxaca-Stadt, auf den Isthmus von Tehuantepec, nach Tlapa in Guerrero sowie Mexiko-Stadt. Diese Reise diente dem direkten Kontakt zu unseren Partnerorganisationen, dem Informationsaustausch und der Planung weiterer Aktivitäten.

Solidaritätsbesuch in Ayotzinapa: MdB Heike Hänsel, Mexiko-Referent Daniel Tapia und weitere Teilnehmer_innen der Delegation zum TPP mit Angehörigen der verschwundengelassenen Studenten.



- 1 <http://content.time.com/time/covers/pacific/0,16641,20140224,00.html> /Zugriff: 1.02.15
- 2 <http://www.excelsior.com.mx/nacional/2014/09/24/983227/> /Zugriff: 1.02.15
- 3 <http://www.euromoney.com/Article/3380555/Finance-minister-of-the-year-2014-Reformer-Videgaray-transforms-Mexico.html> /Zugriff: 1.02.15
- 4 <http://www.elfinanciero.com.mx/sociedad/arrestan-al-chapo-guzman.html> /Zugriff: 1.02.15
- 5 <http://aristeguinoticias.com/2608/mexico/cruento-ii-informe-de-gobierno-36-mil-718-ejecuciones-en-mexico/> /Zugriff: 1.02.2105
- 6 <http://aristeguinoticias.com/2608/mexico/cruento-ii-informe-de-gobierno-36-mil-718-ejecuciones-en-mexico/> /Zugriff: 1.02.2105
- 7 <http://www.24-horas.mx/crece-la-impunidad-en-mexico-inegi/> /Zugriff: 5.02.15
- 8 <http://www.jornada.unam.mx/2014/10/24/economia/029n2eco/> /Zugriff: 2.02.15
- 9 <http://www.eluniversal.com.mx/finanzas-cartera/2014/desempleo-ocde-1044836.html> /Zugriff: 2.02.15
- 10 <http://www.telesurtv.net/news/Desempleo-se-ubico-en-547-en-Mexico-en-julio-20140822-0090.html> /Zugriff: 2.02.15
- 11 www.excelsior.com.mx/nacional/2014/05/18/959942/ /Zugriff: 2.02.15
- 12 <http://eleconomista.com.mx/sistema-financiero/2015/02/03/remesas-familiares-suman-17-meses-consecutivos-alza/> /Zugriff: 4.02.15
- 13 <http://mexico.cnn.com/nacional/2014/08/09/7-datos-sobre-los-retos-que-enfrentan-los-indigenas-en-mexico?newsconn1=%5B20140809%5D/> /Zugriff: 3.02.15
- 14 <http://noticias.univision.com/article/2122582/2014-10-10/mexico/noticias/soldados-usaron-armas-de-delincuentes-para-cometer-masacre-en-tlatlaya/> /Zugriff: 4.02.15
- 15 <http://www.eluniversal.com.mx/nacion-mexico/2015/documenta-cndh-intimidacion-a-3-sobrevivientes-de-tlatlaya-1068869.html> /Zugriff: 4.02.15
- 16 <http://www.proceso.com.mx/?p=391382/> /Zugriff: 5.02.15
- 17 <http://aristeguinoticias.com/1411/mexico/mexico-sin-un-plan-para-buscar-a-los-desaparecidos-ariel-dulitzky-en-cnn/> /Zugriff: 4.02.15
- 18 <http://www.cnnexpansion.com/economia/2015/01/06/pena-nieto-no-hara-mea-culpa-por-casa-blanca-de-higa/> /Zugriff: 4.02.15
- 19 <http://www.rioaxaca.com/estado/61-general/86050-pena-nieto-mas-debil-que-nunca-paco-ignacio-taibo-ii/> /Zugriff: 4.02.15
- 20 <http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/items/presse-erklaerung-des-oeke-bueros-zur-haltung-der-eu-bezueglich-der-ereignisse-in-mexiko-zurzeit-nur-auf-spanisch.html> und http://www.oeku-buero.de/nachrichtenleser/items/Offenen_Brief.html /Zugriff: 4.02.15
- 21 *Deutsche Fassung: Sprachdienst des Deutschen Bundestages.*
- 22 <http://www.taz.de/Studentenmassaker-in-Mexiko!/153115/> /Zugriff: 5.02.15

Nicaragua

Länderbericht

Der Pazifik-Atlantik-Kanal war das Thema des vergangenen Jahres in Nicaragua, das alle anderen Themen in den Hintergrund drängte. Mit der Bekanntgabe der Kanalroute im Juli 2014 und dem feierlichen Baubeginn am 22. Dezember verschwanden zwar nicht die Zweifel an dem Projekt, aber es entwickelte sich massiver Widerstand bei der bäuerlichen Bevölkerung, die dem Projekt weichen soll. Sonst war die Politik wie in den Jahren zuvor geprägt von einer starken Regierung, die ungestört ihre Ziele verfolgen konnte.



Ein Kanal, der das Land spaltet

Seit der Bekanntgabe der Route des teuersten Bauprojekts der Welt am 7. Juli 2014 durch den chinesischen Investor HKND¹, beherrschte der Kanal die politische Diskussion. Etwas, von dem es bisher nur sehr vage Vorstellungen gab, wurde konkret fassbar. Die Projektentwickler, das staatliche chinesische Bahnunternehmen CRCC² und die britische Umweltberatungsfirma ERM³, hatten sich für die „Route 4“ ent-

„Der Kanal ist großartig.“

schieden. Von den sechs zur Auswahl stehenden Trassen soll sie die umweltfreundlichste sein. Der „Große Interozeanische Kanal Nicaraguas“ beginnt auf der Pazifikseite in Puerto Brito, im Verwaltungsbezirk Rivas, durchquert auf einer Länge von 105 km zwischen den Inseln Ometepe und Solentiname den Nicaraguasee, durchschneidet dann den Bezirk Río San Juan, berührt Naturschutzgebiete und Siedlungsgebiete indigener Gruppen in der autonomen Region RAAS und endet an der Karibikküste in Punta Gorda. Die geplanten Abmessungen sind gigantisch: 278 km lang, zwischen 230 und 520 m breit und bis 29 m tief soll der Kanal werden und damit auch passierbar für die größten Schiffe, für die der erweiterte Panamakanal immer noch zu klein ist.

50 Milliarden US-Dollar soll der Kanal mit seinen Unterprojekten kosten. Zwei Riesenschleusen sollen den Höhenunterschied von 30 m überwinden. Ein künstlicher See auf der Karibikseite von fast 400 km² Oberfläche soll den erforderlichen Wasserverbrauch regulieren. Neben dem Kanal sind die folgenden fünf



Unterprojekte geplant: zwei Hochseehäfen, eine Freie Produktionszone (*Maquila*) und ein internationaler Flughafen an der Pazifikseite, mit der dafür notwendigen Infrastruktur. Für die Menschen, die im Flughafen, im Hafen und vor allem in der Freien Produktionszone arbeiten werden, soll eine neue Stadt gebaut werden. Mit den erwarteten 140.000 Einwohner_innen wäre diese Stadt unter den zehn größten des Landes. Für die Unterstützung der Bauarbeiten werden ein eigenes Elektrizitätswerk und ein Stahlwerk errichtet. Das ganze soll in fünf Jahren fertig werden.⁴ Das sind die wesentlichen Informationen, auf die sich die Diskussion in Nicaragua und international stützen kann. Es wurden weder eine Machbarkeitsstudie noch eine Umweltverträglichkeitsstudie präsentiert und niemand weiß, wer die 50 Milliarden US-Dollar investieren wird.

Laut dem Centro Humboldt wird eine Zone von 20 km Breite entlang der Route vom Kanal und den Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogen.

Kritik

Diese Vorgehensweise hat zu viel Kritik geführt und im Land regt sich massiver Widerstand. Kritik und Widerstand konzentrieren sich auf drei Bereiche: die mehr als zurückhaltende Informationspolitik von HKND und Regierung, die Sorge um die Umwelt und das im Augenblick brisanteste Thema der Enteignung tausender Familien, die dem Kanalbau weichen müssen.

Die Informationen, die der Öffentlichkeit präsentiert werden, überzeugen viele nicht. HKND behauptet zwar, es gebe Investoren, die würden aber Wert auf Anonymität legen. So wird weiter spekuliert, ob das Projekt überhaupt ernst gemeint ist, ob es wirtschaftlich machbar ist oder ob sich dahinter geostrategische Interessen der chinesischen Regierung verbergen.

Die Sorgen um die Konsequenzen für die Umwelt durch den Kanalbau sind bei den Dimensionen des Projektes selbstverständlich, werden aber noch verstärkt

durch die Art und Weise, wie sich die Projektentwickler mit dem Thema befassen. Bisher konnte man dabei nicht den Eindruck gewinnen, dass für HKND der Schutz der Umwelt große Bedeutung besitzt. So wurde am 22. Dezember 2014 der Baubeginn feierlich begangen, obwohl noch keine Umweltverträglichkeitsstudie vorliegt. Die damit betraute britische Firma ERM hat inzwischen mitgeteilt, dass die Studie frühestens im April 2015 fertig sein wird.

Im November hatte die nicaraguanische Akademie der Wissenschaften ein international besetztes Symposium zu den technischen und wissenschaftlichen Aspekten des Kanals durchgeführt und dazu selbstverständlich auch die das Projekt entwickelnden Organisationen eingeladen.⁵ Diese haben die Gelegenheit nicht genutzt, zu den vielen besorgten Fragen zu Biodiversität, Gewässerschutz und Risikoanalysen Stellung zu beziehen. Es bleibt die Hoffnung, dass sie wenigstens das Schlussdokument des Symposiums studieren werden.⁶ Wie fast alle, die sich mit der Umweltbelastung durch den Kanal beschäftigen, an vorderster Stelle ist da die Umweltschutzorganisation *Centro Humboldt* zu nennen, machte sich auch dieses Gremium die größten Sorgen um den Nicaraguasee. Dazu gibt es von Seiten HKND bisher keinerlei überzeugende Aussagen. Bei der Vorstellung der Kanalroute ist die Umweltberatungsfirma ERM auf einige Fragen wie beispielsweise Schutzgebiete eingegangen. Auch Risiken für den Nicaraguasee wie Verschmutzung durch Schiffsabwässer, Wassertrübung durch die Baggerarbeiten usw. hat ERM erwähnt, aber die Lösungsvorschläge blieben allgemein: „Höchste Anstrengungen bei der Implementierung der „best practice“ aufwenden, um Auswirkungen auf den Nicaraguasee zu vermeiden.“⁷ Was die „best practice“ ist, wenn trotzdem im Nicaraguasee, dem größten Süßwasserreservoir Mittelamerikas, ein Supertanker in ein Unglück verwickelt wird, darauf hätten viele gerne eine genauere Antwort gehabt.

Widerstand

Am meisten Widerstand wird dem Projekt im Augenblick von denen entgegengesetzt, die in den Gebieten wohnen, durch die der Kanal führen soll. Ab Ende August tauchten in den Gemeinden an der Kanalroute chinesische Angestellte auf und begannen, unterstützt von Polizei und Militär, die Grundstücke zu vermessen, ohne dass den Betroffenen irgendetwas erklärt wurde. Wie bei den zuvor geschilderten Kritikpunkten wurden auch hier die Probleme durch mangelnde Transparenz und fehlende Dialogbereitschaft auf Seiten von HKND und Regierung verschärft. Wer soll enteignet werden? Wie wird die Entschädigung ausfallen? Wohin sollen die Menschen umgesiedelt werden? Dazu gab es zuerst gar keine Antworten. Bekannt waren nur die Vereinbarungen des Lizenzvertrages der Regierung mit HKND und des dazugehörigen Gesetzes 840. Dort ist festgelegt, dass alles, was für das Projekt erforderlich ist, enteignet werden kann und dass die Entschädigung nach dem Katasterwert ermittelt wird. Der Katasterwert, die Basis für die Besteuerung, hat aber in der Regel nichts mit dem tatsächlichen Wert zu tun, sondern liegt weit darunter. Die Betroffenen



haben also allen Grund zu befürchten, dass sie mit der Entschädigung niemals woanders ein gleichwertiges Grundstück erwerben können. Natürlich wollen viele Menschen auch nicht von dort weg, wo sie bisher gelebt haben. Vor allem in den Gegenden um Rivas, El Tule und Nueva Guinea kam es deshalb bald zu Demonstrationen, an denen sich Tausende beteiligten. Unter dem Motto „Wir wollen keinen Kanal“ und „Chinesen raus“ waren bis Mitte Dezember 16 Demonstrationen relativ friedlich verlaufen.

Entlang der geplanten Kanalroute fanden zahlreiche Demonstrationen statt.

Auch nachdem die Erfassung der Grundstücke beendet war - HKND spricht von 20.000 Betroffenen - gingen die Demonstrationen weiter. Mit dem offiziellen Baubeginn am 22. Dezember eskalierte die Situation. Die Polizei räumte gewaltsam eine mehrtägige Straßensperre, mit der Demonstrant_innen Angestellte von HKND behindern wollten. Bei der Räumung gab es Verletzte auf beiden Seiten - die Polizei behauptet sogar, sie wäre beschossen worden. Anführer_innen der Demonstrant_innen wurden tagelang in Polizeigewahrsam gehalten und behaupteten, die Polizei habe sie systematisch misshandelt. Sie werden jetzt von der Menschenrechtsorganisation CENIDH betreut. Eine belgische Fotografin wurde des Landes verwiesen.

Auch nach dem offiziellen Baubeginn, der eher ein symbolischer Akt war, denn die begonnenen Bauarbeiten beschränken sich bisher auf vorbereitende Arbeiten wie den Ausbau der Zugangswege, herrscht weiter Unsicherheit. So hat

Wang Jing, der Präsident des Unternehmens HKND, in seiner Rede anlässlich der Feier am 22. Dezember eine Art Arbeitsplan für das Jahr 2015 vorgelegt.⁸ Danach sollen die Enteignungen bis Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die eigentlichen Kanalbauarbeiten, Aushub und Bau der Schleusen, sollen anschließend beginnen.

In den Tagen nach der Eröffnungsfeier gab HKND bekannt, dass die 50.000 Arbeitsplätze, die mit dem Kanalbau entstehen sollen, zur Hälfte mit ausländischen, vorwiegend chinesischen Fachkräften besetzt werden. Für manche Nicaraguaner_innen, die das Kanalbauprojekt unterstützen, wird das eine Enttäuschung sein. Sie unterstützen das Projekt vor allem, weil sie an die versprochenen Vorteile für Nicaragua glauben. Der andere kleinere Teil der Gesellschaft hat diese Vorteile immer schon bezweifelt, aber die Gefahren deutlich erkannt. So ist die Gesellschaft im Augenblick tief gespalten. Nicht nur politisch spaltet der Kanal Nicaragua, er wird das Land auch geografisch teilen. Nur die wichtigste Nord-Süd Verbindung, die Panamericana, wird mit einer Brücke über den Kanal führen, sonst sind Fähren vorgesehen. Das wird besonders den abgelegenen Bezirk Río San Juan weiter marginalisieren.

Venezuela

Unsicherheit verbreiten die möglichen Folgen der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Venezuelas, des zweitwichtigsten Handelspartners Nicaraguas. Seit Juni 2014 ist der Erdölpreis auf dem Weltmarkt von 110 US-Dollar auf die Hälfte gesunken. Allein die Tatsache, dass Venezuelas Exporte zu mehr als 90% von der Erdölforderung abhängen, macht deutlich, dass diese Entwicklung Konsequenzen haben muss. Und die wiederum werden sich auf Nicaragua, das seinen gesamten Bedarf an Erdölprodukten aus Venezuela importiert, auswirken. Die Folgen der Probleme Venezuelas sind für Nicaragua ambivalent. Einerseits profitiert das Land davon, dass Erdöl billiger wird, andererseits stehen der Regierung aber weniger Mittel für soziale Projekte zur Verfügung. Denn im Rahmen des Energieabkommens Petrocaribe kauft Nicaragua bei Venezuela das Erdöl zum Weltmarktpreis, muss aber nur die Hälfte sofort bezahlen und erhält für die andere Hälfte sehr günstige Kredite. Die Mittel, die sich daraus ergeben, dass das Erdöl zum vollen Preis an die Raffinerien weiterverkauft werden, nutzt die Regierung zur Finanzierung sozialer Projekte und Subventionen. Diese Mittel werden jetzt erheblich geringer ausfallen. Bis 2013 standen der Regierung jährlich rund 550 Mio US-Dollar zur Verfügung. Schon für die erste Hälfte des Jahres, also noch vor dem Absturz des Erdölpreises, hat die Zentralbank eine Summe ausgewiesen, die um 50 Mio US-\$ unter dem Wert des Vorjahres lag.⁹ Bisher ließ sich das Problem noch durch Haushaltsumschichtungen auffangen. Aber es war ein erster Schock, der zeigte, wie abhängig die Regierung von der großzügigen Unterstützung Venezuelas ist. Wenn sich die Situation in Venezuela weiter so entwickelt wie im Augenblick und die Unterstützung ganz ausbleibt, muss das große wirtschaftliche und politische Konsequenzen haben.



Eröffnungsfeier für die Bauarbeiten zum Kanal

Innenpolitik

Allgemein haben sich die Tendenzen der letzten Jahre in der Innenpolitik bestätigt oder verstärkt. Die Regierung Ortega ist weiter unangefochten und die bisher schon schwache Opposition verlor sogar weiter an Bedeutung. Sie wird kaum noch wahrgenommen und beschäftigt sich hauptsächlich mit sich selbst. Der Regierung fällt es leicht, sie in ihrer Unfähigkeit und Zerstrittenheit vorzuführen. Anfang des Jahres 2014 musste die Nationalversammlung 54 hohe Posten in verschiedenen Gremien wie im Obersten Wahrrat, Obersten Gerichtshof und im Rechnungshof neu besetzen. Viele hochrangige Mitglieder der Opposition hielten sich selbst für geeignet, die gut dotierten Stellen zu besetzen, waren aber bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen vom Wohlwollen der FSLN abhängig. Verdient hatten sich dieses Wohlwollen unter anderen zwei Verwandte des ehemaligen Präsidenten Arnoldo Alemán von der liberalen Partei PLC. Dessen Tochter María Dolores Alemán wurde in den Rechnungshof¹⁰ gewählt und sein Bruder Antonio Alemán als einer der obersten Richter wieder gewählt. Die PLC ist zwar heute bei Wahlen chancenlos, aber offensichtlich immer noch zu Deals mit der FSLN in der Lage. Nur die Nicaraguaner_innen davon zu überzeugen, dass dies die angebrachte Oppositionspolitik gegen die „Ortega-Diktatur“ sei, wie die Opposition die Regierung gerne bezeichnet, das gelingt ihr nicht. Bei den letzten Umfragen kamen die Oppositionsparteien, die bei den Wahlen im November 2011 noch 31% der Stimmen erreicht hatten, auf weniger als 10%. Die Zufriedenheit mit der Regierung ist entsprechend hoch. Sie lag im Laufe des Jahres 2014 immer weit über 50%. Das hängt nicht nur mit den vielen Sozialprogrammen zusammen, von denen vor allem der ärmere Teil der Bevölkerung profitiert, sondern inzwischen auch mit der Phantasielosigkeit der Opposition.

Unternehmerschaft

Wesentlich wichtiger als die Opposition ist für die Regierung die Unternehmerschaft. Ein Beispiel für deren großen Einfluss war im vergangenen Jahr in der Steuerpolitik zu beobachten. Mit Beginn des Jahres 2013 war in Nicaragua eine Steuerreform (*Ley de Concertación Tributaria*) in Kraft getreten, an deren Zustandekommen der Unternehmerverband COSEP intensiv beteiligt war. Er hatte erreicht, dass die vielfältigen Steuervergünstigungen, die vor allem den großen Unternehmen zu Gute kommen, bei der Reform nicht angetastet worden waren.

Die Konsequenz war, dass die Steuereinnahmen 2014 nicht die geplante Höhe erreichten. Um dem zu begegnen, erließ Präsident Ortega ein Dekret, in dem unter anderem der Steuersatz für den Handel an der Börse für landwirtschaftliche Produkte (*bolsa agropecuaria*) angehoben wurde. Da dort ausschließlich die großen Unternehmen handeln, lief der COSEP Sturm. Neun Tage Protestgeschrei in den Medien reichten aus: die Regierung zog das Dekret wieder zurück. Für das laufende Jahr 2014 verzichtete sie auf weitere Versuche, die Einnahmen zu erhöhen. Statt dessen gab es einen Nachtragshaushalt mit Ausgabenkürzungen. Aber es gab noch ein weiteres Problem für den COSEP. In der Steuerreform von 2012 war es ihm nur gelungen, die Steuervergünstigungen bis Ende 2014 zu verlängern. Da war es dann keine große Überraschung mehr, dass Ende des Jahres die Steuerreform noch einmal reformiert wurde. Ausgehandelt wurde sie wieder zwischen der Regierung und dem Unternehmerverband COSEP. Die Reform der Reform stand unter dem Motto, die privaten Investitionen zu stimulieren und die bisherigen Steuervergünstigungen für die großen Unternehmen noch einmal zu verlängern. Zusätzlich ist jetzt aber auch die Einfuhr von Yachten und Hubschraubern steuerfrei. Wie gesagt: es geht um die Stimulation der Investitionstätigkeit, mit dem Ergebnis, dass jetzt Kooperativen und kleine Betriebe höher besteuert werden als früher. Man darf annehmen, dass der COSEP und auch die Regierung mit diesem Ergebnis zufrieden sind.

Dieses innige Verhältnis zwischen Regierung und Unternehmerschaft, das seit Jahren beobachtet werden kann, hat in Nicaragua inzwischen auch Verfassungsrang. Im Februar des Jahres 2014 trat die Verfassungsänderung in Kraft, die seit dem Herbst 2013 in der Nationalversammlung verhandelt worden war. Neben dem Ausbau der Macht des Präsidenten, wie seine unbeschränkte Wiederwahl und seinem neuen Recht, Dekrete zu erlassen, die ohne Mitwirkung der Nationalversammlung Gesetzeskraft erlangen, wird darin auch das nicaraguanische Wirtschaftssystem neu definiert. In dem reformierten Artikel 98 ist jetzt die Rede von dem „Modell einer Allianz der Regierung mit dem Sektor der Klein- Mittel- und Großunternehmen und der Arbeiterschaft [...] in dem mittels ständigen Dialoges der Konsens gesucht wird.“¹¹ Soll man wirklich glauben, dass es in Nicaragua Konsens ist, dass die Steuerlast von oben nach unten verteilt wird?

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Nicaragua

Die Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Nicaragua spiegeln in diesem Jahr die politische Diskussion im Land wider. In mehreren Veranstaltungen des Büros war der Kanal das Thema oder ein wichtiger Teil der Veranstaltung.

Veranstaltung in München: „Der interozeanische Kanal in Nicaragua: Das größte Bauprojekt aller Zeiten - Traum oder Alptraum?“

Am 19. November 2014 fand im EineWeltHaus in München eine Informationsveranstaltung des Ökumenischen Büros zum Nicaragua-Kanal statt. In seinem Referat präsentierte Eberhard Albrecht den aktuellen Stand des Projektes, ging kurz auf die Geschichte ein und gab einen Überblick von der politische Diskussion, die dazu im Land geführt wird. Mit den 25 Besucher_innen ergab sich eine lebhaft Diskussions.



Mit großem Interesse wurden die Machbarkeit des Projekts und die vermuteten politischen Interessen Chinas diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand aber, genauso wie in Nicaragua selbst, die Sorge um die Folgen für die Umwelt.

Veranstaltung zum Nicaragua-Kanal: „Traum oder Alptraum?“

Referat beim Tagesseminar zu Zentralamerika in Leipzig: „Panama 1914 - Nicaragua 2014: Geostrategische Megaprojekte auf dem Isthmus“

Bei diesem Referat von Eberhard Albrecht ging es vorwiegend um die historische und regionale Einordnung des geplanten Nicaragua-Kanals. Das Projekt selbst konnte nur recht allgemein dargestellt werden, da zum Zeitpunkt des Referats die Route noch nicht fest stand.

Intensiv wurde auf die verschiedenen regionalen alternativen Projekte eingegangen: die Erweiterung des Panamakanals, die „trockenen Kanäle“ - Verbindungen mit Autobahnen, Eisenbahnen, Pipelines zwischen Pazifik und Karibik durch Mittelamerika -, die von Mexiko bis Kolumbien in Planung sind. Kosten, zu erwartende Umweltprobleme und die hinter den einzelnen Projekten zu vermutenden Großmachtinteressen wurden diskutiert. Außerdem gab es einen kurzen Einblick in die an gescheiterten Kanalbauprojekten reiche Geschichte Nicaraguas.

Referat bei der Konferenz der Nicaragua-Städtepartnerschaften: „Nicaragua, geprägt von einer starken, machtbewussten und zentralistischen Regierung“



*Mitarbeiter_innen der
Umweltorganisation Centro
Humboldt erläutern ihre
Kritik an den Planungen
zum Nicaragua-Kanal.*

Zu dem 3. Runden Tisch deutscher Städte mit Nicaragua-Partnerschaften am 9. Dezember 2014 in Erlangen war das Ökumenische Büro eingeladen worden, sich mit einem Impulsreferat zur aktuellen Lage Nicaraguas zu beteiligen. Die Teilnehmer_innen wollten diskutieren, was die aktuellen politischen Entwicklungen in Nicaragua für ihre Partnerorganisationen, die Projektarbeit und die zukünftige Zusammenarbeit bedeuten. Das Ökumenische Büro kam dem Wunsch gerne nach und Eberhard Albrecht referierte über „Nicaragua, geprägt von einer starken, machtbewussten und zentralistischen Regierung“. Neben den Verfassungsänderungen des vergangenen Jahres und einer kurzen Beschreibung der Situation der nicaraguanischen Frauenbewegung war auch in diesem Fall der Bau des Kanals ein wichtiger Punkt. Besonders die Teilnehmer_innen mit Kontakten nach San Carlos am Río San Juan, das durch seine Lage am stärksten betroffen ist, diskutierten lebhaft über die Folgen, wenn der Süden durch den Kanal vom Rest des Landes abgeschnitten sein wird.

Workshop bei der Entwicklungspolitischen Fachtagung

Am 14. Februar organisierte das Nord-Süd-Forum München mit der Stelle für internationale Angelegenheiten des 3. Bürgermeisters die zweijährig stattfindende Tagung mit dem Titel: „Ran an die Ursachen. Wie verändern wir mit unserer Arbeit strukturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen?“. Auf der ersten Fachtagung im Jahr 2010 wurden „Qualitätsstandards für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit“ definiert. Die These 12 der Standards „Jedes Projekt soll auch die Bekämpfung der Ursachen im Auge behalten“ stand im Fokus der Veranstaltung. Zum Einstieg in das Thema referierte Thomas Gebauer, Geschäftsführer von „medico international“, über das Spannungsverhältnis zwischen Symptom- und Ursachenbekämpfung in der Projektarbeit. Anschließend wurden in mehreren Workshops verschiedene Handlungsfelder der Ursachenbekämpfung für Eine-Welt-Akteure beleuchtet: Einen der vier Workshops gestaltete unser Nicaragua-Referent Andrés Schmidt mit einer Vorstellung der vom Ökumenischen Büro durchgeführten Jugendbegegnungsmaßnahmen. Die Workshop-Teilnehmer_innen bewerteten dieses Beispiel positiv. Sie zeigten sich überzeugt, dass die Arbeit der Partnerorganisation Movimiento Comunal auf die Bekämpfung von Armutursachen gerichtet ist, da sich hier Selbstorganisation an der Basis mit gezielten politischen Interventionen auf nationaler Ebene verbänden. An der Durchführung der Brigaden des Öku-Büros wurde positiv hervorgehoben, dass hier die größt-

mögliche Augenhöhe zwischen Teilnehmenden und Bevölkerung realisiert werde, da die Ersteren nicht als Expert_innen, sondern als solidarische Gesprächspartner_innen auftraten.

Vorbereitung Solidaritätsreise 2015 nach Nicaragua

Im Sommer 2014 fiel der Startschuss zu einer weiteren Solidaritätsbrigade nach Nicaragua im Sommer 2015. Wie in den Jahren 2011 und 2013 wird das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro Nicaragua Wuppertal durchgeführt. Neu ist allerdings der Name: Auf die vielfache Rückmeldung unserer Teilnehmenden hin, der Ausdruck „Brigade“ wecke Assoziationen auf Militär und Staatssozialismus, heißt die Jugendbegegnung 2015 nun erstmals „Solidaritätsreise“. Schwerpunktthema wird diesmal: „Gesundheit“.

Agrarpolitische Reise nach Kuba und Nicaragua

Im Dezember 2014/Januar 2015 begab sich unser Nicaragua-Referent auf eine Delegationsreise zur Landwirtschaftspolitik in Kuba und Nicaragua. Die zwölköpfige Gruppe bestand neben Aktiven der Nicaragua-Solidarität aus Gewerkschafter_innen und Wissenschaftlerinnen. Die Reise wurde an drei Wochenendseminaren vorbereitet, an denen sich das Ökumenische Büro mit seinen Kompetenzen und Kontakten in Nicaragua beteiligte. In Nicaragua fanden Besuche mit unseren Partnerorganisationen *Movimiento Comunal* und ANAIRC statt (siehe Seite 62).

- ¹ Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Company (HKND Group) <http://hknd-group.com/portal.php>
- ² China Railway Construction Corporation
- ³ Environmental Resources Management
- ⁴ Proyectos del Canal <http://hknd-group.com/portal.php?mod=list&catid=24>
- ⁵ <http://www.cienciasdenicaragua.org/index.php/acerca-de/24-noticias-principal/103-taller-internacional-sobre-el-proyecto-de-canal-interoceanico-por-nicaragua-10-y-11-noviembre-2014-invitation>
- ⁶ Se requiere un análisis exhaustivo del costo-beneficio del proyecto del Canal <http://www.envio.org.ni/articulo/4947>
- ⁷ Gran Canal de Nicaragua Julio 2014 [http://www.el19digital.com/app/webroot/tinymce/source/GranCanal/07.07.2014_ERM_Presentaci%C3%B3n_del_Gran_Canal\(v3\).pdf](http://www.el19digital.com/app/webroot/tinymce/source/GranCanal/07.07.2014_ERM_Presentaci%C3%B3n_del_Gran_Canal(v3).pdf)
- ⁸ Discurso del Presidente Wang Jing en la Conferencia por la Obra de Inicio del Proyecto <http://hknd-group.com/portal.php?mod=view&aid=152>
- ⁹ Informe de Cooperación Oficial Externa 1er Semestre 2014 http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/periodicidad/semestral/cooperacion/ICOE_1.pdf
- ¹⁰ Contraloría General de la República
- ¹¹ Ley No. 854, LEY DE REFORMA PARCIAL A LA CONSTITUCIÓN POLÍTICA DE LA REPÚBLICA DE NICARAGUA [http://legislacion.asamblea.gob.ni/SILEG/Iniciativas.nsf/0/9e79461787f2f80f06_257c1600609ea0/\\$FILE/29-01-2014%20Ley%20No.%20854%20Reformas%20Constitucionales.pdf](http://legislacion.asamblea.gob.ni/SILEG/Iniciativas.nsf/0/9e79461787f2f80f06_257c1600609ea0/$FILE/29-01-2014%20Ley%20No.%20854%20Reformas%20Constitucionales.pdf)

El Salvador

Länderbericht

Die 2014 gewählte neue Regierung Sánchez Cerén steht als erste genuine FMLN-Regierung vor ähnlichen Herausforderungen wie ihre Vorgängerin unter dem parteilosen Journalisten Mauricio Funes: Sie muss mit den Folgen von 20 Jahren neoliberaler Politik der ultrarechten ARE-



NA-Regierung fertig werden und will sich offenbar erst einmal einen institutionellen und finanziellen Handlungsspielraum erkämpfen, um einige moderate Änderungen innerhalb des Systems anzugehen. Immerhin zeigten der Putsch in Honduras 2009 und die Akzeptanz der Post-Putschregime durch die internationale Gemeinschaft nur allzu deutlich, welche Risiken bestehen, wenn man aus den herrschenden

Der erste FMLN-Präsident: Feier in San Salvador

Verhältnissen auszuscheren versucht. Die Erwartungen der verarmten Bevölkerung wuchsen indes von Monat zu Monat: Wo bleibt denn nun der seit Jahren versprochene Wandel, der cambio?

Um Haaresbreite – FMLN gewinnt Präsidentschaft in der Stichwahl

Am 2. Februar 2014 verpasste das Duo Sánchez Cerén/Ortiz von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) um Haaresbreite den Sieg im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen und um Haaresbreite (6.634 Stimmen) trug es ihn dann im zweiten Anlauf am 9. März doch noch davon. Im ersten Wahlgang hatte die FMLN mit 48,93% fast zehn Prozentpunkte vor der rechten ARENA (*Alianza Republicana Nacionalista*) gelegen; in der zweiten Runde konnte ARENA jedoch insgesamt ca. 400.000 Wähler_innen zusätzlich für sich mobilisieren. Darunter waren offenbar viele, die im ersten Wahlgang dem Kandidaten der ebenfalls rechten Partei GANA (*Gran Alianza por la Unidad Nacional*) ihre Stimme gegeben hatten. Aber auch solche, die einer

von dem berüchtigten Berater J.J. Rendón orchestrierte Angstkampagne folgten, sowie jene, die sich für die wundersame Schnellerneuerung ihrer abgelauenen Personalausweise durch ARENA erkenntlich zeigten. Grund genug für die nach einer Serie von Korruptionsskandalen ganz knapp unterlegene ultrarechte Opposition zunächst zu versuchen, das Wahlergebnis mit allen Mitteln anzufechten oder gar auszuhebeln. Sogar das Wort vom bevorstehenden „Justizputsch“ machte die Runde. Doch weder internationale Wahlbeobachter_innen, noch die US-Botschaft oder das Militär unter Verteidigungsminister Munguia Payes wollten sich für derlei Manöver hergeben, so dass schließlich das Oberste Wahlgericht am 15. März Salvador Sánchez Cerén mit 50,11 % der Stimmen zum gewählten Präsidenten erklären konnte.¹



Die Herausforderungen für die neue Regierung, die am 1. Juni ihr Amt antrat, sind enorm. In der öffentlichen Wahrnehmung schien das Thema der Sicherheit, also der Mordrate, der Alltagsgewalt und der nahezu ubiquitären Erpressungen beinahe alle anderen Debatten zu verdrängen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die strukturellen Hintergrundprobleme wie etwa der chronisch marode Staatshaushalt, die dringend nötige Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Bildungssystems, die Reform des Steuersystems und die Krise der von ARENA privatisierten Pensionskassen dadurch plötzlich verschwunden wären.²

Die ultrarechte Partei „ARENA kommt nicht wieder dran“.

Hinzu kommt, dass die Institutionen des salvadorianischen Staates 2014 nachhaltig geschwächt waren, das Parlament durch die Mehrheitsverhältnisse mehr oder minder blockiert. Der Judikative, insbesondere dem Obersten Gerichtshof mit seiner umstrittenen Verfassungskammer, wird vorgeworfen, zu großen Teilen weiterhin ARENA-dominiert zu sein. Womöglich wichtiger ist aber die ökonomische Macht. Die alten Kaffeebarone sind hier längst in die zweite Reihe gerückt. Stattdessen dominieren Banken- und Handelsgruppen aus der alten und neuen Oligarchie den Finanzsektor und sind in ein großes Netz transnationalen, vor allem auch kolumbianischen Kapitals eingebunden. Die Möglichkeiten für die Mitte-Links-Regierung waren 2014 begrenzt. Sie setzte von Beginn an auf ein neodesarrollistisches Modell, auf den Dialog mit der Wirtschaft und auf die Vermeidung jeden Hauchs einer Konfrontation.

Waffenstillstand zwischen Banden gescheitert

In El Salvador sind Schätzungen zufolge bis zu 64.000 Menschen in Banden, den so genannten „maras“, organisiert. Sie sind zu einem sozialen Faktor ge-

worden: Rechnet man von ihrem Einkommen abhängige Familienmitglieder und Freund_innen dazu, so ist nahezu jede_r Zehnte Teil des sozialen Netzwerkes der Banden. Und nahezu jede_r, der oder die nicht in der Lage ist, sich teuren Wachschatz etc. zu leisten, fällt früher oder später einer *mara* zum Opfer und bezahlt mit seinem Einkommen, mit erzwungener Migration oder mit dem Leben. Das Problem ist endemisch und es ist komplex. Das Jahr 2014 jedenfalls war gekennzeichnet durch das Ende des Anfang 2012 paktierten Waffenstillstand, der *tregua*, zwischen den beiden *mara*-Banden *Salvatrucha* und *Barrio 18*. Die *tregua* hatte geholfen, die Mordrate El Salvadors von 15 im Jahr 2011 auf unter fünf täglich zu senken.³ Durch das Scheitern des Waffenstillstandes ist die Mordrate zu Jahresbeginn 2014 allerdings wieder auf 14 gewaltsame Todesfälle pro Tag angestiegen. 2014 wurden über 3.800 Morde registriert, 1.300 Morde mehr als im Vorjahr.⁴ Für die Bevölkerung und die neue Regierung bedeutete dies eine schwere Belastung. Zudem zeichnete sich bereits vor der Stichwahl im Februar ab, dass von rechts dermaßen massiv versucht wurde, der alten Politik der „harten Hand“, der *mano dura*, wieder Geltung zu verschaffen, dass es inzwischen keine Regierung mehr wagt, offen Unterstützung für die *tregua* zu zeigen. Zu groß ist das Risiko als „Paktierer mit dem organisierten Verbrechen“ öffentlich gebrandmarkt zu werden.



Geldwäsche in einer dollarisierten Wirtschaft. Kurz nach Jahreswechsel 2014/15 verdächtigte der britische Guardian auch die Schweizer Filiale der HSBC-Bank.

Die investigative Internet-Zeitschrift *El Faro* wies indes bereits zu Jahresbeginn 2014 darauf hin, dass die medial hochgespielte Verbindung zwischen den *maras* und der Drogenmafia nicht so ausgeprägt ist, wie oftmals behauptet: „Es sind nicht so sehr die Drogen, die mehr werden, es ist das Geld, das hier bleibt, um in unserer dollarisierten Wirtschaft gewaschen zu werden“, zitierte *El Faro* den Ermittler der Nationalen Drogenkommission und Vizepolizeichef Harold Cotto. El Salvador sei in der zentralamerikanischen Arbeitsteilung zur „Bank des Drogenhandels“ geworden. Die Überbewertung der Rolle der *maras* und ihrer

Anführer in Bezug auf die Drogenökonomie sei – so El Faro – eine Nebelwand, um die Gesichter größerer Organisationen zu verbergen.⁵

Während ARENA versuchte mit dem Ex-Bürgermeister von New York und Hardliner Rudolph Giuliani als Sicherheitsberater öffentlichkeitswirksam zu punkten, rief Präsident Sánchez Cerén im September 2014 einen gesellschaftlich breit aufgestellten und international unterstützten Rat für staatsbürgerliche Sicherheit, den *Consejo Nacional de Seguridad Ciudadana* ins Leben. Dieser soll 2015 seine Arbeit aufnehmen und helfen, eine integrale Sicherheitspolitik nicht der „harten“, sondern der „intelligenten Hand“ umzusetzen. *Tregua*-Unterhändler Mijangos ist allerdings nicht mit dabei. Einem einseitig von *mara*-Anführern im Januar 2015 ausgerufenen neuen Waffenstillstand, und damit einer erneuten längerfristigen Senkung der Mordrate, wurden kaum Chancen eingeräumt.⁶

Regierung öffnet Monsanto die Tür

Die Wiederbelebung der jahrzehntelang brachliegenden Landwirtschaft El Salvadors für den heimischen Markt war bereits ein Ziel der Regierung Funes. Tatsächlich stieg die Produktion der Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen seit 2012 und mittlerweile kann der Bedarf an Mais zu hundert Prozent aus der Inlandsproduktion gedeckt werden. Eine wichtige Komponente dieses Versuchs einer neuen, auf Ernährungssouveränität zielenden Agrarpolitik ist die Eigenversorgung mit heimischem Saatgut, um die teuren und Abhängigkeit erzeugenden Importe von Hybridsaatgut der Firma Monsanto zu vermeiden. Für die Agrarpakete der Regierung, mit denen die bäuerlichen Produzent_innen unterstützt werden, wurde die Ausschreibung von Saatgut deshalb so angelegt, dass Monsanto außen vor blieb.

Daraufhin knallte es 2014. Die US-Regierung drohte unter Berufung auf das bestehende Freihandelsabkommen CAFTA-DR die Finanzierung des Programms FOMILENIO II, eines 277 Millionen Dollar teuren Infrastrukturprogramms für die Küstenregionen, nicht zu bewilligen.⁷ Die El-Salvador-Solidarität in den USA reagierte mit einer massiven Protestkampagne, wohingegen die salvadorianische



„Monsanto sät Tod“

Regierung dem Druck nachgab und Monsanto für die Saatgut-Ausschreibung zuließ. Einstweilen bekamen heimische Saatgutproduzenten dennoch den Zuschlag.⁸ Inwieweit mit dem Deal aber nicht doch auf längere Sicht der Abhängigkeit von Hybridzüchtungen und möglicherweise auch genmanipuliertem Saatgut Tür und Tor geöffnet wird, ist umstritten. Vertreter_innen von Umweltgruppen sprachen Ende 2014 gegenüber dem Öku-Büro von bereits angelegten Versuchsanbauflächen und zumindest der Möglichkeit des Importes nicht nur hybrider, sondern auch genmanipulierter Pflanzen. Offiziell hieß es hingegen, es gebe (noch) kein entsprechend verändertes Saatgut in El Salvador.

Resilienz oder Widerstand?

Trotz der unbestrittenen Erfolge hat das Land noch einen langen Weg zur Ernährungssouveränität vor sich. Auch 2014 war El Salvador von Dürre durch den Klimawandel und von der *roya*, dem Kaffeerost, stark betroffen. Durch die Ernteausfälle des ersten Halbjahres 2014 litten laut einer Studie des Nationalen Rates für Nahrungsmittelsicherheit (CONASAN) und des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen über 85.000 Menschen unter mäßigem bis schwerem Nahrungsmittelmangel. Weitere 95.000 galten als akut gefährdet.⁹ Die staatliche Nahrungsmittelhilfe kam erst mit mehrmonatiger Verspätung an. Dem Verneihen nach ernährten Schulspeisungen in den am schlimmsten betroffenen Gebieten zeitweise ganze Familien. Folgt man dem lateinamerikanischen Gesamttrend, werden die Hungerkrisen in Zukunft weiter zunehmen.¹⁰ Das kleine El Salvador ist allein durch seine Lage ohnehin besonders vulnerabel, also anfällig gegenüber den Auswirkungen von Klimaveränderungen und anderen Desastern.

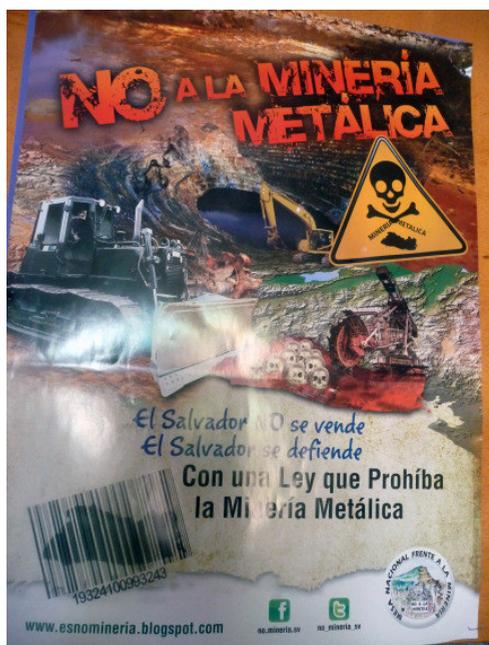
Kein Wunder also, dass „Resilienz“ das Schlagwort des Jahres 2014 zu sein schien, auch wenn es ein wenig zynisch anmuten mag. Die Bevölkerung von El Salvador soll den Desastern standhalten lernen, sich anpassen an die Gegebenheiten der permanenten Katastrophe: Klimastress, Trockenheit, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Erdbeben, Wasserkrisen, Kaffeerost, Unsicherheit, Schocks, Lebensbrüche und das Ende aller Utopien. Während auf dem Weltklima-Gegengipfel in Peru Vertreter_innen indigener Gemeinschaften Ende 2014 die Parole ausgaben „Cambiemos el sistema, no el clima“ (Lasst uns das System ändern, nicht das Klima) war nach Eindruck des Öku-Büros in El Salvador von selbstorganisiertem, sozialen Widerstand, von *resistencia* nur sehr wenig die Rede.

Große Kröten: FOMILENIO II macht der Umweltbewegung zu schaffen

All dies ändert nichts daran, dass sich die Bewohner_innen des Landes täglich mit einer wachsenden Umweltkrise auseinandersetzen müssen, die vor allem die Bereiche Wasser und Boden betrifft. Knappheit, Kontamination und Erosion sind die Stichworte. Die Regierung versucht das Schlimmste, wie etwa die immer noch drohende Privatisierung der Trinkwasserversorgung abzuwenden.

Spezielle Gefahr droht auch einigen Gemeinden vor allem der Küstenregion, die nun von den Tourismus- und Straßenbau-Großprojekten des FOMILENIO II-Programmes „beglückt“ werden. Außerdem womöglich von einer vierspurigen Autobahn, dem sogenannten „Logistikkorridor“ zwischen dem Pazifikhafen La Unión in El Salvador, der erheblich erweitert werden soll und Puerto Cortés an der honduranischen Atlantikküste. Die Reaktionen bei Bekanntwerden der Projekte im November 2014 waren, so jedenfalls die Beobachtungen des Öku-Büros vor Ort, durchwachsen. Während die einen sich glücklich schätzen, ihre Resilienz beispielsweise durch einen lang geforderten Dammbau am Rio San Miguel zu stärken, rechnen andere damit, große Kröten schlucken zu müssen. Einen Teil der Mangrovenwälder an der Küste müsste man wohl dem Tourismus opfern, um wenigstens einen kleinen anderen Teil erhalten zu können. In der Region Bajo Lempa, wo von massiven Umsiedlungen für mehrspurige Straßen die Rede ist, kündigte sich indes Widerstand an.

In dem neodesarolistischen Rahmen, den sich die neue Regierung selbst steckte, konnte diese aber auch erste Erfolge verbuchen. So gelang es kurz vor Jahreswechsel ein 2002 unter ARENA privatisiertes Geothermiekraftwerk von dem italienischen Konzern ENEL zurückzukaufen und die nun staatliche LaGeo zu gründen. ENEL hatte zwar erfolgreich vor einem internationalen Schiedsgericht gegen den Staat El Salvador geklagt, letztendlich konnte die Regierung aber doch erfolgreich verhandeln. Der Vertrag zwischen der salvadorianischen CEL und der ENEL war zuvor als illegal erklärt und das Unternehmensvermögen eingefroren worden. Gegen acht hohe Funktionäre der Regierung Flores (ARENA), die sich an dem Deal bereichert haben sollen, läuft ein Prozess.¹¹ Bleibt zu hoffen, dass auch die Kleinbauern und -bäuerinnen aus dem Ort Berlín (Provinz Usulután), die Ernteausfälle und Umweltschäden in der Umgebung des größten salvadorianischen Geothermiekraftwerkes beklagen, bei der neuen LaGeo offene Ohren finden.



Kippt das Moratorium für Bergbauprojekte?

Trotz guten Willens seitens des Präsidenten ist das Problem extraktivistischer Megaprojekte nicht ausgestanden. Das Land ist weiterhin im Visier multinationaler Bergbaukonzerne. Der australische Konzern Oceana Gold, Nachfolger der kanadischen Pacific Rim, hat den Staat El Salvador wegen des salvadorianischen Bergbaumoratoriums auf 301 Millionen US-Dollar entgangene Gewinne verklagt.¹² 2014 hat das Verfahren begonnen, die Entscheidung eines Schiedsgerichts der Weltbank wird für März 2015 erwartet. Kritiker_innen

„Nein zum Bergbau!“ – und zwar für immer. Die salvadorianische Umweltbewegung würde gerne das Moratorium zum Gesetz machen.

des offenen Goldtagebaus der Provinz Cabanas berichteten dem Öku-Büro im November 2014, dass Oceana Gold weiter vor Ort ist, Unterschriften gesammelt habe und Arbeitsplätze sowie Stipendien für Jugendliche anbietet. Es scheint unwahrscheinlich, dass das Unternehmen vor dem parteiichen Privatgericht, das in New York hinter verschlossenen Türen tagt, verlieren wird, so dass voraussichtlich nur zwei Optionen bleiben: Der Staat zahlt und wird gezwungen, eine Lizenz für den Goldtagebau in der Mine *El Dorado* zu geben. Oder er zahlt und das Unternehmen zieht sich zurück.

Sollte Oceana Gold gewinnen, so rückt trotz negativer Volksabstimmungen nicht nur im Departement Cabanas, sondern auch in mehreren betroffenen Gemeindebezirken Chalatenangos das Thema „*minería*“ wieder auf die Tagesordnung. Angesichts der Vermutung, dass Teile der Regierungspartei durchaus für Bergbauprojekte zu haben sind und entsprechend von Verbündeten aus Ecuador und Nicaragua beraten werden, wird sich die Widerstandsbewegung wohl nicht ausschließlich auf die Hoffnung stützen können, dass keine Gefahr droht, solange Angel Ibarra Vize-Umweltminister und Salvador Sánchez Cerén Präsident ist. Viel wird von den neuen (oder alten?) parlamentarischen Mehrheiten abhängen und von der schon lange virulenten Frage eines fortschrittlichen Wassergesetzes, das – konsequent umgesetzt – den Tagebau in El Salvador verhindern würde. Dies würde den Zuständigen ermöglichen, sich auf ein anderes virulentes Problem zu konzentrieren: Die hochriskanten Bergbauaktivitäten im Nachbarland Guatemala, mit ihren grenzübergreifend desaströsen Folgen, etwa für das Wassereinzugsgebiet von El Salvador.

Frauenbewegung hält nicht still – Kampagne für die Begnadigung der 17

„Freiheit für die 17 Frauen“



Zur Positivbilanz der Regierungen Funes und Sánchez gehören mit Sicherheit die integralen Gesundheits-, Beratungs- und Ausbildungszentren für Frauen, *ciudades mujeres* genannt. 2014 wurde die sechste *ciudad mujer* in Morazán eröffnet. Sowohl in der Hauptstadt als auch in Usulután hörten wir positive Berichte von Frauen, die bei Rechtsproblemen und in Fällen häuslicher Gewalt nach ihrer Aussage sehr gute und umfassende Unterstützung fanden.

In keinsten Weise verbessert haben sich hingegen die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen. Verantwortlich für die immer noch skandalösen Zustände ist das absolute Abtreibungsverbot in El Salvador. Es diskriminiert Frauen und tritt ihre reproduktiven Rechte mit Füßen. Zwei bis acht Jahre Haft stehen in El Salvador auf eine Abtreibung. Nach der

22. Schwangerschaftswoche wird diese als Mord gewertet und mit 30 oder noch mehr Jahren Gefängnis geahndet. Doch damit nicht genug: Viele Frauen sind inhaftiert und wegen Mordes verurteilt, die gar keine Abtreibung vorgenommen haben. Fast immer sind es Frauen aus armen Verhältnissen, deren Früh- oder Fehlgeburten aus ihrem nur unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung resultieren. Sie treffen auf Staatsanwälte und Richter, die ihre Fälle unzureichend untersuchen und voreingenommen urteilen.

Die „Bürger_innenvereinigung zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs“ aus El Salvador setzt sich für eine Indikationslösung ein, also für die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs unter festgelegten Voraussetzungen. Die Organisation hat nun als einen ersten Schritt die Kampagne „Freiheit für die 17“ ins Leben gerufen. Sie haben beim salvadorianischen Parlament einen Antrag auf Begnadigung von den 17 Frauen eingereicht, bei denen der Rechtsweg erschöpft war. Bisher kamen lediglich zwei Frauen frei. Die erste im November 2014, ihre Haftzeit war allerdings ohnehin abgelaufen. Eine zweite Frau wurde im Januar 2015 begnadigt. Die anderen 15 Frauen sind weiter abhängig von der jeweiligen Einzelfallentscheidung des Obersten Gerichtshofs und des Kongresses in El Salvador. Für die meisten dieser Frauen müssen voraussichtlich andere Rechtsmittel gefunden werden, um ihre Freilassung zu erreichen.



Freie Kunst für Frauenrechte – Symbolische Besetzung des Nationaltheaters

Das Öku-Büro unterstützte 2014 die Kampagne des Netzwerks INKOTA, um internationalen Druck zugunsten der „Freiheit für die 17“ aufzubauen und wird die Frage der Frauenrechte in El Salvador zum Arbeitsschwerpunkt für 2015 machen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Nicht nur im Falle der Abtreibungsgesetzgebung hatte die Regierungspartei ganz offensichtlich und durchaus nicht unbegründet Angst, vom politischen Gegner medial als „Kindsmörder“ abgestempelt zu werden und Wähler_innenstimmen

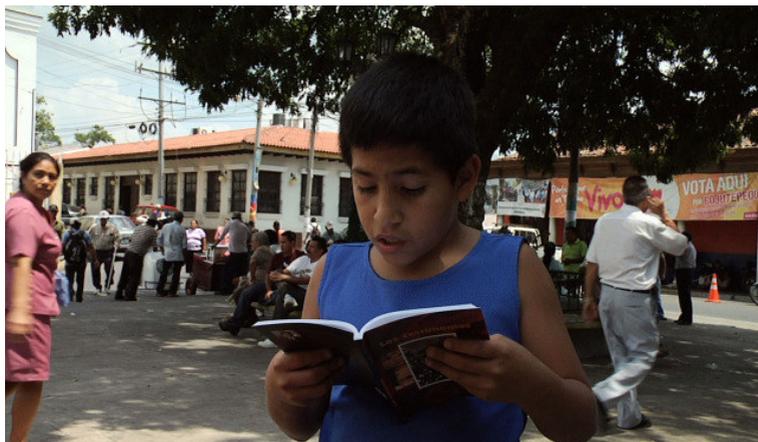
zu verlieren. Die FMLN und die sozialen Bewegungen schienen das ganze Jahr 2014 über in derartigen Zwickmühlen zu stecken: Jede Kritik an Maßnahmen oder Untätigkeit der Regierung wird sofort von der ultrarechten Opposition aufgegriffen, um der Regierung ihre vermeintliche Unfähigkeit vorzuhalten. Extrem bemüht, dass ihrer Regierung der großen Hoffnungen und ersten realen Erfolge kein Schaden entsteht, liess sich die FMLN nach Einschätzung von Beobachter_innen so immer wieder in die Ecke drängen. Auf längere Sicht könnte diese Haltung das Engagement der sozialen Bewegungen demobilisieren und wichtige konstruktiv-kritische Stimmen außerhalb und innerhalb der Regierung und der FMLN frustrieren.

Besonders gut funktioniert diese Zwickmühle, wenn Wahlen bevorstehen und das ist bald wieder der Fall. Am 1. März 2015 werden neue Stadt- und Gemeinderat_innen und ein neues Parlament gewählt. Für die FMLN bietet sich – theoretisch – die Chance, bei den letzten Kommunalwahlen verlorenes Terrain zurückzugewinnen und vor allem endlich eine Gestaltungsmehrheit im Parlament zu erringen. Der Oberste Gerichtshof hat allerdings eine neue Variante der Wahlmöglichkeit gebilligt, die der Regierungspartei nicht so recht ins Konzept passen will, das so genannte „voto cruzado“, also die parteilistenübergreifende Personenwahl. Was auf kommunaler Ebene noch einen gewissen Sinn haben mag, halten Kritiker_innen auf der nationalen Ebene eher für absurd, denn im Parlament wird weiterhin Fraktionsdisziplin herrschen. Hinzu kommt, dass die neue Wahlvariante den Bürger_innen, Wahlbezirken und dem Obersten Wahlgericht – die zwar bei der Präsidentschaftswahl 2014 viel Disziplin und korrektes Handeln bewiesen haben – einiges abverlangt: Die Auszählung wird wohl deutlich langwieriger, komplizierter und anfälliger für Anfechtungen als bisher.

- ¹ Hild, Anne. (2014, April). *FMLN schickt ARENA in die Wüste*. Lateinamerikanachrichten No. 478. Zugriff am 05.02.2015: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=fmln-schickt-arena-in-die-wueste>
- Rahner-Göhring, Christa. (2014, 26. März). *Aufgeheizte Stimmung in El Salvador nach Präsidentschaftswahl*. Amerika21. Zugriff am 05.02.2015: <https://amerika21.de/2014/03/98763/arena-heizt-stimmung>.
- ² Vgl. Lopes, Gilberto. (2014, 24. Januar). *Dolarización en El Salvador: "Da vergüenza recordar como mintieron"*. ALAI, América Latina en movimiento. Zugriff am 05.02.2015: <http://alainet.org/active/70745&lang=es>.
- ³ Zeiske, Kathrin. (2014, 17. Mai). *Friedenspakt von „Maras“ und Regierung gefährdet*. amerika21. Zugriff am 05.02.2015: <https://amerika21.de/2014/05/100812/friedenspakt-maras-salvador?page=45>.
- ⁴ Valencia, Roberto. (2014, 29. Dezember). *Los 3.800 asesinatos que tienen en alerta a El Salvador*. BBC Mundo. Zugriff am 05.02.2015: http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2014/12/141222_america_latina_salvador_mara_pandillas_18_amv.
- ⁵ Garzón, Juan Carlos. (2014, 19. März). *Maras y narcotráfico*. El Faro. Zugriff am 05.02.2015: <http://www.elfaro.net/es/201403/opinion/14978/>.
- ⁶ Dalton, Juan José. (2015, 25. Januar). *El mediador entre maras confirma un nuevo pacto en El Salvador*. El País. Zugriff am 06.02.2015: http://internacional.elpais.com/internacional/2015/01/25/actualidad/1422219552_881112.html.
- ⁷ Embassy of the United States San Salvador/El Salvador. (2014). *News: What You Need to Know about the Seed Issue in El Salvador*. Zugriff am 06.02.2015: <http://sansalvador.usembassy.gov/news/2014/06/19.html>
- ⁸ Rahner-Göhring, Christa. (2014, 25. Juni). *US-Entwicklungshilfe nur mit Saatgut von Monsanto*. amerika21. Zugriff am 07.02.2015: <https://amerika21.de/2014/06/102755/monsanto-entwicklungshilfe>.
- ⁹ http://www.redhum.org/documento_detail/conasan-pma-estudio-impacto-de-la-sequia-en-la-seguridad-alimentaria-resultados-principales-de-la-evaluacion-de-seguridad-alimentaria-en-el-salvador Zugriff am 07.02.2015
- ¹⁰ OXFAM. (2014, November). *De las palabras a los hechos: actuemos contra el cambio clima? tico en Centroame? rica - ¡Atencio? n y financiamiento ya!*. Zugriff am 07.02.2015: <http://oxfamexico.org/crece/wp-content/uploads/2014/11/SEQUIAESPA Nu0303OL-1.pdf> . S. 3.
- ¹¹ Asociación Equipo Maíz El Salvador. (2014, 19. Dezember). *La página de Maíz, No. 510*. Zugriff am 07.02.2015: <http://www.equipo maiz.org.sv/PaginaTodo.html>.
- ¹² Guevara, Tomás. *Se inicia arbitraje en demanda de OceanaGold contra El Salvador en tribunal del Banco Mundial*. Business & Human Rights Ressource Centre. Zugriff am 07.02.2015: <http://business-humanrights.org/es/se-inicia-arbitraje-en-demanda-de-oceanagold-contrael-salvador-en-tribunal-del-banco-mundial>.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu El Salvador

Kinopremiere in München: „Roque Daltón – Erschießen wir die Nacht“



Bis heute populär in El Salvador: Roque Daltons Gedichte

Im Juli konnten wir Regisseurin Tina Leisch aus Wien und Filmmusiker Leonardo Croatto aus Uruguay zu Film und Publikumsgespräch im Münchner Traditionskino Maxim begrüßen. Knapp 100 Besucher_innen sahen den Dokumentarfilm „Roque Dalton – Erschießen wir die Nacht“ (85 Min., Spanische Originalfassung mit deutschen Untertiteln Österreich, El Sal-

vador, Kuba 2013) und waren begeistert über die kongeniale filmische Gestaltung einer mutigen und widersprüchlichen Biografie. Roque Dalton (1935-1975) ist der wichtigste Dichter El Salvadors, „sein Leben ein Abenteuerroman, seine Dichtung der Funkenschlag zwischen politischer Utopie und Sinnlichkeit, zwischen revolutionärer Überzeugung und Lust an der Häresie“, so Regisseurin Tina Leisch. Von den salvadorianischen Diktaturen wegen subversiver Tätigkeit zum Tode verurteilt, gelang es Dalton zweimal seiner Hinrichtung zu entkommen. Er lebte in Mexiko, Prag und vor allem in Cuba im Exil. Und wurde schließlich in El Salvador von einer militaristischen Fraktion seiner eigenen Guerilla-Organisation unter bis heute nicht geklärten Umständen ermordet.

Seminar der El Salvador-Solidaritätsgruppen „Umkämpfte Erinnerung – Die lange Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit in El Salvador“

Thema des vom Ökumenischen Büro alljährlich organisierten zweitägigen Seminars und der zugehörigen Rundreise war 2014 der salvadorianische Bürgerkrieg und seine bis heute fortdauernden Wirkungen.

Vom 2. bis zum 4. Oktober trafen sich über 40 Mitglieder kirchlicher und nicht-kirchlicher El-Salvador-Gruppen sowie interessierte Einzelpersonen in Frankfurt um sich über die juristische, soziale und psychologische Aufarbeitung des zwanzigjährigen Bürgerkrieges und der in dieser Zeit begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu informieren und über Handlungsmöglichkeiten zu

diskutieren. Co-Veranstalter_innen waren die Infostelle El Salvador, das Inkota-Netzwerk, die Kaffeekampagne El Salvador und das Zentralamerika-Sekretariat Zürich.

Als Referent_innen aus El Salvador konnten wir gewinnen:

Margarita Zamora aus der Provinz Chalatenango. Sie sucht bis heute nach ihren vier verschleppten Geschwistern. Seit elf Jahren arbeitet sie bei der *Asociación Pro Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos*, der Organisation, die nach den im Krieg entführten und verschwundenen Kindern forscht, von denen ein Teil auch ins Ausland zur Adoption gegeben wurde.

Chiyo (Lucio Vásquez) flüchtete als Achtjähriger in ein improvisiertes Schul-Camp der Guerilla, nachdem seine Mutter und eine seiner Schwestern in Morazán umgebracht worden waren. Er wurde Funker, Mitarbeiter bei Radio Venceremos und Kämpfer. Seine Lebensgeschichte hat er in dem Buch „*Siete gorriones*“ aufgeschrieben. Heute arbeitet er beim *Museo de la Palabra y la Imagen* (MUPI) in San Salvador.

Neben dem persönlichen Umgang mit Kriegserlebnissen und den Folgen nicht oder nur teilweise erfolgten gesellschaftlichen Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen waren vor allem auch juristischen und institutionelle Hürden Thema der lebhaften und emotional außergewöhnlich berührenden Debatten des Seminars:

Hürde Amnestiegesetz

Obwohl der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte das Gesetz für ungültig und verfassungswidrig erklärt hat, stellt die Generalamnestie von 1993 immer noch das größte Hindernis dar, um Gerechtigkeit zu erlangen bzw. die Straflosigkeit zu beenden. Die Instanzen, die dafür verantwortlich wären, bewegen sich nicht. Staatsanwälte, die Ermittlungen in Fällen von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen aufnehmen könnten, verstecken sich hinter dem Gesetz und stärken es damit. Die Forderung nach Aufhebung der Generalamnestie von 1993 bleibt nach Einschätzung der Referent_innen wegen der politischen und symbolischen Wirkung des Gesetzes weiterhin wichtig. Es bräuhete Druck auf nationaler und internationaler Ebene, um die Amnestie und ihre symbolische Wirkung zu durchbrechen. Die Justiz vertrete eigene Interessen und/oder schützte die Wirtschaft und die konservativen Kräfte. Veränderungen müssten auch auf struktureller Ebene, nicht nur auf politischer Ebene stattfinden.



*Jahrzehntelanger Kampf
um Wahrheit und
Gerechtigkeit:
Margarita Zamora und
Chiyo in Frankfurt/M*

den. Strukturen seien schwer zu verändern, solange die Leute, die schon während des Konfliktes an der Macht waren, diese weiter kontrollierten. Alte Strukturen seien erhalten geblieben und würden durch die herrschenden Machtverhältnisse reproduziert. Die Zivilgesellschaft müsse Veränderungen einfordern und um ihre Rechte kämpfen.

Die neue Regierung zeige Ansätze zur Initiative. Der gute Wille sei erkennbar, aber Taten ließen verschiedentlich noch auf sich warten. Aktuelles Beispiel, so Margarita Zamora, sei die UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen von Menschen, die zwar von El Salvador unterzeichnet, aber bis dato nicht ratifiziert wurde.

Archive unter Verschluss

Einer der Schwerpunkt der Diskussionen beim Wochenendseminar war die Frage, welche Bedeutung die Militärarchive für die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen haben könnten – beispielshalber für die Aufklärung der Fälle von Verschwindenlassen während des Bürgerkrieges. Es wurde deutlich, dass sie wohl existieren und eine eminent wichtige Rolle spielen könnten, aber unter Verschluss sind. Als besonders schillernd wurde in diesem die Figur des Verteidigungsministers und Ex-Generals David Munguía Payés eingeschätzt, der bislang alle Versuche, die Archive einzusehen, vereitelt hat. Unter Verschluss seien im übrigen auch die Archive des früheren Geheimdienstes, die laut Friedensverträgen der neu geschaffenen *Organización de Inteligencia del Estado* (OIE) übergeben werden sollten.

Adoptionen nach Deutschland?

Diskutiert wurde auf dem Bundestreffen auch der unklare Verbleib der Unterlagen der Ad-Hoc-Kommission 1992. Hauptaufgabe dieser UN-Kommission war es, die Rolle des Militärs im Bürgerkrieg zu untersuchen, um Kriegsverbrecher anschließend unehrenhaft zu entlassen und vor Gericht zu stellen, was aber nicht geschah – die Betroffenen wurden noch schnell befördert und mit besseren Pensionen in allen Ehren verabschiedet. Ebenfalls kritisch beleuchtet wurde die Rolle des salvadorianischen Roten Kreuzes. Der Verband verhalte sich nicht kooperativ. Während des Krieges war es die Aufgabe des Roten Kreuzes, Kinder aus den gefährdeten Gebieten in sichere Zonen zu bringen. Heute wisse man, so Margarita Zamora, dass es enge Verbindungen zwischen den freiwilligen Helferinnen des salvadorianischen Roten Kreuzes, mächtigen, einflussreichen Familien, Anwälten, Militärs und Heimen, wie auch SOS-Kinderdörfern gab. Es wurde festgestellt, dass in den Urkunden immer die gleichen Namen von Anwälten auftauchen, dass oft ein Angehöriger des Militärs und der Anwalt aus der gleichen Familie stammten und bei pseudo-legalen Adoptionen „Hand in Hand“ arbeiteten. Nachforschungen ergaben des Weiteren, dass Bürgermeister in bestimmten Ortschaften falsche Geburtsurkunden ausstellten.

Die meisten der wiedergefundenen Kinder, die während des Krieges entführt und anschließend verschwinden gelassen wurden, sind bisher in El Salvador entdeckt worden. Schwerpunktländer für Auslandsadoptionen waren die USA, Schweiz, England, Schweden, Frankreich, England und vor allem Italien. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bisher noch keine in El Salvador während des Krieges verschwundenen Kinder gefunden. Um Hinweise, die sich als Spuren erweisen könnten, wird gebeten.

Vortragsrundreise mit Referent_innen aus El Salvador

Chiyo und Margarita Zamora begaben sich auf eine vom Öku-Büro organisierte und begleitete fast dreiwöchige Rundreise mit Abendveranstaltungen in München, Marburg, Bonn, Köln, Kiel, Berlin, Trebbin, Ludwigsburg und Konstanz. Besonders groß war die Nachfrage von Schulen, so dass trotz der langen Tour leider nicht alle Interessierten zum Zuge kommen konnten. Die Referent_innen fanden schließlich die Aufmerksamkeit von über 260 Schüler_innen in Augsburg, Germering, Rutesheim, Kiel und Konstanz.

Sie gaben außerdem Interviews unter anderem für die Deutsche Welle und den Bayerischen Rundfunk und führten Gespräche im Auswärtigen Amt sowie mit den Bundestagsabgeordneten Harald Petzold und Frank Schwabe und der Botschafterin von El Salvador in Berlin, Anita Escher.

Chiyo in Augsburg: Sein Buch „Siete Gorriones“ (in diesem Fall: „Sieben Kolibris“) fand großen Anklang bei Lehrkräften und Schüler_innen.

Delegationsreise nach El Salvador

Im November 2014 fand eine zweiwöchige Delegationsreise des Ökumenischen Büros nach El Salvador statt. Wir besuchten unsere Partnerorganisation *OIKOS Solidaridad* im Departement San Miguel, die ihr 15-jähriges Bestehen feierte und lernten vor allem Projekte der Selbstorganisation von Frauen am Hang des Vulkans Chaparrastique und an der Küste kennen. Wir verbrachten drei Tage beim kommunitären *Radio Victoria* im Departement Cabañas, das auch im Widerstand gegen





die Goldmine El Dorado sehr aktiv ist, sowie bei der *Asociación de Desarrollo Económico Social (ADES)* in der benachbarten Rückkehrer_innen-Gemeinde Santa Marta.

In der Hauptstadt nahmen wir zusammen mit den Radiomacher_innen von Radio Victoria an einem kontroversen Forum zur Zukunft der Medien in El Salvador teil. Ein weiteres, von *ACT-Alliance* und anderen organisiertes, Forum brachte uns

OIKOS Solidaridad-Chef
Benjamín Alas beim
Geburtstagsdiskurs

die dramatischen Folgen des Klimawandels für El Salvador näher. Wir besuchten eine große und bunte Kulturveranstaltung verschiedener feministischer Organisationen im alten Nationaltheater im Stadtzentrum, besichtigten das *Museo de la Palabra y la Imagen* und nahmen an der Gedenkveranstaltung der Zentralamerikanischen Universität UCA zum 25. Jahrestag des Massakers an den Jesuiten und ihrer Angestellten teil.

Des Weiteren führten wir Gespräche mit Vizeumweltminister Angel Ibarra und Vertreter_innen der Umweltschutzorganisation *RACDES (Red de Ambientalistas Comunitarias de El Salvador)*, Mitarbeitern des Kongresses und dem staatlichen Menschenrechtsombudsmann David Morales. Wir trafen den lutheri-

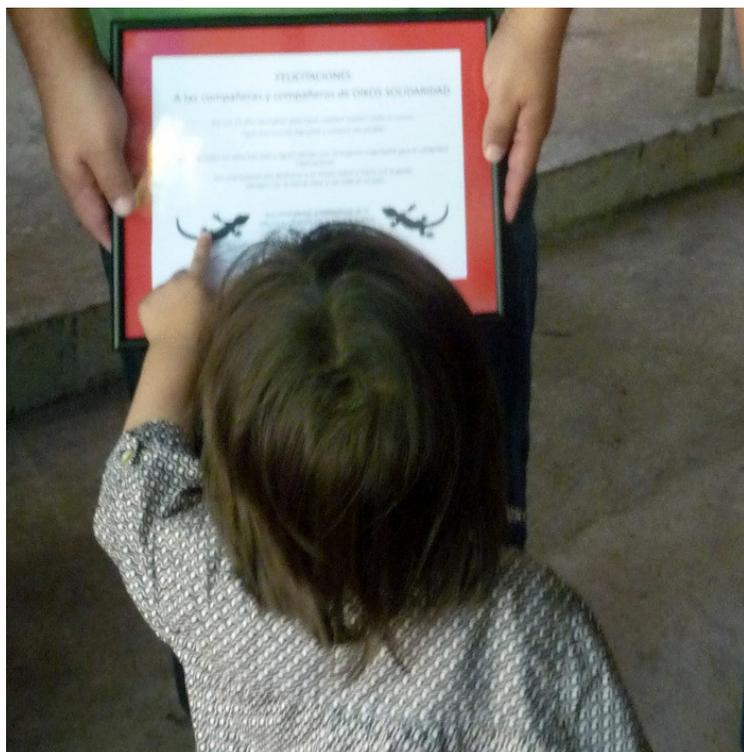


Ohne Kommunikation
keine Menschenrechte:
Sendestudio von Radio
Victoria

schen Bischof Medardo Gómez und Mitarbeiter_innen und sprachen ausführlich mit den Teams der Tutela Legal Dra. Maria Julia Hernández sowie der Tutela de Derechos Humanos des Erzbistums und dem Bündnis *Concertación Monseñor Romero*. Wir interviewten Mitarbeiterinnen der Bürger_innenvereinigung für die Entkriminalisierung der Abtreibung (mit Indikationen) und des *Colectiva Feminista* sowie die Leiterin des Frauen-Forschungs- und Bildungsinstitutes (IMU) Deysi Cheyne. Weitere Gesprächspartner_innen trafen wir bei den uns seit langem verbundenen Menschenrechtsorganisationen FESPAD und Pro Búsqueda.

El Salvador-Arbeitskreis

Der El Salvador-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros ist ein ständiges Forum zum Austausch zwischen den ehrenamtlichen El Salvador-Interessierten. Bei den regelmäßigen Treffen, zu denen meist sechs bis acht Personen anwesend sind, werden die aktuelle politische Konjunktur diskutiert, Resolutionen besprochen und Veranstaltungen vor- und nachbereitet. Besonders wichtig sind dabei die Detailkenntnisse und Sichtweisen der salvadorianischen AK-Mitglieder. Soziale Aktivitäten des AK, wie gemeinsame salvadorianische Essen, dienen der Kontaktpflege und erleichtern den Einstieg für neue AK-Mitglieder.



Neue Generation in El Salvador entdeckt den Gecko – das Logo des Öku-Büros.

Honduras



Länderbericht

Die Mobilisierungsfähigkeit der Linken hat nachgelassen.

Im Jahr fünf nach dem Putsch gegen den Präsidenten Manuel Zelaya und nach einem knappen Jahr Regierungszeit des Präsidenten Juan Orlando Hernández ziehen Menschenrechtsorganisationen in Honduras eine verheerende Bilanz. Die Organisation COFADEH schätzt die Zahl der politischen Morde seit dem Putsch 2009 auf über 300. Besonders betroffen sind Kleinbauern und Kleinbäuerinnen im Norden des Landes und Menschenrechtsverteidiger_innen.

Seit dem Umsturz hat sich Honduras auch zu einem der gefährlichsten Länder für Journalist_innen entwickelt. 32 Medienvertreter_innen sind in den letzten fünf Jahren ermordet worden. Laut dem staatlichen Menschenrechtsombudsmann Roberto Herrera liegt die Quote der Straflosigkeit bei Morden an Journalist_innen bei 96%.

Auch allgemein verzeichnete Honduras nach dem Putsch einen enormen Anstieg an Gewaltkriminalität. Nach wie vor ist es das Land mit der höchsten Mordrate der Welt. Allerdings ist die Rate seit 2012 leicht rückläufig und liegt für 2014 offiziell bei 66 Morden pro 100.000 Einwohner_innen. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 8,8 pro 100.000.

Dem Expräsidenten Zelaya bringt die Bewegung immer weniger Vertrauen entgegen.

Auch ökonomisch befindet sich Honduras in einer schweren Krise. Die aktuelle Regierung von Juan Orlando Hernández setzt, genauso wie die Regierung des Amtsvorgängers Porfirio Lobo, für die Krisenlösung auf eine neoliberale Politik, die die soziale Ungleichheit weiter verschärft. Hieraus ergeben sich unter anderem neue Territorialkonflikte für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und Indigene: Mittlerweile sind Bergbaukonzessionen für inzwischen über 20 % der gesamten Landesfläche vergeben.



Trotz der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2009 und 2013 spricht die politische Opposition ebenso wie die Widerstandsbewegung von einer Fortsetzung des Putschregimes. „Die beginnende Demokratie, die wir im Jahr 2009 hatten, konnte noch nicht wieder hergestellt werden. Die Hälfte der am Putsch Beteiligten sind noch immer an der Macht“, erklärte Ex-Präsident Zelaya in einem Interview mit der brasilianischen Nachrichtenagentur Opera Mundi.

Nach seiner Rückkehr nach Honduras im Jahr 2011 gründete der ehemalige Präsident und Mitglied der Liberalen Partei mit Teilen der Widerstandsbewegung die neue, linksgerichtete Partei *Libertad y Refundación* (LIBRE), die im November 2013 erstmals zu den Wahlen antrat. Zusammen mit der ebenfalls neugegründeten Antikorruptionspartei (PAC) wurde dadurch zum ersten Mal das bisherige Zweiparteiensystem aufgebrochen. Beide Parteien beschuldigten den aktuell regierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández und die Nationale Partei (PN) des Wahlbetrugs. Internationale Wahlbeobachtungsmissionen sprachen von „Unregelmäßigkeiten“, erkannten aber schlussendlich das Wahlergebnis an.

Obwohl die Regierungspartei PN nur 34% der Stimmen erhielt, dominiert sie mithilfe ihrer ehemaligen Konkurrentin, der Liberalen Partei (PL), das Parlament. „Nur selten erhalten wir neuen Oppositionsfraktionen das Recht, im Kongress zu sprechen. Wir können unsere Meinung äußern, wenn es um Unwichtiges geht. Wenn jedoch wichtige Themen diskutiert werden, erhalten wir kein Rederecht oder die Sitzung wird einfach abgebrochen“, so der Menschenrechtsanwalt und LIBRE-Abgeordnete Jari Dixon gegenüber den Lateinamerika Nachrichten. Auch die anderen zentralen Institutionen wie Oberster Gerichtshof, Menschenrechtsombudsmann und Oberster Wahlrat würden von der Nationalen Partei dominiert.

Gleiches gilt für die Medien, die in Honduras zu fast 100% in den Händen der Oligarchenfamilien sind, die hinter den traditionellen Parteien PN und PL stehen. Auch aufgrund dieser Hindernisse hat die Partei LIBRE und auch die außerparlamentarische Nationale Widerstandsfront - *Frente Nacional de Resistencia Popular* (FNRP) im vergangenen Jahr an Kraft eingebüßt.

Außenpolitisch ist die Regierung Orlando stärker als ihre Vorgängerin unter Porfirio Lobo bemüht, Honduras' Image aufzupolieren. Im Oktober unterzeichnete die Regierung eine Absichtserklärung mit der NGO *Transparency International* zur Bekämpfung der Korruption. Im April 2015 soll ein Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Honduras eingerichtet werden, was Hernández ausdrücklich begrüßte. Die stärkste Medienpräsenz erfährt jedoch die Frage der Öffentlichen Sicherheit, wobei die unter Juan Orlando eingeführte Militärpolizei PMOP im Vordergrund steht. Ihre Anwesenheit auf den Plätzen und in den Bussen der Großstädte wird als alleinige Lösung für die Probleme der Sicherheit angeführt. Ein Versuch, die bis zu 10.000 Einsatzkräfte der PMOP direkt dem Befehl des Präsidenten zu unterstellen, scheiterte jedoch am Widerstand des Parlaments, in dem erstmals alle Oppositionsfaktionen gegen den Vorschlag der PN stimmten.

Das erste Jahr der Regierung Juan Orlando Hernández' trägt die Handschrift klassischer neoliberaler Politik. Während die Interessen nationaler und internationaler Konzerne durchgehend gewahrt werden, ergeben sich für die arme Bevölkerungsmehrheit keine Verbesserungen. Die offizielle Armutsrate stagniert seit 2012 auf ca. 66%. Kleinbauernfamilien erhalten keinerlei Unterstützung und werden durch „extraktivistische“ Projekte wie Minen, Staudämme, Tourismusanlagen oder die sogenannten Modellstädte bedroht. Am Golf von Fonseca im Süden von Honduras begann die Regierung zum Jahresende mit der konkreten Planung der ersten dieser nun in Beschäftigungs- und Entwicklungszonen ZEDE (*Zonas de Empleo y Desarrollo Economico*) umbenannten extraterritorialen „Charter Cities“ mit eigener innerer Gesetzgebung und eigenem Lohn- und Steuersystem. Für Februar 2015 wurde der Abschluss der ersten Machbarkeitsstudie der südkoreanischen Betreiberfirma angekündigt. Soziale Bewegungen, die zum Beispiel das kommunale Radio in Zacate Grande betreiben und seit Jahren versuchen, sich gegen die Übergriffe von Großgrundbesitzern an der Südküste zu wehren, haben Widerstand angekündigt.

Deutsche Entwicklungshilfe für Bergbaukartierung?

Für Aufsehen und viel Skepsis bei Indigenen und Umweltorganisationen sorgten im Mai 2014 auch Meldungen in der honduranischen Presse über eine Zusammenarbeit der deutschen Unternehmen M&P Geonova und Geo-Expert (beide Hannover) und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ mit dem honduranischen Institut für Geologie und Bergbau (INHGEOMIN). Laut der



Tageszeitung La Tribuna und einer Meldung von INHGEOMIN unterstützen die Unternehmen und die GIZ die Erstellung einer Bergbaukartierung. Auf der Seite des Honduranischen Institutes heißt es zu dem Projekt: „Es wird in erster Linie darum gehen Mineralvorkommen zu identifizieren, wobei besonderes Augenmerk auf seltene Erden und Edelmetalle gelegt wird. Die wissenschaftliche Forschung wird in ausgewählten Gebieten von Honduras stattfinden und daraus wird eine aktualisierte Kartierung der erforschten Minerale erstellt werden.“¹

Auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Linkspartei an die Bundesregierung bestritt diese die Beteiligung an einer systematischen Kartierung von Mineralien. „Ziel des Projektes ist nachhaltige Entwicklung durch Transfer von Know-how für die umweltfreundliche Erschließung von Edelmetallvorkommen“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Fragen zur Einhaltung von Menschenrechten in Zusammenhang mit Bergbauprojekten beantwortete die Bundesregierung in ihrer Antwort nur ausweichend und verwies auf den Dialog mit der honduranischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen.

Widerstand und Menschenrechtsverletzungen

Unterdessen gehen die Auseinandersetzungen im Land weiter. Neben zahlreichen lokalen Territorialkonflikten sind es einzelne Gruppen, die sich gegen die Zumutungen der staatlichen Politik zur Wehr setzen. Entsprechend der politischen Kultur in Honduras sind Menschenrechtsverletzungen an Führungspersonlichkeiten der sozialen Bewegungen nach wie vor an der Tagesordnung. In der Gemeinde Rio Blanco wurden im Jahr 2014 mehrere Personen Opfer von Gewaltverbrechen. Am 14. März wurde der Rechtsanwalt José Nicolás Bernárdez in San Pedro Sula von Motorradfahrern getötet. Am gleichen Tag

¹ (http://www.inhgeomin.gob.hn/index.php?option=com_content&view=article&id=227:acuuerdo-alemania-honduras&catid=82&Itemid=562)



„Aliens mögen Baleadas und Horchata“ – und können die gefüllten Weizenfladen und Erfrischungsgetränke bald in extraterritorialen Charter Cities zu sich nehmen.

wurde der Richter Lenin Castañeda in Tocoa im nördlichen Departement Colón, auf offener Straße erschossen. Beide waren in der politischen Linken des Landes aktiv. Am 11. April wurde Carlos Hilario Mejía Orellana in seinem Haus in der Stadt El Progreso erstochen. Er war in der Vergangenheit bereits im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in Projekten zur Förderung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit bedroht worden. Carlos Mejía war Marketingleiter bei *Radio Progreso* und Mitglied der Sozialforschungsinstitution ERIC, zwei landesweit renommierte Einrichtungen der Jesuiten und Sprachrohre der Demokratiebewegung.

Den Schilderungen von der Indigenen-Organisation COPINH zufolge eröffnete am 25. Mai 2014 in der Gemeinde San Francisco de Opalaca (Departement Intibucá) eine namentlich bekannte Gruppe von Angestellten des ehemaligen Bürgermeisters Socorro Sánchez (Nationale Partei) das Feuer auf Irene Meza und Plutarco Bonilla. Die beiden gehörten der Oppositionspartei LIBRE an und unterstützten die Organisation COPINH. In der Folge erlag Irene Meza seinen Verletzungen.

Eine weitere Eilaktion von Amnesty International befasste sich mit den Bedrohungen gegen die honduranische Journalistin und Menschenrechtlerin Dina Meza, die wegen ihrer journalistischen Tätigkeit drangsaliert und eingeschüchtert wurde. Die Einschüchterungsversuche betrafen auch enge Familienangehörige. Meza ist langjährige Partnerin der deutschen Arbeitsgruppe Honduras-Delegation, der das Ökumenische Büro angehört

Ebenfalls Partnerorganisation der Honduras-Delegation ist die Garifuna-Organisation OFRANEH. Am 17. Juli wurden in Vallecito im Norden von Honduras über 20 Aktivist*innen dieser Organisation entführt, darunter deren General-Koordinatorin Miriam Miranda, die nur mit Glück und durch die schnelle Mobilisierung nationaler Menschenrechtsorganisationen entkommen konnte.

Am 27. August traf es in der Gemeinde Villanueva nahe der Stadt San Pedro Sula Margarita Murillo, die bei der Feldarbeit erschossen wurde. Die Aktivistin war seit vierzig Jahren eng mit der Bauernbewegung in Honduras verbunden und eine ihrer führenden Figuren. Nach dem Putsch gegen Manuel Zelaya engagierte sich Margarita Murillo stark im Bündnis FNRP und war ebenfalls maßgeblich an der Gründung der Oppositionspartei LIBRE beteiligt. Während einer Schweigeminute im Nationalkongress machte der Abgeordnete Rafael Alegría darauf aufmerksam, dass bereits mehr als 200 Mitglieder des FNRP umgebracht wurden. Für die Morde ist bisher kaum ein Täter zur Rechenschaft gezogen worden.

In der Nacht des 11. November kam es in der Gemeinde Rigos in der Konfliktregion Bajo Aguan zum Mord an dem Kleinbauernführer Juan Galindo. Galindo war wegen seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit den Forderungen um Landrechte bedroht worden und war deshalb in das Schutzprogramm der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH (*Comisión Interamericana de Derechos Humanos*) aufgenommen worden, die ihm vorläufigen Rechtsschutz gewährt hatte.

Kinder - „Hüter_innen des Vaterlandes“?

„Sind Kinder wirklich ‚Hüter des Vaterlandes‘ oder ist es nicht vielmehr das Vaterland, das sie beschützen müsste?“ fragte der Direktor des Dachverbandes der honduranischen Kinderrechtsorganisationen COIPRODEN anlässlich des angeblich enormen Erfolges des samstäglichen paramilitärischen Erziehungsprogrammes der honduranischen Armee *Guardianes de la Patria*. Die erste Phase dieses Programms wurde 2014 mit der Aufnahme von über 25.000 Jungen und Mädchen zwischen 7 und 18 Jahren aus besonders marginalisierten Vierteln binnen vier Monaten abgeschlossen. Weitere Rekrutierungen sollten gleich darauf folgen. In vielen Medien wurde das Programm als Erfolgsgeschichte in Sachen Kriminalitätsprävention gefeiert. Die Kinderrechtsorganisation *Casa Alianza* machte sich derweil über ganz andere Zahlen Sorgen: 9.000 Kinder seien 2014 aus den USA nach Honduras deportiert worden, so *Casa Alianza*. Landesweit gebe es 14.000 Obdachlose, vagabundierende Kinder, 17.000 Kinder überlebten als Bettler_innen. 1.031 Kinder und Jugendliche seien 2014 ermordet worden.

Der Direktor von *Casa Alianza* José Guadalupe Ruelas wurde im Mai 2014 von Militärpolizisten krankenhaushausreif geschlagen und über Nacht festgehalten. Er hatte in den Wochen zuvor die Regierung wegen ihrer Untätigkeit angesichts der vielen Exekutionen von Kindern und Jugendlichen (270 allein in



Sichtbarsein mit hohem Risiko: LGBTIQ-Marsch des Stolzes und der Identität in Tegucigalpa

Selbstmordrate unter Erwachsenen LGBTIQ ist tatsächlich hoch.“ *Arcoiris* und andere LGBTIQ-Organisationen arbeiten weiter an der Sichtbarkeit der Community und führten im Jahr 2014 erstmals einen öffentlichen „Marsch des Stolzes und der Identität der honduranischen LGBTIQ“ durch.

¹ LGBTIQ steht im Spanischen und Englischen für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/ Transexual and Intersexed. Die EU hat im Juni 2013 die „Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender- und Intersexuelle Personen“ in Drittländern verabschiedet.

den ersten vier Monaten des Jahres 2014) kritisiert und geschrieben: „Hier zeichnet sich ein Muster ab: Organisierte Leute, die teure Fahrzeuge, Waffen und Ausrüstung zur Verfügung haben, entführen, foltern und töten arme Kinder und Jugendliche. All dies nahezu ohne jemals dafür belangt zu werden.“

Die LGBTIQ-Community kämpft weiter um ihre Rechte

Seit dem Jahr 2009 sind mindestens 186 Angehörige der LGBTIQ-Community¹ Opfer tödlicher *hate crimes* geworden, so die Statistik der honduranischen Staatsanwaltschaft. Nur in 41 dieser Fälle sei ein Strafverfahren begonnen worden. Erick Martínez, LGBTIQ-Menschenrechtsverteidiger und Mitglied der Partei LIBRE, weist darauf hin, dass die Mordrate nach dem Putsch stark angestiegen sei, da die Community sich erstmals auf die Straße begeben habe, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Donny Reyes, LGBTIQ-Menschenrechtsverteidiger und Aktivist bei der Organisation *Arcoiris* in Tegucigalpa, verbrachte im Jahr 2014 einige Monate im Exil in Deutschland. Er macht verschiedene Ursachen für die Situation der LGBTIQ in Honduras aus: „Die Homophobie in Honduras wird von der Gesellschaft, der Kirche und dem großen Einfluss der Medien gefördert, die die honduranische Gesellschaft desinformieren. Es ist für ein Kind hart, Aussagen zu hören wie: ‘Ich ziehe es vor, dass mein Kind stirbt, als dass es homosexuell ist’, ‘Es hat nie einen Schwulen in meiner Familie gegeben, und falls es passiert, bringe ich ihn um’. Es gibt Männer und Frauen, die glauben oder denken, dass ihre einzige Option der Selbstmord sei, und die

Kommunitäre Radios: Medien von unten als Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel

Vor dem Hintergrund der erdrückenden Dominanz der Oligarchie in Politik, Wirtschaft und Medien wurde die Schaffung unabhängiger Medien zu einem Arbeitsschwerpunkt der Demokratiebewegung. Die Organisationen OFRANEH, COPINH und ERIC verfügten bereits vor dem Putsch über gut funktionierende Radiostationen mit lokaler bis regionaler Reichweite. Seither sind eine Vielzahl von lokalen Radioprojekten entstanden, die vorwiegend von jungen Menschen aus der Bevölkerung getragen werden. Die Organisationen COMPPA aus Chiapas/Mexiko sowie das honduranische Bündnis AMCH/Alter Eco kümmern sich um die technische und inhaltliche Unterstützung der Initiativen.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Honduras

Staudamm „Agua Zarca“ Thema bei der Siemens Hauptversammlung in München

Gemeinsam mit einer Koalition aus brasilianischen, US-amerikanischen, französischen und deutschen Organisationen beteiligten wir uns Ende Januar 2014 erstmals an Protesten vor der Siemens-Hauptversammlung in München. Im Anschluss nutzten wir die Rederechte des Dachverbandes der Kritischen Aktionär_innen, um die etwa 7.700 in der Olympiahalle versammelten Aktionär_innen zu informieren. Der Anlass: Die geplanten Turbinenlieferungen des Siemens Joint Ventures Voith Hydro für die Staudämme Belo Monte in Brasilien und Agua Zarca in Honduras sind mit schweren Menschenrechtsverletzungen und enormen Umwelterstörungen verbunden. In Belo Monte soll der drittgrößte Staudamm der Welt entstehen und der Konflikt um Agua Zarca gilt als wichtigstes Beispiel für indigene Kämpfe in Honduras. In den betroffenen Lenca-Gemeinden, die unsere Partnerorganisation COPINH unterstützt, wurden weder das Recht auf vorherige Befragung und Zustimmung nach der ILO-Konvention 169 noch das Recht auf Leben, auf Wasser und Ernährungssouveränität gewahrt, ganz zu schweigen von Versammlungsfreiheit für die Staudammgegner_innen.

Diese litten auch 2014 unter der ständigen Bedrohung und Einschüchterung durch private Sicherheitsleute des Staudammbetreibers, und durch die Polizei. Christian Poirier von Amazon Watch hielt Siemens vor: „Heute hat Ihr unethisches Verhalten zur Folge, dass Ihr Image angekratzt wird. Morgen wird Ihr zerstörtes Image zur Folge haben, dass Ihr Aktienkurs fällt“. Für das deutsch-österreichische Netzwerk Honduras Delegation wies die Vertreterin des Öku-Büros auf das Beispiel des weltgrößten Staudammbauers SINOHYDRO aus China



„Terror, Tote und Turbinen“:
Siemens-Beteiligung an
umstrittenen
Staudammprojekten sorgt
für Proteste vor der
Münchener Olympiahalle.

hin, der ebenso wie ein zur Weltbank gehörender Infrastrukturfonds aus dem Projekt „Agua Zarca“ im westlichen Hochland von Honduras ausgestiegen ist. In Richtung Vorstand und Aufsichtsrat forderte sie von Siemens: „Respektieren Sie internationale Abkommen, respektieren Sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, respektieren Sie die Empfehlungen der Weltstaudamm-Kommission und Ihre eigenen Corporate-Governance-Richtlinien! Steigen Sie aus dem Projekt Agua Zarca aus!“

Projekt Menschenrechtsbeobachtung in Honduras

Die Analysen und Berichte – u.a. von der Alternativen Wahrheitskommission, der pbi-Erkundungsmission 2012, FIAN International, Amnesty International, der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte – belegen die zahlreichen Morde an Führungspersonlichkeiten der sozialen Organisationen. Morde an Journalist_innen, Anwält_innen und Umweltschützer_innen, Mitgliedern der Bäuer_innenorganisationen, der LGBTI-Bewegung und indigener Organisationen zeigen somit die Dringlichkeit einer Intensivierung der Menschenrechtsarbeit zu Honduras. Organisationen der honduranischen Zivilgesellschaft bitten um internationale Präsenz vor Ort. Es besteht Bedarf an längerfristigen Einsätzen: Die strukturellen Ursachen der Gewalt in Honduras werden nicht rasch zu beseitigen sein. Viele Basisorganisationen, die schon seit Jahren erfolgreich im ländlichen Raum tätig sind, sehen durch die andauernde Bedrohung mittlerweile ihren Handlungsspielraum und letztlich ihre Existenz bedroht.

Das Projekt von Ökumenischem Büro und Honduras-Delegation zielt darauf, eine langfristig angelegte Menschenrechtsbegleitung durch Freiwillige in Hon-

duras zu gewährleisten und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland über die Situation in Honduras aufzuklären. Wir wollen die vorhandenen Strukturen internationaler Menschenrechtsarbeit, die bisher hauptsächlich durch die Organisationen PROAH (*Proyecto de Acompañamiento Internacional en Honduras*) mit Peacewatch Schweiz und Peace Brigades International (PBI) getragen werden, erweitern und uns dabei auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen konzentrieren. Geeignete Personen sollen für den viermonatigen bis halbjährlichen Einsatz als ehrenamtliche Menschenrechtsbeobachter_innen in Honduras mobilisiert und ausgebildet werden. In Honduras fungieren die Begleiter_innen als Mitarbeiter_innen bei der Organisation PROAH.

Rege Beteiligung beim mehrtägigen Treffen der Honduras-Delegation in Berlin



Begleitend zur Arbeit in Honduras werden in Deutschland Informationsveranstaltungen zur aktuellen Menschenrechtssituation organisiert. Im Jahr 2014 führten wir die Verhandlungen mit Organisationen zur Finanzierung des Projekts erfolgreich fort, so dass wir im Jahr 2015 in die Realisierung einsteigen können. Bei zwei Workshops machten wir das Projekt bereits in der Öffentlichkeit bekannt:

Workshop bei den „Münchener Freiraumtagen Bei dem dezentral angelegten Festival, an dem sich zahlreiche Münchner Kulturprojekte beteiligten, stellten wir unser Projekt vor. Wir vermittelten einen Überblick über Geschichte, Funktion und Möglichkeiten der Menschenrechtsbeobachtung von Mexiko bis Kolumbien. (Zu den Freiraumtagen siehe Seite 83.)

Workshop beim BUKO-Kongress in Leipzig Unter dem Titel „Internationalismus praktisch: Menschenrechtsbeobachtung in Lateinamerika“ stellten wir verschiedene Strukturen der Menschenrechtsbeobachtung vor. Zwei Videoaktivist_innen von der Berliner Menschenrechtskette Honduras (CADEHO) gaben einen Einblick in ihre Tätigkeit als Menschenrechtsbeobachter_innen in Honduras und erläuterten an diesem Beispiel die Funktionsweise des Konzepts Menschenrechtsbeobachtung.

Referat zum Zentralamerika-Tag in Nürnberg

Der 15. Zentralamerika Tag der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern fand unter dem Titel „Palmöl – Megaprojekte, Wahlen und Widerstand. Einblicke in die sozioökonomischen und politischen Realitäten in Zentralamerika“ statt. Wir beteiligten uns mit einem Referat zur aktuellen „Großwetterlage“ sowie an spannenden Diskussionen mit Gästen aus Honduras, namentlich Martín Girón, Kirchenpräsident und Suyapa Ordonez, Koordinatorin der Frauenarbeit der Lutherischen Kirche; sowie einem nachmittäglichen Workshop zum Thema „Lebensgeschichten aus der Migration“, den wir zusammen mit Julio und Gertie Melara aus Costa Rica gestalteten.

LGBTI-Aktivist Donny Reyes zu Gast in München und Oberbayern



Zum ersten Mal in München: Donny Reyes wurde sehr herzlich aufgenommen.

Von April 2014 bis Januar 2015 befand sich der schwule Aktivist Donny Reyes auf Einladung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte in Hamburg. Das Ökumenische Büro ist bereits seit 2010 mit Reyes und seiner Organisation *Asociación LGBTI Arcoiris* bekannt. Wir nutzten die Gelegenheit, Reyes zu Aktivitäten in München einzuladen.

Besuch in München und Camp am Walchensee

Im Vorfeld des Queerfeministischen Sommercamps im August, das von einem Münchner Bündnis von LGBTI-Aktiven ausgerichtet wurde, luden wir Donny Reyes zu einer Erkundungsreise durch München ein. Er lernte u.a. das schwule Kulturzentrum Sub und die Stadtratsabgeordneten Christian Vorländer und Lydia Dietrich kennen. Der Süddeutschen Zeitung und dem Magazin Leo gab er Interviews. Donny zeigte sich sehr beeindruckt über die intensive Förderung der „Szene“ durch die Politik der Stadt München. Beim Queerfeministischen Camp am Walchensee berichtete Donny Reyes in einem Workshop über seine Arbeit in der LGBTI-Community in Honduras, die seit der Bewegung gegen den Putsch im Jahr 2009 einen großen Aufschwung genommen hat, aber auch mit enormen Risiken konfrontiert ist. Donny war vom 13. bis 18. August Gast des Öku-Büros.

Sich organisieren, um zu überleben - Die Menschenrechtslage der LGBTI in Honduras

Am 25. November präsentierten wir erneut eine Veranstaltung mit Donny Reyes, diesmal im Schwulen Kulturzentrum Sub. Eingeladen hatten neben Sub und Öku-Büro auch die Münchner Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-Rosa Liste, die Stadtratsmitglieder Lydia Dietrich und Thomas Niederbühl sowie der *Candy Club*, der mit Thomas Lechner auch einen hervorragenden Übersetzer stellte. Reyes zu Beginn der Veranstaltung: „In Honduras leben wir als LGBTI-Community in Marginalisierung, Armut, physischer und psychischer Gewalt infolge der Diskriminierung unserer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Der Staat lässt diese Diskriminierung bewusst zu. Es ist hart für uns, zu wissen, dass für uns die Bürgerrechte nicht gelten. Daher haben wir die Organisation *Arcoiris* (Regenbogen) gegründet, einen kleinen Freiraum in Tegucigalpa, in dem wir uns versammeln, um zu kämpfen, uns weiterzubilden und unsere Rechte zu verteidigen. Ich bedanke mich beim Sub und dem Ökumenischen Büro für die Einladung nach München und die Gelegenheit, unsere Erfahrungen auszutauschen. Ich hoffe, wir haben eine angenehme Zeit, und vielleicht können wir Bande der Freundschaft und der Solidarität knüpfen.“ So kam es dann auch: Im Anschluss an die Veranstaltung verabredeten zahlreiche anwesende Münchner LGBTI-Gruppen, wie die Organisation *Arcoiris* unterstützt werden könnte.

Unterstützung für kommunitäre Radioprojekte

Mit der mexikanischen Organisation COMPPA, die in Honduras die Radiosender von Zacate Grande, COPINH, OFRANEH und das *La Red Nacional de Defensoras de Derechos Humanos* unterstützen, stehen wir in enger Verbindung. Im Jahr 2014 vermittelten wir eine Spende zur Unterstützung der Radioprojekte. Eine weitere Spende ging direkt an COPINH zur erfolgreichen Reparatur des Langwellensenders der Organisation für die Lenca-Region. Eine dritte Spende vermittelten wir an die honduranische NGO *Alter Eco*, die die beim Bündnis AMCH organisierten Radioinitiativen betreut. Damit wurde es für den Journalisten Felix Molina und einen Radiotechniker möglich, die weit abgelegenen Radiostationen zu besuchen und ihnen journalistische und technische Fortbildung zukommen zu lassen.



Besuch in Rio Blanco, La Esperanza-Intibucá und Tegucigalpa

Zum Jahresende erweiterten wir die Dienstreise nach El Salvador um einen einwöchigen Abstecher über die Grenze zu unserer honduranischen Partnerorganisation COPINH in La Esperanza-Intibucá. Wir informierten uns über die aktuelle Situation und begleiteten Mitglieder von COPINH in eine Lenca-Gemeinde, wo ein interner Grundstückstreit zu schlichten war, sowie bei mehrtägigen gemeinsamen Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen aus dem westlichen Hochland von Honduras und aus marginalisierten Vierteln von San Pedro Sula, organisiert von der Gruppe *Paso a Paso*. Des weiteren reisten wir in die Region Rio Blanco, um Gemeindemitglieder der vom Staudammprojekt „Agua Zarca“ betroffenen Dörfer zu interviewen.

Daraus entstanden ein Feature für Radio Onda und unser Redebeitrag für die Siemens Hauptversammlung 2015. Ein kurzer Besuch in der Hauptstadt mit Gesprächen unter anderem mit der Journalistin Dina Meza sowie den Teammitgliedern von PROAH und Peace Brigades International rundete die kurze Reise ab.



Treffen von Kindern und Jugendlichen in La Esperanza-Intibucá

„Der Rio Gualcarque soll frei fließen.“

Aktivitäten zu Zentralamerika

Auch in Zentralamerika gibt es immer mehr Phänomene, die vor den Ländergrenzen nicht halt machen. Ebenso organisiert sich die Zivilgesellschaft zunehmend über die Ländergrenzen hinweg, etwa im Widerstand gegen Minenprojekte, wo sich die Bewegung M4 zusammen geschlossen hat, um zentralamerikaweit gegen die transnationalen Minenkonzerne vorzugehen. Das Öku-Büro begrüßt den Trend zur internationalen Vernetzung der sozialen Bewegungen und richtet auch seine Arbeit tendenziell stärker an Themen aus. In diesem Rahmen führten wir 2014 eine Reihe von Aktivitäten durch, die mehrere zentralamerikanische Länder betreffen.

Runder Tisch Zentralamerika zum Thema „Kriminalisierung sozialer Bewegungen“

Seit 2013 bestanden Bestrebungen, die Vielzahl der zu Zentralamerika arbeitenden Organisationen und Gruppen in Deutschland besser zu koordinieren, um Themen, die die ganze Region betreffen, sinnvoller bearbeiten zu können. Ein erster Schritt wurde Anfang 2014 gemacht. Das Öku-Büro lud gemeinsam mit Brot für die Welt, der Christlichen Initiative Romero, FIAN Deutschland, dem Informationsbüro Nicaragua, INKOTA, Medico international, Misereor, Peace Brigades International, terre des hommes, dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung und der Evangelischen Akademie Hofgeismar zu einer Tagung ein, auf der vom 31. Januar bis zum 2. Februar 2014 neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem länderübergreifenden Thema „Kriminalisierung sozialer Bewegungen“ erfolgreich die Idee des „Runden Tisches Zentralamerika“ vorgestellt und zur weiteren Beteiligung eingeladen wurde.

Aus Honduras konnte Pedro Landa von der *Coalición de Redes Ambientales* als Fachreferent gewonnen werden. Anabella Sibrián von der Internationalen Plattform gegen Straffreiheit steuerte guatemalteckische und länderübergreifende Perspektiven bei.

In Mittelamerika sind Menschenrechts- und Umweltorganisationen, aber auch die Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften und Bauernorganisationen zunehmend von Versuchen der Einschüchterung und Kriminalisierung betroffen. Generell droht der Handlungsspielraum sozialer Organisationen vor allem in Honduras und Guatemala extrem eingeengt zu werden. Deshalb diskutierten die Tagungsteilnehmer_innen besonders engagiert, welchen Beitrag sie zu ihrer Unterstützung und zu ihrem Schutz leisten können. Eine wichtige Rolle spielt hier

die Forderung nach konsequenter Umsetzung der mittlerweile zehn Jahre alten „EU-Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger“.



Tagesseminar: „Zentralamerika heute – eine Region zwischen Ausverkauf und Widerstand“

Am 17. Mai folgten wir einer Einladung des Vereins Quetzal e.V. aus Leipzig, der ein renommiertes Online-Magazin zu Zentralamerika herausgibt und, vorwiegend im universitären und gewerkschaftlichen Bereich, Bildungsveranstaltungen in Leipzig anbietet. Das von Quetzal und dem Öku-Büro organisierte Tagesseminar deckte die folgenden Themen ab:

- Zentralamerika oder Mesoamerika? Zur geopolitischen Rekonfiguration einer besonderen Region
- Regionale Sicherheitsstrukturen in Zentralamerika
- Jugendbanden im regionalen Vergleich
- Costa Rica nach den Wahlen – Eine Richtungsentscheidung von regionaler Reichweite?
- Ressourcen- und Territorialkonflikte in Honduras/Zentralamerika
- Panama 1914 – Nicaragua 2014: Geostrategische Megaprojekte auf dem Isthmus
- Soziale Bewegungen in Zentralamerika

Die beiden letzteren Referate wurden von Mitarbeiter_innen des Öku-Büros bestritten, für weitere vermittelten wir geeignete Referent_innen. Die Moderation übernahm unsere El Salvador-Referentin.

*Menschenrechts-
verteidiger_innen besser
schützen: Runder Tisch in
Hofgeismar*

15. Zentralamerikatag in Nürnberg

Der von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern alljährlich organisierte Zentralamerikatag beschäftigte sich 2014 schwerpunktmäßig mit der Frage nach der Einhaltung von Menschenrechten, ökologischen Standards und den Möglichkeiten solidarischen Handelns in den einzelnen Ländern. Trifft der Widerstand der Zivilbevölkerung in Honduras auf zunehmende Militarisierung, Repression und Entdemokratisierung so zeichnen sich in Costa Rica durch den Mitte-Links-Sieg bei den jüngsten Wahlen möglicherweise neue Perspektiven ab, so das Resümee von Referent_innen und Teilnehmenden. Das Öku-Büro beteiligte sich mit einem Referat zur politischen Konjunktur und einem Workshopangebot zum Thema Migration (siehe Aktivitäten zu Honduras S. 55).

Abendveranstaltung in München: Mittelamerikas Kinder auf dem Weg in die USA - Wie eine Fluchtbewegung genutzt wird, um Migration zu kontrollieren

Am 14. November hielt die Journalistin Kathrin Zeiske auf Einladung des Öku-Büros einen Vortrag über die Ursachen der Fluchtbewegung mittelamerikanischer Jugendlicher an die Grenze der USA, die im Sommer des Jahres für internationale Schlagzeilen gesorgt hatte. Zeiske: „Kinder und Jugendliche haben in Mittelamerika oftmals keine (Über-)Lebenschance. Ihr Alltag ist geprägt von der Omnipräsenz der Jugendbanden. Immer mehr Minderjährige machen sich deshalb auf den Weg; begleitet von gleichaltrigen Freunden, Coyoten (sog. Schleppern) oder Verwandten. Die aktuelle Militarisierung der Südgrenze Mexikos und Polizeieinsätze auf den Güterzugstrecken werden zu einem Anstieg von Unfällen und Korruption führen. Migration und Flucht werden sie aber nicht aufhalten, solange es keinen Perspektivwechsel in Mittelamerika gibt.“

Für die Veranstaltung, die im Kulturprojekt Ligsalzstr. 8 in München stattfand, boten wir mittelamerikanisches Essen an. Im Anschluss an Zeiskes Bildvortrag entwickelte sich eine Diskussion, in der die Situation von Flüchtlingen in Europa mit der in Zentralamerika und den USA in Beziehung gesetzt wurde. Die Veranstaltung fand im Rahmen unserer Reihe „Perspektiven der Anderen“ statt und wurde gefördert von Engagement Global aus Mitteln des BMZ.

Zentralamerika im Widerstand – Karawane für ein gutes Leben der Völker im Widerstand

Überall in Zentralamerika beuten transnationale Firmen die natürlichen Ressourcen aus. Während sie es gemeinsam mit den Regierungen als vermeintlich grüne Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung verkaufen, zeigt die Realität das Gegenteil und geht einher mit der Zerstörung von Natur und der Vertreibung von Gemeinden.

Deshalb haben sich diverse Kollektive aus Mexiko, Zentralamerika, Europa und den USA zusammengeschlossen und organisieren von 2014 bis 2015 eine Karawane von Mexiko nach Panama. Auf der Route geht es in Gemeinden, die das Leben, das Land und die Freiheit verteidigen. Mit dem Ziel, den Widerstand zu stärken, sollen Wissen und Fertigkeiten geteilt, die Kämpfe dokumentiert und verbreitet sowie Erfahrungen ausgetauscht werden.

Die Route der Karawane wird über einige der Partnerorganisationen des Öku-Büros führen, so zu der LowTech-Organisation *Cacita* in Oaxaca, zu *Radio Victoria* in El Salvador und zur Widerstandsbewegung gegen die Goldmine in Rancho Grande, Nicaragua. Im Jahr 2014 befasste sich das Vorbereitungs-kollektiv für die Karawane mit der Routenplanung und Spendenakquise. Das Öku-Büro unterstützt die Karawane durch medialen Support in Deutschland.

Am 17. September präsentierten wir im Münchner Kafe Marat eine Veranstaltung mit einer deutschen Mitorganisatorin der Karawane. Momo ist Mitglied beim Transgalaxia e.V. und dem *YaBasta*-Netz und hat auf ihrem Weg durch Mesoamerika einige der Gemeinden kennengelernt, zu denen die Karawane reisen wird. An diesem Abend stellte sie die Karawane vor und sprach in einem Bildvortrag über die Motivation, die Route und die lokalen Kämpfe sowie konkrete Unterstützungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Karawane. Zum Vortrag gab es ein veganes Essen sowie anschließend ein Konzert mit der Band Nuclear Frost. Mitveranstalter waren das *Oase Kollektiv* und das *Mittwochskafé*. Die Veranstaltung fand im Rahmen unserer Reihe „Perspektiven der Anderen“ statt und wurde unterstützt von Engagement Global.

*Karawane des
Widerstandes von Mexiko
nach Panama*



Agrarpolitische Reise nach Kuba und Nicaragua



Mitglieder der Delegation

Im Dezember 2014 begab sich eine zwölfköpfige Delegation aus Aktiven der Solidaritätsbewegung, Gewerkschafter_innen und Wissenschaftler_innen auf eine Reise nach Nicaragua und Kuba. Ziel der Reise war eine „solidarische Untersuchung“ zu Politik und Realität der Landwirtschaft in den beiden Ländern. Im Mittelpunkt des Interesses der Gruppe stand die Frage nach der Bedeutung der heute weit verbreiteten Forderung nach Ernährungssouveränität für die beiden Länder. Ein weiterer Fokus war die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kooperativen in den beiden Ländern.

In jeweils zweiwöchigen Rundreisen in Nicaragua und Kuba besuchte die Gruppe zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe. In Managua und Havanna organisierte sie Symposien, auf denen sie sich mit Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen von NGOs über aktuelle landwirtschaftliche Fragen austauschte. Derzeit befinden sich ein Buch und ein Dokumentarfilm über die Ergebnisse der Recherche in Vorbereitung. Hier sollen erste Eindrücke der Reise, an der ein Mitarbeiter des Ökumenischen Büros teilnahm, zusammen gefasst werden.



Kleinbauer in der Schweinezucht

Kuba: Bestrebungen nach Ernährungssouveränität als Ergebnis besonderer wirtschaftlicher Bedingungen

Bereits seit der Kolonialzeit war die Produktion von Zuckerrohr, Zucker und Rum der alles bestimmende Faktor in der kubanischen Wirtschaft. Daran änderte sich bis zum Zusammenbruchs des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten wenig: Kuba exportierte vor allem Zucker in die Staaten des Ostblocks und importierte dafür nahezu alles andere. Nachdem 1990 fast alle Handelskontakte wegbrachen und das US-Embargo den Aufbau neuer Beziehungen massiv erschwerte, erhielt die Eigenproduktion von Lebensmitteln existenzielle Bedeutung. Die Ausprägung der heutigen Landwirtschaftspolitik in Kuba erklärt sich nach wie vor aus dieser Situation.

Interview mit einem Klein-Landwirt

Um Devisen zu sparen, versucht die kubanische Regierung alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Produktion anzuregen. Eine weit verbreitete Polemik in Kuba lautet: „Wenn der Staatsbetrieb aus einem Hektar eine halbe Tonne Produkt herausholt, schafft die Kooperative eine Tonne und der Privatbetrieb zwei.“ Angestrebt wird daher die Auflösung ineffizienter staatlicher Großbetriebe zugunsten der Gründung von Kooperativen. Ziel ist die Verkleinerung der Betriebe und die Verlagerung von Verantwortung in die Hände der Produzierenden, eine Öffnung der Vermarktung hin zu Bauernmärkten und dezentraler, lokaler Versorgung. Brachliegendes Land wird seit 1993 an sogenannte „Neubauern“ zur Nutzung überlassen, unter der Bedingung, dass das Land produktiv bewirtschaftet wird. Bereits 200.000 Familien haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Dennoch liegen immer





Städtische Gärten: aus der Not geboren, heute ein Erfolgsmodell

kerung mit Nahrungsmitteln, erteilt er aber eine Absage: „Zum Beispiel bei Reis decken wir derzeit 30% des Eigenbedarfs, mit weiteren Anstrengungen können wir 50% erreichen, aber eine völlige Selbstversorgung ist aufgrund unserer geographischen Bedingungen nicht möglich. Ebenfalls muss Weizen importiert werden, er wächst bei uns einfach nicht.“

Wie überall auf der Welt besteht eine zentrale Schwierigkeit darin, Stadtbewohner_innen davon zu überzeugen, aufs Land zu ziehen. Auch wenn in Kuba das Stadt-Land-Gefälle in puncto Einkommen und soziale Infrastruktur zugunsten des ländlichen Raumes ausfällt – aufs Land zu ziehen bedeutet für die meisten Stadtbewohner_innen auch in Kuba eine Abkoppelung von der Moderne, von den Möglichkeiten und einer Zukunft, die in Kuba derzeit völlig offen ist. Das Centro Martin Luther King (CMLK), eine christliche, sozialistische Organisation, (die auch mit dem *Movimiento Comunal* in Nicaragua zusammen arbeitet), sieht die Herausforderung in der Begleitung der Bauernfamilien beim Aufbau der Produktion. In Zusammenarbeit mit dem staatlichen Landwirtschaftsinstitut werden Anbautechniken im Wege der *educacion popular* weiter gegeben, einer Bildungsmethode auf Augenhöhe. Die Publikation *Caminos* des CMLK fungiert gleichzeitig als ein internationales Forum zum Austausch über an die Notwendigkeiten angepasste Wirtschaftspolitik.

noch 50% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche brach und ein großer Teil der Lebensmittel muss weiterhin importiert werden. Armando Nova, Dekan der Ökonomischen Fakultät der Universität von Havanna, sieht hier noch große Herausforderungen für die Politik, die weitere Anreize für die landwirtschaftliche Produktion bieten müsse. Der Forderung nach Ernährungssouveränität, also völliger Selbstversorgung der Inselbevöl-

Eine weitere kubanische Besonderheit ist die urbane ökologische Landwirtschaft. Ursprünglich war dies eine Maßnahme zur Überlebenssicherung in der „Spezialperiode“ der 90er Jahre, die hierzulande in ähnlicher Form aus der Nachkriegszeit bekannt ist. Heute sind die nach wie vor weit verbreiteten *Organoponicos* (Stadtgärten) ein Bezugspunkt für die *Urban Gardening*-Bewegung weltweit, die in dem gemeinsamen Anbau ökologisch unbedenklicher und gesunder Nahrungsmittel einen ökonomischen und sozialen Gewinn sehen.



Vor der Zuckerfabrik

Wie sich die kubanische Landwirtschaft und die Gesellschaft im Ganzen entwickeln werden, wenn sich die USA Kuba gegenüber weiter öffnen, war zum Zeitpunkt der Reise noch nicht abzusehen. Während bei der jungen Bevölkerung die Hoffnung auf ein materiell abgesichertes Leben mit allen technischen Möglichkeiten vorzuherrschen scheint, mischen sich bei den Erwachsenen Zweifel an der Euphorie: „Der Teufel verteilt keine Süßigkeiten. Und wenn er es doch tut, dann sind sie vergiftet.“, so Manuel Caldera, Arzt aus Cienfuegos.



„Alle Imperialisten sollen abhauen.“

Nicaragua: Kleine und große Landwirtschaft im Aufschwung

Die drei wichtigsten sozialen Kämpfe, die derzeit in Nicaragua stattfinden, stehen im direkten Zusammenhang mit der Landwirtschaft: Im Süden des Landes wehren sich Bauernfamilien dagegen, ihr Land für den Bau des Interozeanischen Kanals zu ungünstigen Preisen zu verkaufen (siehe Länderbericht Nicaragua, Seite XX). Ihre zahlreichen Protestdemonstrationen sind starker Polizeirepression ausgesetzt und es sind bereits Tote zu beklagen. Auf den Zuckerrohrfeldern im Nordwesten des Landes streiten ehemalige Arbeiter, die aufgrund des Pestizideinsatzes an Chronischer Niereninsuffizienz (IRC) erkrankt sind, um Entschädigungszahlungen durch das Unternehmen Pellas. Die Pellas-Gruppe ist Nicaraguas mächtigster Konzern und steht in engem Kontakt zur Regierung Ortega. Die Organisation der Nieren-Erkrankten ANAIRC ist daher dringend auf internationale Unterstützung angewiesen. Aus nicaraguanischem Zuckerrohr erzeugtes Ethanol landet als Agrosprit-Beimischung auf dem europäischen Treibstoffmarkt.

Die dritte Auseinandersetzung betrifft eine im Aufbau befindliche Goldmine in Rancho Grande im Norden der Provinz Matagalpa. Auch hier sind die



flussabwärts siedelnden Bauernfamilien die Leidtragenden und Protagonist_innen der Widerstandsbewegung: Die Erfahrung aus anderen Goldminen beweist, dass Flüsse und Grundwasser durch die im Abbau verwendeten Chemikalien Quecksilber und Cyanid verseucht werden. Beim Besuch in der Region traf die Gruppe auf alte Bekannte des Öku-Büros: Das Movimiento Comunal de Matagalpa engagiert sich in der Koordination der Proteste, sehr zulasten des Verhältnisses mit der lokalen Regierung, die auf Weisung der nationalen Regierung die Minenbetreiberfirma B2Gold verteidigt.

Aufs Ganze gesehen ist die Landwirtschaft Nicaraguas im Aufwind. War das Land vor dem Amtsantritt der Regierung Ortega noch von Importen von Grundnahrungsmitteln abhängig, so werden heute Bohnen nach ganz Zentralamerika exportiert und Rindfleisch im

Mahnwache von ANAIRC, der Organisation der Nieren-Erkrankten in Managua

Rahmen des ALBA-Vertrages im Gegenzug für Erdölimporte an Venezuela geliefert. Die staatlichen Programme *Hambre Cero*, *Usura Cero* und *Patio Saludable* haben die kleinbäuerliche Landwirtschaft und den ländlichen Raum allgemein gestärkt. Obwohl allorts die Korruption und der Klientelismus in den Maßnahmen der Ortega-Regierung beklagt werden, müssen die wirtschaftlichen Erfolge anerkannt werden. Im Gegensatz zu der *economia mixta* der 80er Jahre, wo die Landwirtschaft zu jeweils einem Drittel in Staatsbetrieben, Kooperativen und Privatbetrieben produzierte, richtet sich die staatliche Förderung derzeit fast nur noch an private Betriebe. Nachdem die Staatsbetriebe und auch viele Kooperativen nach 1990 aufgelöst wurden, existieren heute nur noch wenige landwirtschaftliche Kooperativen in Nicaragua. Darunter befinden sich einige beispielhafte Projekte, so die in den 80er Jahren vom Informationsbüro Nicaragua unterstützte Kaffeekooperative im Pantasma-Tal in der Provinz Jinotega. Die Kooperative befand sich in den späten 80er Jahren mitten in der Front des Contra-Krieges und hat später heimkehrende Ex-Contra-Soldaten als Kooperativisten integriert. Hier und in der Fairhandels-



„Bewegung Wächter des Yaoska – Nein zur Mine im Landkreis Rancho Grande“

Kaffee-Kooperative SOOPEXCCA in Jinotega-Stadt können landwirtschaftliche Kooperativen auf eine lange und erfolgreiche Geschichte zurückblicken, in der die Vorteile dieser Produktionsform zum Tragen kommen: Gegenseitige Unterstützung, bessere Preise durch größeres Produktionsvolumen, Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung, Direktvermarktung, Umsetzung von Gewinnen in soziale Projekte.



Ernährungssouveränität wird in Nicaragua groß geschrieben. Seit 2009 gibt es sogar ein Gesetz zur Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität. In diesem Zuge werden von Regierungsseite kleinbäuerliche Landwirtschaft und lokale Produktion gestärkt, das staatliche Ankauf- und Vertriebssystem für Grundnahrungsmittel ENABAS wurde reaktiviert. Im Bereich der NGOs und sozialen Bewegungen findet sich eine Fülle an richtungsweisenden Landwirtschaftsprojekten.

*Zu Besuch beim
Movimiento Comunal
in Matagalpa*

Gleich ob Kooperative, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen mit Unterstützung einer der zahlreichen NGOs, Bauernfamilien mit Unterstützung der Regierung oder neureicher Großagrarpromotoren_innen: Nicaraguas Landwirtschaft befindet sich in einem Aufschwung, der viele Gesichter und viele Ursachen hat. Charakteristisch für das heutige Nicaragua ist, dass ganz undogmatisch die verschiedensten Möglichkeiten genutzt werden.

Arbeitskreis Bergbau



Lateinamerika hat in den letzten Jahren seine traditionelle Rolle als Rohstofflieferant ausgebaut. Überall sind Exporte von Erdöl, Kohle, Gas, Metallen oder Soja gestiegen. Dahinter steht das weltweite kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner ständig steigenden Nachfrage nach Rohstoffen in den europäischen, nordamerikanischen und inzwischen verstärkt in den asiatischen Industrieländern. Dieses (neo-)extraktivistische Modell mit seinen offensichtlichen sozialen und ökologischen Folgen wird in Lateinamerika und weltweit diskutiert, heftig kritisiert, aber auch gerechtfertigt. Das Öku-Büro beschäftigte sich mit seinem 2014 gegründeten Arbeitskreis Bergbau intensiv mit dieser Thematik und den damit verbundenen Fragen: Welche konkreten Möglichkeiten haben die Länder des globalen Südens weg zu kommen von der Rolle als Rohstofflieferanten? Welche globalen Alternativen zur „imperialen Lebensweise“ gibt es?

Vor allem in den (Mitte-)links regierten Staaten Lateinamerikas behalten mittlerweile die Regierungen die Kontrolle über die Rohstoffproduktion bzw. sichern sich einen größeren Anteil an den Exporteinnahmen. Auch wenn die Gewinne Entwicklungs- und Sozialprogramme finanzieren – anstatt die Konzernbilanzen zu füllen – sind mit dem Extraktivismus politische und soziale Konflikte verbunden, etwa wenn Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen zerstört werden und gesetzlich garantierte Rechte auf politische Partizipation der lokalen Bevölkerung eingeschränkt oder missachtet werden.

Der AK Bergbau diskutierte in offenen Gesprächs- und Lektürerunden 2014 unter anderem die Frage: Wie stehen wir zum Thema Ressourcenabbau? Eine

Gesellschaft ohne Ressourcenabbau ist kaum denkbar. Entscheidend ist jedoch, wie und in welchem Ausmaß dieser betrieben wird. Wie können Ressourcen so genutzt werden, dass alle Beteiligten und Betroffenen etwas davon haben? Aus dem Wunsch heraus, diese und andere Fragen mit einem breiteren Publikum zu diskutieren, entstand die Idee eines Tagesseminars zum Thema.



Glück für alle durch Rohstoffexporte? Extraktivismus in Lateinamerika

*Mondlandschaft durch
Tagebau*

Für das Seminar am 29. November 2014 lud der AK fünf Referent_innen ein, die den zwei Dutzend Teilnehmer_innen Informationen zum Extraktivismus allgemein sowie beispielhaft zu Kolumbien und Venezuela vermittelten. Darüber hinaus wurde auch die Rolle von Rohstoffkonzernen aus dem Globalen Norden beleuchtet sowie Gedanken zu Alternativen formuliert. Die beiden Länder Venezuela und Kolumbien haben, obwohl sie in ihrer Politik und Wirtschaft unterschiedlich sind, doch etwas gemeinsam: Die Regierungen setzen auf Rohstoffexport als Entwicklungsmotor. Das Seminar zeigte an diesen Ländern exemplarisch auf, wie sich Extraktivismus unter einer progressiven Regierung und wie unter neoliberaler Staatsführung auswirkt. Ohne die weltweit steigende Nachfrage nach Rohstoffen wären beide Wirtschaftsmodelle undenkbar. Die wichtige Rolle, die der Globale Norden in diesem oftmals schmutzigen Geschäft spielt, wurde exemplarisch durch ein Referat zu dem mit Rohstoffen handelnden Schweizer Rohstoffgiganten Glencore beleuchtet.

Was ist Extraktivismus? Und was Neo-Extraktivismus?

In einem einführenden Vortrag von Sebastian Matthes (Kassel) wurden der Begriff des Extraktivismus geklärt und verschiedene allgemeine Kritikpunkte aufgezeigt. Mit „Extraktivismus“ ist der Abbau großer Mengen an Rohstoffen gemeint, die für den Export bestimmt sind und im Land nicht oder kaum weiterverarbeitet werden.¹ Dazu gehören nicht nur der klassische Bergbau und die

Erdölförderung, sondern auch Agrar- und landwirtschaftliche Erzeugnisse, Monokulturen und industrialisierte Bewirtschaftung.

Der Unterschied zwischen dem so genannten „klassischen“ und dem „Neo-Extraktivismus“ lässt sich vor allem an der Rolle des Staates festmachen. Der klassische Extraktivismus folgt einer neoliberalen Logik. Der Staat verhält sich



passiv, der Abbau der Rohstoffe erfolgt durch transnationale Unternehmen, welche gemeinsam mit nationalen Oligarchien von den Gewinnen profitieren. Dies lässt sich exemplarisch anhand Kolumbiens nachvollziehen. Das progressiv regierte Venezuela ist hingegen ein Beispiel für den Neo-Extraktivismus: Der Staat übernimmt eine aktive Rolle, indem er die Kontrolle über die Ressourcen behält und sich die Gewinne aneignet. Ziel ist, mit diesen Gewinnen Entwicklungs- und Sozialprogramme zu finanzieren, Infrastrukturprojekte durchzuführen und den Staatsapparat auszubauen.

Als Hauptkritikpunkte formulierte der Referent, dass die Armutsbekämpfung stark von der Rohstoffausbeutung abhängt und dass die Entwicklung des Landes sich weiterhin vor allem auf den Rohstoffexport stützt. Zudem intensiviere sich der Extraktivismus im Zuge des Preis- und Nachfragebooms und es zeichne sich eine Ausweitung und so genannte „Re-Primarisierung“ ab. Gemeint ist damit die wieder steigende Bedeutung von Primärgütern (Rohstoffen). So ist in den Mitgliedsstaaten des Mercosur (*Mercado Común del Sur*) der Exportanteil von Primärgütern von 50,8% im Jahr 2000 auf 65,3% im Jahr 2010 gestiegen, während der Anteil an verarbeiteten Gütern dementsprechend sank.²

Mit dem Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell werde lediglich ein sozialer Frieden auf Zeit erkaufte – denn was passiert, wenn sich die Ressourcen dem Ende zu neigen, ohne dass sich Alternativen für den Staatshaushalt auftun? Zu beobachten ist bereits jetzt der Anstieg von sozialen Konflikten und Umweltzerstörung. Diese ökologischen und sozialen Auswirkungen sind sowohl beim klassischen als auch beim neo-extraktivistischen Modell zu beobachten.

Ein wesentlicher Effekt der Verknüpfung von Rohstoffabbau und staatlichen Fürsorgeleistungen vonseiten progressiver Regierungen ist allerdings die damit einhergehende politische Legitimation. Die Umverteilung der abgeschöpften Überschüsse durch staatlich geförderte soziale Projekte stellt potentielle Opponent_innen ruhig. Es wird eine soziale Legitimität erreicht, welche die



extraktiven Tätigkeiten rechtfertigt. Dadurch werden lokale gesellschaftliche Forderungen abgeschwächt und Kritik, beispielsweise von indigenen Gruppen, politisch marginalisiert.³ Auch gleicht es einer Paradoxie, dass ein in den primären Sektor der Wirtschaft investierender Staat die Rohstoffabhängigkeit noch vertieft und durch den damit verbundenen Landraub immer mehr Menschen auf die Sozialprogramme angewiesen sind.

Länderbeispiel Kolumbien

Alejandro Rodríguez (Frankfurt) und Jochen Schüller (Hamburg) referierten über die Situation in Kolumbien. Als historische Basis für die Rohstoffausbeutung machten sie den fortgesetzten kolonialen Diskurs aus, der seit 1492 die Rechte der Bevölkerung den Interessen von externen Mächten unterstellt. Heute wird der Extraktivismus als für Fortschritt, Entwicklung und Wirtschaftswachstum notwendig verkauft. Gekoppelt mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Vergabe von Staatsaufträgen an transnationale Konzerne (verbunden mit Steuererleichterungen und der Aussetzung von Umweltkontrollen) verstärkt dies den neoliberalen Kurs. Die Regierung des Präsidenten Santos in Kolumbien hat den Bergbau als Lokomotive des Fortschritts (*locomotora minera*) entdeckt und seine Umweltgesetzgebung an das gewählte Entwicklungsmodell angepasst. So wurden 44,7% der Amazonas-Region als „Bergbaureserve“ ausgewiesen und eine Bewilligungsphase von 90 Tagen für Genehmigungen verabschiedet, was eine politische Auseinandersetzung quasi unmöglich macht. Vielmehr wird die vorherige Anhörung als lästiges Hindernis und eine schnelle Vergabe von Umweltlizenzen an Privatunternehmen (*Licencias Exprés*)

als für die Entwicklung notwendig gesehen. Ein eigenes Bergbaugesetz deklariert die Bergbautätigkeit als eine Aktivität der öffentlichen Versorgung und als soziales Interesse und ermöglicht de facto die „Express-Enteignung“ von Land entsprechend den Anforderungen transnationaler Unternehmen. Nicht einmal die Nahrungsmittelproduktion hat einen vergleichbaren Status.



Obwohl es ein Recht auf vorherige Anhörung (*consulta previa*) gibt, wurden seit 1993 für insgesamt 2.142 vergebene Lizenzen nur 141 vorherige Anhörungen durchgeführt – im Jahr 2010 kamen auf 158 vergebene Lizenzen lediglich 16 Anhörungen.⁴ In den betroffenen Regionen kommt es zu Vertreibungen, die in der Terminologie der Weltbank „vorbeugende Verlagerung“ oder „Neuan siedlung“ genannt werden. Auch bewaffnete Konflikte sind nicht selten. Die Regierung leugnet einen Zusammenhang mit den extraktivistischen Mega- projekten. Teil der Wahrheit ist jedoch, dass es in Kolumbien 18 so genannte „Energie-Bergbau-Militärstützpunkte“ gibt: Das staatliche Gewaltmonopol wird für private Zwecke dienstbar gemacht.

Auch wenn sich der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen von 26,8% (2000) auf 10,4% (2012) reduziert hat⁵, haben sich die sozio-ökologi- schen Konflikte verschärft und es formiert sich zivilgesellschaftlicher Wider- stand. Eine dieser Gruppen ist Reclame (*Red Colombiana Frente a la Gran Minería Transnacional*)⁶, welche eine Unterbrechung der Ausgabe von Bergbautiteln und Lizenzen fordern, bis der Bergbau korrekt organisiert ist und eine funktionierende Regulierung geschaffen wird. Ihr Ziel ist, die Verteidigung der nationalen Souveränität und Biodiversität. Eine auf Extraktivismus basie- rende Wirtschaft wird abgelehnt. Beteiligte Akteure sind betroffene Gemein- den, Bäuerinnen und Bauern, Umweltschützer_innen Bergbaumitarbeiter_innen, Studierende und Wissenschaftler_innen.⁷ Gruppen des zivilen Widerstandes schlagen ein Modell der partizipativen und lokalen Führung vor. Dabei sollen die Gemeinden gemeinsam mit den staatlichen Institutionen Politiken beschlie- ßen, welche eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen ermöglichen.

Als Fazit der Diskussion zum kolumbianischen Extraktivismus wurde die notwendige Überwindung kolonialen Denkens betont und eine Veränderung der Sichtweise auf den ländlichen Raum gefordert. Es handelt sich nicht um eine zu veräußernde Ware, sondern um Land zum Leben, über welches die Menschen entsprechend ihrer Kultur und ihren Bedürfnissen entscheiden sollten.



Länderbeispiel Venezuela

Ganz anders stellen sich die Bemühungen Venezuelas dar. Denn das vom Referenten Wolfgang Ecker (München) vorgestellte Land nutzt seinen Reichtum an Erdöl für Entwicklungsprojekte. Ziel ist, die Gewinne aus dem Erdöllexport für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Die aktive Rolle des Staates zeigt sich in der Neuverhandlung von bestehenden Verträgen, erhöhten Förderabgaben sowie Steuern und einer Stärkung der Position der staatlichen Unternehmen. Damit ist das Land ein markantes Beispiel für den Neo-Extraktivismus.⁸

Die mit diesem Modell erzielten Erfolge bei der Armutsbekämpfung sind ein-drucksvoll. Der Anteil der Bevölkerung in extremer Armut ist von 21,7% (2000) auf 9,7% (2012) gesunken. Weiter reichende Hoffnungen wurden hingegen enttäuscht: Vor allem die extreme Abhängigkeit von dem einen Exportprodukt Erdöl ist in den letzten Jahren sogar noch gestiegen, wie der Anteil von über 90% von Primärgütern an den Gesamtexporten zeigt.⁹ Das Öl ist nicht nur die Grundlage der Wirtschaft, es formt auch die politische Kultur. Zwar investiert der Staat nun die Öleinnahmen in soziale Projekte, das Produktionsmodell an sich wird jedoch auch unter den Chavist_innen nicht infrage gestellt.¹⁰

Der Referent betonte die große Bedeutung des Staatsunternehmens *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA). Es erwirtschaftet nicht nur das Geld, mit dem die Sozialprogramme finanziert werden, sondern ist auch Arbeitgeber für 140.000 Menschen und macht einen Drittel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus. Außerdem hat es über das Programm Petrocaribe, das für die günstige Versor-

gung karibischer und mittelamerikanischer Länder mit Erdölprodukten verantwortlich ist, auch erhebliche außenpolitische Bedeutung.

Wenn man die Erdölförderung durch Venezuela beurteilen möchte, darf man laut Wolfgang Ecker nicht aus den Augen verlieren, dass Venezuela die größten



nachgewiesenen Erdölreserven der Welt hat. Dieser Überfluss existiert seit 100 Jahren. Da ist es kein Wunder, dass Versuche, die Landwirtschaft zu fördern oder alternative Industrien aufzubauen, nicht übermäßig erfolgreich waren. Das größte Problem Venezuelas bei aller progressiver sozialen Umverteilung ist laut Ecker aktuell zu beobachten. Venezuela produziert für den kapitalistischen Weltmarkt und ist von ihm abhängig. Wenn der Weltmarktpreis für Rohöl in kurzer Zeit auf die Hälfte sinkt, wie das im zweiten Halbjahr 2014 geschehen ist, dann muss das zu erheblichen Problemen führen.

Rolle des Globalen Nordens

Der Rohstoffabbau findet zwar in den lateinamerikanischen Ländern statt – die Verarbeitung, der Konsum und die Nachfrage erfolgen jedoch, außer in China, weiterhin im Globalen Norden. Dieser importiert Primärgüter, deren Beschaffung verknüpft ist mit sozialer und ökologischer Ausbeutung, um diese dann im „Wertschöpfungsprozess“ zu gewinnbringenden Konsumgütern für den Weltmarkt zu verarbeiten. Den AK Bergbau und die Seminararteilnehmer_innen interessierte deshalb besonders, wie Deutschland und die EU zum Thema Rohstoffhandel stehen. Das Bundesministerium der Verteidigung versteht den Bedarf an Primärgütern als sicherheitspolitisch relevant, wie die folgenden Auszüge zeigen: „Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus [...] der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, ...“. Und weiter: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“.¹¹

Im Seminar beleuchtete Stephan Suhner von MultiWatch aus Bern die Rolle der Schweiz. Aufgrund ihrer politischen Stabilität, geringen Regulierungen und großen Steuervorteilen ist die Schweiz als Handelsplatz für Rohstoffe besonders lukrativ. Der Rohstoffhandel nahm in den letzten 15 Jahren enorm zu und die Schweiz hält einen Anteil von 15 bis 25% des Welthandels. Problem sind



die undurchsichtigen Firmenstrukturen, welche Steueroptimierung und korrupte Geschäftspraktiken unterstützen. Eine besonders perfide Strategie ist das so genannte „transfer pricing“: Rohstoffe werden von einer Filiale im Land des Abbaus billig an eine andere in einer Steueroase verkauft, diese verkauft sie zum Weltmarktpreis weiter – somit entgehen dem Ursprungsland Steuereinnahmen. Das Ziel, das damit erreicht wird, ist einen „Null Gewinn“ auszuweisen. Was bleibt dem abbauenden Land von der Rohstoffausbeutung? Neben der Umwelterstörung und den sozialen Konflikten löst der Abbau keine Entwicklungsimpulse aus, stattdessen bilden sich Enklaven. Investitionsschutzabkommen und Stabilitätsklauseln verhindern höhere Steuern bei einem Preisboom. Dem Land verbleiben als Einnahmen nur die Lizenzgebühren (*Royalties*), die maximal 6% des Exportwertes betragen. Genauer stellte uns der Referent das Unternehmen Glencore vor und nannte es ein Unternehmen, „das sich dort wohl fühlt, wo andere aus Reputationsgründen nicht hingehen“. Glencore fusionierte mit der in Südamerika tätigen Elektrizitätsgesellschaft Südelektra (später Xstrata). Dadurch besitze das Unternehmen kritische Marktanteile, die Preismanipulation möglich machen.¹²

Extraktivismus und die Alternativen

Zum Abschluss des Seminars debattierten wir Alternativen zum Extraktivismus. Die Aneignung und Inwertsetzung von Natur ist ein elementarer Bestandteil des globalen kapitalistischen Entwicklungsmodells. Eine Alternative stellt das so genannten „Degrowth-“ oder „Post-Wachstums-Modell“ dar¹³. Dabei handelt es sich einerseits um ein politisches Projekt, das Veränderungen der ökonomi-

schen und politischen Institutionen nötig macht. Andererseits bezeichnet *Degrowth* eine wachsende politische Bewegung, die Veränderungen von der Basis aus fordert und die Konsensformel „Wachstum = Wohlstand und Beschäftigung für alle“ infrage stellt. Denk- und Handlungsimpulse aus Lateinamerika gibt unter anderem das Konzept des *Buen Vivir*. Ausgehend von indigenen Weltanschauungen rückt dieses Konzept des „Guten Lebens“ Harmonie und Gleichgewicht mit der Natur und den Mitmenschen in den Mittelpunkt.

Weiterführende Informationen zum Thema „(Neo-)Extraktivismus“, mit einer Zusammenfassung verschiedener Publikationen, finden sich im Reader des Ökubüros unter <http://www.oeku-buero.de/broschueren.html>

- ¹ Guydynas, Eduardo. (2012). In Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Der neue Extraktivismus - Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika* (S. 46-65). Berlin: FDCL-Verlag.
- ² CEPAL. (2011). *Statistical Yearbook for Latin America and the Caribbean*. Santiago de Chile, Comisión Económica para América Latina y el Caribe de Naciones Unidas (CEPAL).
- ³ Guydynas. (2012). a.a.O.
- ⁴ Respuesta a derecho de petición fechado el 9 de febrero 2011. Ministerio de Ambiente, Vivienda y Desarrollo Territorial. <https://www.minambiente.gov.co>
- ⁵ Thomssen, Ines / Sauß, Marie / Stockmar, Ellen. (2014). *Zahlen und Fakten: Rohstoffausbeutung in Lateinamerika*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- ⁶ Reclame. Verfügbar unter: <http://www.reclamecolombia.org>. Zugegr: 02.02.15
- ⁷ Reclame. a.a.O.
- ⁸ Guydynas. (2012). a.a.O.
- ⁹ Thomssen / Sauß / Stockmar. (2014). a.a.O.
- ¹⁰ Lander, Edgardo im Interview mit Vogel, Wolf-Dieter. (2014, 09. Juli). die tageszeitung. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/>. Zugegriffen: 03.02.2015
- ¹¹ Bundesministerium der Verteidigung. (2011). *Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011*. Berlin: S.2 und S.5.
- ¹² MultiWatch (Hrsg.). (2014). *Milliarden mit Rohstoffen: Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata*. Zürich: Edition 8.
- ¹³ Weiterführende Informationen: Brand, Ulrich. (2014). *Post-Extractivism and Degrowth. Two sides of the same perspective?* [Videodatei]. Vortrag auf der vierten Internationalen Degrowth-Konferenz Leipzig 2014. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=C4xKuQXyDbQ>. Zugegriffen: 02.02.2015

Arbeitskreis Kolumbien

Die Münchner Arbeitsgruppe für Menschenrechte in Kolumbien setzte ihre 2013 begonnene Arbeit 2014 engagiert fort und arbeitete dabei wie im Vorjahr eng mit dem Ökübüro zusammen. Hier ist ihr Bericht:

Die Schwerpunkte unserer Arbeit bildeten 2014 der interkulturelle Austausch zwischen kolumbianischen und nicht-kolumbianischen Münchner_innen, die solidarische Unterstützung des Kampfes um (indigene) Territorien und eine kritische Beschäftigung mit dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Dazu luden wir zu zwei Veranstaltungen Referent_innen aus Kolumbien ein und beschäftigten uns in einer dritten mit den Themen „internationaler Austausch“ und „Integration“.



Bedrohung der indigenen Awá-Gemeinden: Veranstaltung mit Francisco Javier Cortes Guanga

Mithilfe der Kriminalisierung sozialer Bewegungen und juristischer Tricks bis hin zu blutiger Gewalt werden in Kolumbien Gemeinden vertrieben oder sogar die Existenz ganzer Gruppen wie beispielsweise der Awá im Süden des Landes bedroht. Ziel dieser Aktionen ist der Zugriff auf ihre Territorien, etwa um dort Bergbau- und Infrastrukturprojekte durchzuführen oder Palmölplantagen zu errichten. Das Awá-Volk besteht aus 42.000 Mitgliedern, die in einem Gebiet im Süden Kolumbiens und im Norden Ecuadors leben. Dieses Gebiet ist reich an Erdöl, mineralischen Rohstoffen und weist eine hohe Biodiversität auf. Der Boden in der Region ist für großflächige Pflanzungen der Ölpalme geeignet. Außerdem ist die Region von strategischer Bedeutung, da durch sie in Zukunft eine Autobahn führen soll, die quer durch den Regenwald Brasiliens mit dem Pazifik verbindet.

Mit dem Ziel, diese Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen bekannt zu machen, einen internationalen Kontroll- und Beobachtungsprozess zu lancieren und die Vernetzung der Awá mit solidarischen Organisationen zu fördern, luden wir den Vertreter der Awá-Ethnie Francisco Javier Cortes Guanga nach München ein. Neben Arbeitstreffen mit der Münchner Arbeitsgruppe für

*Gemeinsames Gestalten
einer Leinwand ...*

Menschenrechte in Kolumbien und dem Öku-Büro, traf sich Francisco Javier mit dem Referenten für Lateinamerika des Münchener Ausländerrates, mit der NGO Pro Regenwald e.V. und gab dem Radio Lora ein Interview. Außerdem realisierten wir in Kooperation mit der Petra Kelly-Stiftung am 17. Februar 2014 eine öffentliche Veranstaltung mit dem Referenten.

In den Treffen machte Francisco Javier, im Auftrag seines Volkes, auf folgende Gefahren für die Awá aufmerksam: Verletzung ihrer Rechte, Verlust ihrer Territorien auf legalem und illegalem Wege (Landraub), ihre physische Vernichtung (selektive Morde und Massaker durch alle bewaffneten Akteure Kolumbiens), Zwangsvertreibungen im Urwald, fehlender Schutz durch den Staat, Militarisierung ihrer Territorien sowie die Zwangsrekrutierungen Minderjähriger, und die Verletzung ihres Rechtes auf Konsultation vor politischen Entscheidungen, die ihr Gebiet betreffen.

Zudem zeigte der Referent die Beschädigungen der Awá-Territorien auf: schwerwiegende Umweltverschmutzungen durch austretendes Rohöl und Ausräucherungen von Kokafeldern, Verseuchung der Wälder durch Antipersonenminen, illegaler Bergbau und Holzeinschlag, sowie Entwaldung zum Anbau von Monokulturen. Bei der Solidarisierung mit den Awá geht es nicht allein um den Erhalt von Biodiversität und den Schutz indigener Rechten. Die Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse der Awá können zudem als hervorragendes Beispiel eines basisdemokratischen Modells gelten, in dem die Entscheidungen von den Gemeindemitgliedern getroffen und von den Führungspersonen umgesetzt werden. Dieses Modell, das den Interessen der Gemeinschaft und dem Schutz der Territorien als Kollektivgüter dient, ist kaum anfällig für Korruption und die Durchsetzung von Partikularinteressen. Diese Autonomie muss unbedingt geschützt werden!

Interkulturalität, Fröhlichkeit und Menschlichkeit: Veranstaltung mit Münchner_innen aus vielen Ländern

Am 20. Juli 2014, dem kolumbianischen „Unabhängigkeits“-Tag, fand in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München unsere zweite Veranstaltung statt. Diesmal wollten wir etwas Besonderes zu den Themen „internationaler Austausch“ und „Integration“ machen.

Wir verbrachten zusammen einen Sommertag, an dem wir unsere Kultur, Fröhlichkeit und Liebenswürdigkeit, aber auch unsere Besorgnis über die sozialen und ökologischen Problemen in Kolumbien, mit allen Interessierten teilten. Wir ließen Luftballons fliegen, bemalten eine Leinwand und teilten mitgebrachtes Essen. Die Besucher_innen bekamen selbst gebastelte Armbänder und zum Schluss genossen wir kolumbianische Musik und tanzten mit allen Gästen. Wir haben gelernt, dass sowohl Kolumbianer_innen als auch andere Mitbürger_innen mehr von anderen Kulturen lernen und toleranter sein sollten. Bei uns waren

Deutsche, Spanier_innen, Lateinamerikaner_innen, Osteuropäer_innen und besonders viele Kurd_innen, die mit uns gefeiert und die Leinwand gestaltet haben. Es wurde deutlich, dass die soziale Lage in Kolumbien sehr ähnlich wie in vielen anderen (Herkunfts-)Ländern ist, ganz besonders wegen der Projekte im Rohstoffsektor. Und dass wir Migrant_innen aus allen Ländern all diesen Problemen zum Trotz viel zu Interkulturalität, Fröhlichkeit und Menschlichkeit beizutragen haben.

Kritische Diskussion zum bewaffneten Konflikt in Kolumbien: Veranstaltung mit dem Congreso de los Pueblos und REDHER

Unsere letzte Veranstaltung des Jahres 2014 fand am 11. November in Kooperation mit dem Verband der Studierenden aus Kurdistan (YKK) statt. Es ging um eine kritische Diskussion zum bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Dazu wurden uns die Arbeit des Congreso de los Pueblos (Volkskongress) und des Red de Hermandad con Colombia REDHER (Netzwerk für Freundschaft und Solidarität mit Kolumbiern) vorgestellt. Dabei handelt es sich um zwei internationalistische Netzwerke, die die Lage von Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen dokumentieren und vor Ort mit den Gruppen gemeinsam politisch aktiv sind.

2008 gründeten verschiedene Basisorganisationen den Congreso de los Pueblos. In diesem landesweiten Netzwerk sind Bauern und Bäuerinnen, Minenarbeiter_innen, Landarbeiter_innen, aber auch Indigene, studentische Gruppen und „Recht auf Stadt“-Initiativen aktiv, um sich zu schützen und eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Viele dieser Gruppen befürchten eine mögliche Einigung zwischen Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC). Denn die anschließende Waffenabgabe dieser Guerilla könne in den umkämpften Regionen Militär und Paramilitärs wieder stärker werden lassen. Um wirklich Frieden zu schaffen, ist aber nach ihrer Auffassung zuallererst soziale Gerechtigkeit notwendig. Sie fordern radikale Veränderungen wie die Neuvergabe von Landbesitz.

Die Referentinnen Yolima und Luzmila sind Teil des Congreso de los Pueblos und selbst betroffen von Bedrohungen. Yolima aus Medellín berichtete von ihrer Arbeit in einer „Recht auf Stadt“-Gruppe und über die Probleme von über fünf Millionen Binnenflüchtlingen und intern Vertriebenen, die an den Rändern



... und das bunte Resultat

der Metropole um ihr Überleben kämpfen - oft nach traumatischen Erlebnissen im bewaffneten Konflikt. Luzmila ist Sprecherin für Land- und Extraktivismus-Fragen. Sie kommt aus dem südlichen Bundesland Nariño. Diese Region ist noch immer in einen schmutzigen Krieg verwickelt, an dem die



Vortrag Congreso de los Pueblos

Drogenmafia ebenso wie multinationale Öl-, Kohle- und Goldfirmen beteiligt seien und der täglich Opfer durch selbstgebaute Landminen fordere. Davon betroffen sind besonders die indigenen Reservate, die zudem von eigens gegründeten Militärbataillonen zum Schutz der Konzerne bedroht würden. Luzmila ist aktiv in Projekten gegen Minen und in einer Bauern- und Bäuer_innen-Organisation. Sie berichtete vom zivilen Widerstand gegen die Projekte multinationaler Konzerne, von Kriegsoffern, von Konflikten zwischen Guerilla und (Para-)Militärs, der Debatte um den Kokaanbau und diversen Menschenrechtsverletzungen in den ländlichen Regionen Nariños.

2015 wollen wir weiter den Münchner_innen bekannt machen, was in Kolumbien geschieht. Wir versuchen in Zusammenarbeit mit den Teilnehmern_innen unserer Veranstaltungen, unseren Kolleg_innen vom Öku-Büro und der internationalen Gemeinschaft einen Beitrag von dieser Seite der Welt zu leisten, damit der bewaffnete Konflikt, die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Kolumbien beendet werden können.

Weitere Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Workshop bei der Entwicklungspolitischen Fachtagung der Landeshauptstadt München

Am 14. Februar organisierte das Nord-Süd-Forum München gemeinsam mit der „Stelle für internationale Angelegenheiten im Büro des 3. Bürgermeisters“ die zweijährig stattfindende Tagung mit dem Titel: „Ran an die Ursachen. Wie verändern wir mit unserer Arbeit strukturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen?“. Auf der ersten Fachtagung im Jahr 2010 wurden „Qualitätsstandards für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit“ definiert. Die These 12 der Standards „Jedes Projekt soll auch die Bekämpfung der Ursachen im Auge behalten“ stand im Fokus der Veranstaltung. Zum Einstieg in das Thema referierte Thomas Gebauer, Geschäftsführer von „medico international“, über



das Spannungsverhältnis zwischen Symptom- und Ursachenbekämpfung in der Projektarbeit. Anschließend wurden in mehreren Workshops verschiedene Handlungsfelder der Ursachenbekämpfung für Eine-Welt-Akteure beleuchtet.

*Praxisbeispiel:
Unterstützung des
Movimiento Comunal in
Nicaragua*

Einen der vier Workshops gestaltete unser Nicaragua-Referent Andrés Schmidt mit einer Vorstellung der vom Ökumenischen Büro durchgeführten Jugendbegegnungsmaßnahmen. Die Workshop-Teilnehmer_innen bewerteten dieses Beispiel positiv. Sie zeigten sich überzeugt, dass die Arbeit der Partnerorganisation Movimiento Comunal auf die Bekämpfung von Armutursachen

gerichtet ist, da sich hier Selbstorganisation an der Basis mit gezielten politischen Interventionen auf nationaler Ebene verbänden. An der Durchführung der Brigaden des Öku-Büros wurde positiv hervorgehoben, dass hier die größtmögliche Augenhöhe zwischen Teilnehmenden und Bevölkerung realisiert werde, da die Ersteren nicht als Expert_innen, sondern als solidarische Gesprächspartner_innen aufträten. Die These 12 der Qualitätsstandards sei also in diesem Programm im besten Sinne erfüllt, befanden die Workshop-Teilnehmenden im Abschlussplenum der Veranstaltung.

Infostand am 1. Mai-Fest des DGB in München

Wie jedes Jahr beteiligten wir uns am Markt der Möglichkeiten des 1. Mai-Festes des DGB in der Kaufinger Straße. Dieses Jahr bestritten wir unseren Infostand gemeinsam mit den Aktiven des Kulturprojekts Stattpark OLGA, die ihren Teil an Infomaterial, Kuchen und freundlichen Menschen beisteuerten und so zu einem gelungenen „Joint Venture“ beitrugen.

*Kuchen oder Info? -
Beides!*



Freiraumtage in München

Zwischen dem 3. und 6. Juli haben wir mit verschiedenen Kollektiven und Projekten aus München die Freiraumtage veranstaltet.

Das aktuelle Paradigma der Gesellschaftsorganisation scheint „*Arbeite, konsumiere, reproduziere, arbeite, konsumiere, reproduziere, arbeite...*“ zu sein, so der Einladungstext. In eine Reihe von Workshops, Vorträgen, Ausstellungen und weiteren Aktivitäten wollten wir zeigen, dass es doch Auswege aus diesem Teufelskreis gibt.



Das Öku-Büro hat sich in der allgemeinen Organisation der Freiraumtage engagiert und brachte auch eigene Aktivitäten und Inhalte ein.

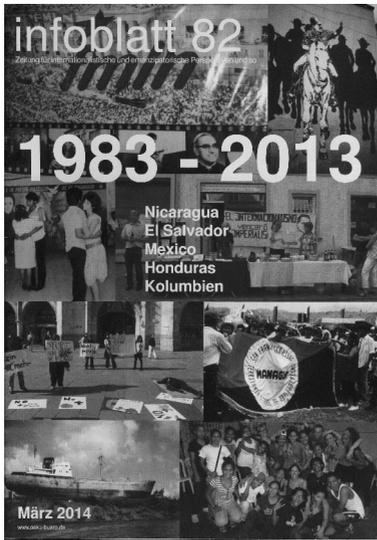
Die viertägige Ausstellung des mexikanischen Künstlers Yescka in der Färberei fand große Beachtung. Mittels Holzschnitt, Stencils und Siebdruck widmet er sein Schaffen der Bestrebung und Verteidigung der Autonomie in seinem Heimat-Bundesstaat Oaxaca. Yescka versteht sich nicht nur als Künstler, viel mehr als ein Aktivist. Er hielt zum Abschluss der Freiraumtage einen Vortrag über seine politische Arbeit, zusammen mit andere Kunstaktivist_innen in Oaxaca.

Ein weiterer Beitrag des Ökumenischen Büros bestand in einem Workshop, der die verschiedenen Möglichkeiten vorstellte, in Lateinamerika als Menschenrechtsbeobachter_in tätig zu werden.

2014 mit dem Stadtpark OLGA umgezogen: Schon 2012 hatte Yescka mit seiner Kunst den Münchner Raum freier gemacht.

Öffentlichkeitsarbeit

Infoblatt - Die Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so



Die 82. Ausgabe des Infoblattes blickte zurück auf 30 Jahre Arbeit des Ökumenischen Büros. Und sie blickte nach vorne mit einer kritischen Analyse der Geschlechterverhältnisse hier und in Nicaragua als Schwerpunktthema einer Solidaritätsreise, einem Blick auf die feministische Bewegung in Nicaragua und Gedanken zum Zapatismus und den Frauen in Mexiko sowie zur Situation von Frauen in Honduras. Weitere Themen waren die Folgen des Freihandelsabkommens AdA für Zentralamerika, die Schließung des Rechtshilfebüros des Erzbistums von San Salvador und der kolumbianische Friedensprozess.

Über die Online-Portale amerika21.de und Linksnet stellten wir wiederum einzelne Artikel aus dem Infoblatt einer größeren Leser_innenschaft zur Verfügung.

„En La Linea“ – Die Sendung des Öku-Büros auf Radio Lora

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Dort informieren und unterhalten wir mit Nachrichten aus Lateinamerika, München und dem Öku-Büro. Weil wir den dortigen Aktivist_innen hierzulande eine Stimme geben wollen, sind diese auch gern gesehene Interviewgäste in unserer Sendung. Gewürzt wird das Ganze mit alternativer lateinamerikanischer Musik. Themen im Jahr 2014 waren unter anderem die „Kleine Zapatistische Schule“ und der Einfluss des Zapatismus auf die internationale Musik, die Krise Venezuelas, das Ständige Tribunal der Völker, (Neo)Extraktivismus in Lateinamerika, die geplante „Karawane für das Gute Leben“ von Mexiko bis Panama sowie die Ereignisse in und um Ayotzinapa, Mexiko.

Wir freuen uns darauf, Sie im Jahr 2015 wieder an jedem 1. Montag im Monat um 17:00 Uhr als Hörer_innen begrüßen zu dürfen – dann aus den neuen Studios von Radio Lora.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit.

Es erscheinen Artikel über die Vorgänge in unseren Schwerpunktländern und Beiträge zu unseren Arbeitskreisen.

Die Besucher_innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir sie auf kommende Veranstaltungen aufmerksam.

Wochenende für Neueinsteiger_innen

Am 5. und 6. April veranstalteten wir im Jugend- und Sportheim Bichl unser traditionelles Wochenende für Neueinsteiger_innen, bei dem wir auch die Planung der Aktivitäten für das Jahr 2014 vornahmen.

Öffentlichkeitsarbeit geht (auch) durch den Magen: Kulinarischer Genuß ist bei vielen unserer Veranstaltungen ein Muss.

Medienpräsenz

Wir vermittelten hiesigen Medien Hintergrundinformation bzw. Interviews in unseren Partnerländern (z.B. zur Wahl in El Salvador und zur Problematik der extraterritorialen Chartercities in Honduras) und gaben zu einzelnen Themen auch selbst Auskunft. Besonders gefragt war auch in diesem Jahr die Expertise unseres Mexiko-Referenten. Insbesondere bezüglich der Verbrechen von Ayotzinapa gab er Interviews für verschiedene Radiosender und Internetmedien. Auch das mexikanische Internetfernsehen „Rompeviento“ sendete zwei Gespräche mit ihm, in denen er über die Arbeit des Ökumenischen Büros zu Mexiko berichtete.



Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit.

Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika

Die Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika besteht seit Mitte der 90er Jahre. Seit Oktober 2013 ist das Ökumenische Büro Mitglied im Beirat der Organisation.

Sie publiziert Infos und Spendenaufrufe und entscheidet gemeinsam über die Verwendung eingehender Spenden nach aktuellem Bedarf. So unterstützt die Arbeitsgemeinschaft zum Beispiel Widerstand gegen Privatisierungen, etwa in Nicaragua nach Auflösung der Kooperativen und des staatlichen Agrarreformsektors. Es wird also in politische Mobilisierungen investiert, die gegen derartige Prozesse der Privatisierung und der Konzentration von Land ankämpfen. Neben dieser politischen Arbeit konnte der Rechtshilfefonds auch ganz konkrete Landkämpfe unterstützen, so die Legalisierung von Landtiteln von Agrarkooperativen im Norden Nicaraguas und in Bajo Lempa in El Salvador nach mehr als zehnjährigem Kampf.

Wir sehen in dem Rechtshilfefonds eine gute Möglichkeit, unsere politische Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Auswirkungen des europäisch-zentralamerikanischen Freihandelsabkommens durch Rechtshilfe für die Betroffenen zu unterstützen.

Bayerischer Flüchtlingsrat

Mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat verbindet uns eine gute Zusammenarbeit. Regelmäßig werden Artikel zwischen dem Infoblatt und der Zeitschrift des Bayerischen Flüchtlingsrates *Hinterland* ausgetauscht.

BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidari-

tätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Der seit 1977 jährlich stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro trägt die Struktur der BUKO durch ständige Mitarbeit eines Delegierten in deren Entscheidungsgremien mit. Das Ökumenische Büro beteiligte sich an der Vorbereitung und Durchführung des BUKO-Kongresses 2014 in Leipzig. Wir boten einen Workshop zu Möglichkeiten der Menschenrechtsbeobachtung in Lateinamerika an und präsentierten in einer weiteren Veranstaltung drei Vertreter_innen des Tribunal Permanente de los Pueblos. Auf der Jahresvollversammlung nahmen wir unser Stimmrecht wahr. (siehe Seite XX).



CIFCA - Europaweite Vernetzung der Menschenrechtsarbeit

Im Kontext unserer Arbeit zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika und der Menschenrechtsarbeit zu Mexiko und Honduras bemühen wir uns um eine europaweite Vernetzung.

Bedeutsam ist hierfür die in Brüssel ansässige NGO *Copenhagen Initiative for Central America* (CIFCA), ein Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen, der uns zu den genannten drei Themen Kontakte zu den jeweils verantwortlichen Stellen in der Europäischen Kommission und im EU-Parlament vermittelte. Das deutsch-österreichische Bündnis HondurasDelegation, in dem wir kontinuierlich aktiv sind, wurde Ende 2014 offizielles Mitglied von CIFCA.



El Salvador-Bundestreffen

Das Wochenendseminar (Bundestreffen) der El Salvador-Solidaritätsgruppen ist seit vielen Jahren ein fester Termin im Kalender aller Soli-, Menschenrechts- und Partnerschaftsgruppen, die zu diesem kleinsten Land Zentralamerikas arbeiten. Der Vernetzungsaspekt reicht aber über die gemeinsame jährliche Tagung hinaus: Der Vorbereitungskreis des Treffens besteht aus Vertreter_innen des Ökumenischen Büros, des INKOTA-Netzwerks, des Zentralamerikasekretariats Zürich, der Kaffeekampagne und der Infostelle El Salvador. Zudem besteht eine gemeinsame E-Mail-Liste, auf der diverse zu El Salvador arbeitende Gruppen Informationen austauschen, gemeinsame Kampagnen und Aktionen planen oder für ihre jeweiligen Aktivitäten werben.

DECOLONIZE MÜNCHEN-Bündnis

In einem breiten Bündnis von antirassistischen und entwicklungspolitischen Gruppen hatte sich das Ökumenische Büro im Vorjahr an der Vorbereitung der Ausstellung DECOLONIZE MUENCHEN (vormals genannt FreedomRoads) zu kolonialen Straßennamen in München beteiligt. Die Ausstellung war von Oktober 2013 bis Februar 2014 im Stadtmuseum München zu sehen. An dem

Bündnis sind u.a. die Gruppen ISD – Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, [muc] münchen postkolonial, AK Panafrikanismus und das Nord Süd Forum beteiligt.

Menschenrechts-Koordination Mexiko

Auch im Jahr 2014 haben wir uns wieder viel in der Arbeit der Deutschen Menschenrechts-Koordination Mexiko engagiert. Mit dem Sekretariat der Koordination haben wir einige Projekte gemeinsam durchgeführt.



HondurasDelegation

Die überregionale Arbeitsgruppe ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Die 15köpfige Gruppe



arbeitete in diesem Jahr weiter am Aufbau einer Infrastruktur zu Vorbereitung und Entsendung von

Menschenrechtsbeobachter_innen Wir unterstützen gemeinsam mit der HondurasDelegation den Aufbau lokaler Radiosender in Honduras und begleiteten den Universal Periodic Review-Prozess der UNO in Honduras. Für den Blog der HondurasDelegation (<http://hondurasdelegation.blogspot.de/>) und das Portal Amerika21.de leisteten wir journalistische Beiträge. Die Gruppe beteiligte sich an Aktivitäten mit dem LGBT-Aktivistin Donny Reyes und nahm Einladungen zu Gesprächen im Auswärtigen Amt und im BMZ über die Menschenrechtssituation in Honduras wahr. Die HondurasDelegation ist seit 2014 Mitglied bei CIFCA (s.o.).

Honduras-Koordination

Im November 2009 riefen Journalist_Innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben. Es dient zur Koordination und zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras.

Darüber hinaus stehen wir in Kontakt mit italienischen, französischen, österreichischen und Schweizer Solidaritätsgruppen zur Demokratiebewegung in Honduras sowie dem europäischen Netzwerk CIFCA.

Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Seit dem Jahr 2006 stellen wir auch eine Vertreterin im Beirat. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.



Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ über Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.



Mit dem Schreiben „Umsteuern in der Entwicklungspolitik. Für Kohärenz, Aufrichtigkeit und Subsidiarität“ wandte sich das Nord Süd Forum München e.V. am 28. Januar 2014 an Gerd Müller, den neuen Minister des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und forderte mit deutlichen Worten eine politische Kehrtwende des Ministeriums.



Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir regelmäßig Beiträge über Honduras und Nicaragua.

Flug- und Zugdienst

Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua und später in El Salvador zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen nach Zentralamerika, sondern für alle Menschen an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwagen, Hotels, Pauschalreisen und neuerdings auch Zugfahrkarten. Aus dem kleinen internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugtik-

ket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.

Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

www.oeku-buero.de/flug

www.facebook.com/oekubuero.flug

Fotocredits

Titelbild (Gestaltung):	Gabriela Gorjon
Seiten 5, 6, 9:	La Jornada
Seite 7:	yescka@instagram
Seite 20:	HKND-Gruppe
Seite 21:	Centro Humboldt, Managua
Seite 23:	Carlos Herrera, Confidencial
Seite 25:	Germán Miranda & Jairo Cajina, El19digital
Seiten 30, 31:	Zentralamerika-Sekretariat Zürich
Seite 32:	Equipo Maíz, San Salvador
Seite 33:	JanManu WikiCreativeCommons CC BY-SA-3.0 (Ausschnitt)
Seite 40:	KINOKI Tina Leisch
Seite 43:	Werkstatt Solidarische Welt e. V., Augsburg
Seiten 44, 45:	Knut Hildebrandt
Seite 59:	Jutta Blume
Seiten 68 ff.:	Raimund Spekking WikiCreativeCommons CC BY-SA-3.0

V.i.S.d.P.: Andrés Schmidt, Ökumenisches Büro e.V.

Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Ein- bis zweimal im Jahr erscheint unsere Zeitschrift Infoblatt, kostenlos als Print- oder pdf-Version. Zum Abonnieren genügt eine Mail oder ein Anruf.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im Livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen und über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitrittserklärung.

Ökumenisches Büro



Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2014 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.

Das Team vom Ökumenischen Büro

Ökumenisches Büro für
Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Str. 13
D - 81667 München

Tel.: +49 - (0)89 - 4 48 59 45
Fax: +49 - (0)89 - 48 76 73

info@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de

Spendenkonto:
Stadtsparkasse München
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT-BIC: SSKMDEMM